autonomes

Blättchen



#16

Feb_Apr 2014

Vorwort

Wir hoffen, ihr seid gut ins neue Jahr gekommen; ob ruhig, feiernd oder aber solidarisch Gefangene in den Knästen grüßend, wie es an verschiedenen Orten der BRD jährlich stattfindet. Gut, dass sich diese „Tradition" hält und zumindest für kurze Momente die Isolation der Gefangenen überwunden werden kann. Wir denken aber auch, dass diese Versuche ganzjährlich Saison haben könnten.Wir für unseren Teil sind zumindest gut im neuen Jahr angekommen und präsentieren euch hier stolz die erste Ausgabe 2014. Wie versprochen findet ihr in ihr Beiträge zu Repression, dem Kampf gegen den Bau des Abschiebegefängnisses in Steenokkerzeel uvm. aus Belgien. Auch unserem Aufruf, uns Texte zu den Ereignissen vor Lampedusa und in Hamburg zukommen zu lassen, wurde gefolgt. Danke dafür und auch für alle anderen Einsendungen.

Gleich zu Beginn haben wir direkt eine sehr erfreuliche Nachricht. Wir haben eine neue Internetpräsenz, die auf den Namen ***autonomesblaettchen.noblogs.org*** hört. Darauf finden sich sowohl alle Ausgaben zum Download, sowie auch eine neue Möglichkeit, Kontakt mit uns aufzunehmen. Über ein Kommentarfeld könnt ihr uns eure Texte zukommen lassen, ohne dafür eine Emailadresse angeben zu müssen. Die gängigen Sicherheitsbasics im Internet solltet ihr dennoch beachten, Näheres findet ihr im Blättchen Nr. 15. Also nutzt dazu nicht euren eigenen Rechner und besucht unsere Seite soweit möglich mit der Anonymisierungssoftware Tor. Genauere Hinweise zum „Kommentare" schreiben findet ihr auf der Seite selbst.

Wie auch im letzten Vorwort etwas zu Hamburg. Zur Demo am 21.12. gibt es ganz unterschiedliche Einschätzungen und aktuell wird eine recht lebendige Debatte über militante Strategie und Praxis auf Indymedia-Linksunten geführt. „Einige Autonome auf Reisen" haben angeregt, diese Debatte in unserer Zeitung, statt Online zu führen. Wir finden diesen Vorschlag gut, hätten es aber begrüßt, wenn uns beispielsweise dieser Aufruf auch direkt erreicht hätte. Wir haben jedoch keine Mühen gescheut und den Artikel direkt für euch von Indymedia ins Heft aufgenommen. Unschlüssig sind wir hingegen noch, wie gut unser Heft hinsichtlich des Erscheinungsintervalls für eine solche Debatte geeignet ist. *(siehe S. 19 AB zu Hamburg)*

Zum Schluss – unsere Stammleser_innen werden es ahnen – bleibt auch diese Ausgabe der Aufruf zu Spenden nicht aus. Glaubt uns, wäre es nicht so dringend, würden wir nicht jedes mal dazu aufrufen. Die Produktion einer Ausgabe kostet uns weit über 1000 Euro und meist bekommen wir den Betrag nur mit Ach und Krach zusammen. Oft müssen wir auf Grund dessen bedauerlicherweise auch ästhetische und organisatorische Abstriche machen. Mit dem Wissen um die beachtliche Kostenhöhe könnt ihr euch ja noch mal Gedanken darüber machen, ob ihr als Gruppen oder Einzelpersonen ein bisschen Kohle von der hohen Kante (sofern vorhanden) frei machen könnt. Als autonom arbeitende Struktur sind für darauf angewiesen.
Und natürlich vielen Dank für das was uns erreicht hat!

Aber nun: Viel Spaß beim Lesen!

die Redaktion

Impressum:

Nr. 16 - Februar/März/April 2014

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:
autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:
alle drei Monate:
1. Februar; **1. Mai**; 1. August; 1. November

ViSdP:
Uwe Binias
Waterloostr. 9
Hannover

Spenden:
Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Inhalt:

Auch neu: Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Ukraine in Aufruhr

Alle dürften mitbekommen haben, was seit Monaten in der Ukraine passiert. Allerdings stammen die meisten Infos aus den Mainstream-Medien. Wir verzichten hier auf Berichte zur aktuellen Situation, weil diese schon ganz anders aussehen kann, wenn du diesen Text in den Händen hältst. Aber es gibt immer wieder Berichte aus linksradikaler Perspektive, die du z.B. auf linksunten.indymedia.org auf englisch finden kannst.

Wir halten es für wichtig, sich die aufständische Situation in der Ukraine ebenso genau anzugucken, wie die in den arabischen Ländern. Denn angesichts der Beliebtheit von Aufstands-Diskursen, gibt es sicher einiges zu lernen. In der Ukraine ist zum Beispiel zu sehen, dass es auch Aufstände gibt, die wesentlich von rechten Parteien und Gruppen getragen und initiiert werden. Was heißt das für unsere Aufstandsphantasien? Die EU, Russland und die USA mischen sich massiv ein, finanzieren Bewegungen und Parteien, schicken Politiker_innen , Geheimdienste und Militärberater_innen. Und trotzdem scheint es richtig und nötig das abgewirtschaftete autokratische System des Präsidenten und seiner ‚Partei der Regionen' zu stürzen. Wo sind Bewegungs- und Handlungsräume für Anarchist_innen und andere emanzipatorische Linke? Jetzt, Anfang Februar, sieht es aus, als riskierten die Oppositionsparteien mit Duldung ihrer westlichen Unterstützer_innen einen Bürgerkrieg, den Rechte und Neo-Nazis für sie führen.

Ein ukrainischer Anarchist: *„Die Militanten auf dem Maidanplatz setzen sich hauptsächlich aus Aktivisten des sog. Rechten Spektrums zusammen. Das sagt viel aus. Auf der Straße handeln extreme Nationalisten und Neo-Nazis. Sie haben die einzigartige Möglichkeit einer Feuertaufe und werden in den Schlachten mit der Polizei gehärtet. Sie geben den Ton an auf dem ‚revolutionären Maidan'. Die Bevölkerung folgt ihnen. Die vereinigte Rechte gibt die Parolen vor und dirigiert die Strategie. Und sie werden von den meisten Bürger_innen unterstützt, die zum Maidan kommen und die zu Beginn der Proteste eigentlich nur ihre Unzufriedenheit mit der Regierung ausdrücken wollten. (…) Die Ereignisse gleichen sich mit anderen ‚Revolutionsszenarien'. Der Arabische Frühling wurde für uns zur negativen Erfahrung und einem Lehrstück, um zu realisieren, dass westliche wie östliche Mächte nur darauf warten, die Ukraine zu teilen und zu kolonisieren. Maidan bedeutet Stillstand. Und er wird zum Verlust von Unabhängigkeit führen, einem Polizeistaat, egal wer gewinnt; Im Fall der pro-westlichen Kräfte ein nationalistisches Regime, im anderen ein oligarchistisches Monopol. Ja, wir brauchen einen Kampf! Wir müssen die Regierung überwinden. Aber nicht, um eine neue zu installieren!" [Übersetzung: AB]*

Mittlerweile finden die politischen Kämpfe nicht mehr nur in den großen Städten statt, sondern breiten sich im ganzen Land aus. Das Ende der Regierung Janukovitsch ist absehbar. Aber was kommt dann? Ukrainische Anarchist_innen rufen nach erster Ratlosigkeit vermehrt dazu auf, sich mit eigenen Positionen einzumischen. Wir finden das richtig, wünschen viel Kraft und Mut, und schicken solidarische Grüße.

Wir haben ein Interview mit einem Anarcho-Syndikalisten von der „Autonomous Worker's Union" (engl.) aus der Ukraine, das der us-amerikanischen Sender Asheville Fm radio Ende 2013 auf englisch geführt hat, übersetzt und gekürzt. Wir versuchen am Ball zu bleiben und in den nächsten Monaten noch mehr Beiträge aus der Ukraine zu bekommen. ***AB***

Interview mit dem ukrainischen Anarchisten Denys

Denys: Man muss zwischen zwei verschiedenen ‚Euromaidans' unterscheiden. Beim ersten, der am 21.11. stattfand, nahmen Leute aus dem Mittelstand teil, die hauptsächlich die Unterzeichnung des Abkommens mit der EU wollten. Heute beschäftigen sich die Leute, die auf die Straße gehen, auf der einen Seite mit praktischeren Problemen, wie Polizeibrutalität, wie sie sich in der Nacht des 1.12. gezeigt hatte. Auf der anderen Seite sind sie unzufrieden mit der Regierung und dem Präsidenten. Die europäische Integration bleibt eines der Ziele ist aber gerade etwas in den Hintergrund gerückt.

Was die Pro-Regierungs-Proteste angeht: Die Leute, die daran teilnehmen, werden von der Regierung mit Bussen für ein Wochenende nach Kiew gebracht. Diese Proteste sind nicht aufrichtig. Vielen, die für die Regierung arbeiten, wie z.B. Lehrer_innen und Ärzt_innen, wird von ihren Chefs gesagt, dass sie da mitmachen müssen. Es ist für sie wie ein Befehl. Ich würde nicht sagen, dass es sich um tatsächlichenProtest handelt. Aber wenn man sich die Leute anguckt, die eine Union mit Russland, Belarus und Kasachstan unterstützen..., tja, es gibt diese Position und insgesamt ist das Land mehr oder weniger gespalten in Befürworter_innen der EU-Integration und in die Anhänger_innen dieser Zoll-Union.

Das Problem ist, dass die zweite Position in den Massenmedien nicht sehr präsent ist, die sich eher an die Pro-EU-Position halten. Und außerdem haben die Unterstützer_innen der Zoll-Union keine Protestkultur. Sie leben in kleineren Städten und deswegen werden sie auch von den Medien nicht wahrgenommen.
Sie haben auch sehr dumme politische Führer, insbesondere die politischen Kräfte, die Gegenproteste organisiert haben. Sie haben die gleichgeschlechtliche

Ehe zum Hauptargument ihrer Anti-EU-Propaganda gemacht und auch das Nicht-Traditionelle, das von der Ukrainischen Bevölkerung nicht willkommen geheißen würde. Sie haben sogar den Begriff „Euro-Sodom eingeführt – wie Sodom und Gomorrah.

Die andere politische Kraft, die die Zoll-Union unterstützt ist die Kommunistische Partei der Ukraine, die seit vielen Jahren nichts mit Kommunismus zu tun hat. Ihr politisches Programm und ihre Agenda können eher als konservativ beschrieben werden, wie eine sozialkonservative Partei. Wenn man sie mit Marie Le Pen vergleichen würde, fände man nicht viele Unterschiede zwischen ihren Positionen.

Asheville Fm radio: Gibt es in ihren Reden und Vorstellungen eine Art „Zurück zur Soviet-Ära!“ und zur Zusammenarbeit mit anderen osteuropäischen Ländern?

Denys: Ja, natürlich spekulieren sie darauf, weil die Bindungen zwischen den Bevölkerungen immer noch sehr stark sind. Viele Leute haben Verwandtschaft in Russland. Auch gibt es eine gemeinsame Massenkultur. Viele schauen russische Fernsehsender. So gibt es im realen Leben der Menschen in den zentralen, östlichen und südlichen Regionen viele Gemeinsamkeiten mit Russland, auch in ihrem Lebensstil, und sie empfinden sich als sehr verschieden von den anderen Europäern.



Aber gleichzeitig leben eine Menge Ukrainer_innen auswärts, in der EU, besonders in Spanien, Italien, Polen, Tschechien und Portugal. Viele kommen zwar ursprünglich aus der westlichen Ukraine, aber nicht alle.

Afmr: Es scheint eine Trennlinie zwischen den Unterstützer_innen und Gegner_innen der EU-Annäherung längst sozialer Normen zu geben. Eher Liberale scheinen sich am Westen zu orientieren, mit seinen progressiveren Gesetzen und gleichgeschlechtlichen Ehen. Und auf der rechten Seite gibt es eine konservative, eher orthodoxe Orientierung. Wahrscheinlich macht es auch einen Unterschied, wo man im Land lebt, ob man eher Geschäfte mit dem Osten oder dem Westen macht. Würdest du sagen, dass beide Positionierungen sich grundsätzlich in Richtung Wirtschaftsliberalismus und Aufweichung von Arbeiter_innen-Rechten richten, oder ist das eine falsche Verbindungslinie.

Denys: Du hast vom angenommen sozialen Liberalismus der Pro-EU-Ukrainer_innen gesprochen. Ich würde dem nicht zustimmen. Es gibt diesen Eindruck, weil die Pro-EU-Proteste von der gebildeten Mittelschicht angeführt werden, die eine Art sozial-liberale Agenda haben. Aber es ist eher ein Konflikt zwischen einer kulturellen Rechten Bewegung mit einer anderen kulturellen Rechten. So beten gewöhnlich die Leute auf dem Euromaidan öffentlich miteinander, alle miteinander. Und wenn man sich die Frage der gleichgeschlechtlichen Ehe ansieht, ist klar, dass die meisten, die für die EU-Integration sind, diese niemals akzeptieren würden.

Soziale Ziele, wie Arbeiter_innen-Rechte stehen überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Die Arbeiter_innenklasse, als Klasse, nimmt gar nicht an den Protesten teil. Natürlich nehmen Arbeiter_innen teil, aber nicht als solche organisiert, in Gewerkschaften z.B., die auch nicht als solche teilnehmen. Sie haben gute Gründe dafür. Beide Seiten reden über kulturelle, politische Ziele, die nichts direkt mit den Bedürfnissen eines/r durchschnittlichen Arbeiter_in zu tun haben.

Die Protestierenden, die die EU unterstützen haben eine komplett falsche Vorstellung von Europa, als eine Art Paradies, wo alles in Ordnung und alles viel besser ist als in der Ukraine oder sonstwo. Es ist sinnlos, ihnen von den Protesten innerhalb der EU zu erzählen, von den sozialen Kürzungen. Sie hören dir einfach nicht zu und würden dir sagen: „ Ah, dann würdest du wohl lieber zu Russland gehören, oder?“
Es sind einfach zwei Übel und zwei falsche Wahlmöglichkeiten. Aber das kann man auch über die Gegenseite sagen. Eine linke Positionierung, die sich um Arbeiter_innen-Rechte bemüht, ist nicht präsent auf den Plätzen, auf denen protestiert wird.

Afmr: Das muss ziemlich frustrierend sein. Ok, als Anarchist könnte es einem viele Möglichkeiten und Fragen eröffnen, wenn sie sagen „gut, du musst Pro-Russland sein, wenn du gegen die EU bist“. Du könntest sagen „Nun, da gibt es noch einen anderen Weg“. Eröffnet die Situation viele Gesprächsmöglichkeiten für euch?

Denys: Nein. Die Leute sind sehr aufgewühlt und nervös. Heute und wohl auch die anderen Tage der letzten Woche könntest du in ernsthafte physische Gefahr kommen, wenn du sowas sagen würdest, weil du sofort als Provokateur der Regierungspartei verdächtigt würdest. Es gab einige solcher Zwischenfälle auf dem Euromaidan, als Leute von verschiedenen linken Gruppen das versuchten, was du gerade gesagt hast. Und einige wurden wirklich heftig geschlagen. Andere wurden nur vom Platz geschmissen. Das passiert, obwohl die normalen Leute manchmal Interesse zeigen, weil die ganze Situation auf dem Euromaidan, die Security und die Organisator_innen des Protestes stark von extrem rechten Gruppen unterwandert



sind, die ihren eigenen Umgang mit Linken haben. Und sie haben das Vertrauen der normalen, der politischen Leute. Wenn also ein Nazi, den wir kennen, sagt: „Oh mein Gott, schaut, das sind Kommunisten, das sind Provokateure, ich glaube sie unterstützen Janukovitsch!“, dann würde dir niemand mehr zuhören. Du würdest weg gedrängt.
Das ist eine Massenhysterie in der es, denke ich, nicht möglich ist, viel Agitation zu machen. Ich glaube aber, dass wir im Laufe des kommendes Jahres viel mehr Möglichkeiten haben, weil die Proteste wegen der schrecklichen finanziellen Lage des ukrainischen Staates mehr einen sozialen und wirtschaftlichen Schwerpunkt bekommen könnten.

Afmr: Hoffentlich! Kannst du etwas mehr über das politische System in der Ukraine erzählen und wie das politische Spektrum in dieser Hinsicht aussieht? Über welche politischen Parteien sollten unsere Hörer_innen Bescheid wissen, damit sie die Dynamiken und die Hintergründe des Konfliktes verstehen?

Denys: Die parlamentarische Politik in der Ukraine basiert auf zwei großen politischen Parteien - beide haben die gleiche soziale, politische und wirtschaftliche Agenda. Beide können als rechts-zentristische Populisten beschrieben werden. Eine ist die Partei der Regionen, das ist die Regierungspartei, Präsident Janukovitsch ist ihr Vorsitzender, und die Regierung besteht aus Mitgliedern dieser Partei.

Die Opposition besteht aus aus einem Block aus drei im Parlament vertretenen Parteien, die eigentlich ziemlich gleich sind. Der einzige Unterschied ist, dass sie ukrainisch sprechen. Diese Oppositionsparteien haben ihre Wähler_innenbasis in der Zentral- und Westukraine, während die Leute der Partei der Regionen russisch sprechen; und sie setzen auf diese kulturelle Differenz, seit ihre Wähler_innen aus dem Süden und dem Osten des Landes kommen. Diese Parteien bekommen etwas 60% aller Stimmen. Es gibt noch die Kommunistische Partei der Ukraine, von der ich schon erzählte. Und eine Partei dieser sogenannten Nationalen Demokratischen Opposition ist die Svoboda-Partei, was übersetzt „Freiheit“ bedeutet. Sie ist eine extrem Rechte Partei, vergleichbar mit den anderen rechten, populistischen Parteien in Europa. Die meisten Parteien, die ich erwähnt habe, wollen die Integration in die EU, wie auch die meisten Geschäftsleute, die die Partei der Regionen unterstützen.

Aktuell, im Laufe des Jahres, tauchte innerhalb der Regierungspartei eine Opposition mit pro-russischen Hintergrund auf, die aber sehr stark unterdrückt wurde. Der Anführer dieser Gruppe, ein Mitglied des Parlaments, wurde aus diesem ausgeschlossen, weil er die Wahlen in seinem Wahlkreis geschönt haben soll. Bis November sind alle davon ausgegangen, dass die Ukraine das Assoziationsabkommen mit der EU unterzeichnen würde, weil jeder daran interessiert ist. Dann haben sich die Dinge schnell geändert, als Präsident und Premierminister realisierten, dass sie es wegen des Handels mit Russland und wegen der Staatsfinanzen eigentlich nicht machen können – wir haben kein Geld, der Haushalt ist auch leer und wir können die Schäden, die ein Abkommen mit der EU anrichtet, nicht stemmen.

Offensichtlich hatte bis dahin niemand das Abkommen gelesen, weil bis zum Zeitpunkt des Rückzugs der Premierminister und der Präsident die größten Euro-Optimisten des Landes waren. Über Nacht wurden sie die größten Euro-Skeptiker.

Afmr: War der IWF-Umstrukturierungsplan eine Voraussetzung, um in die EU zu kommen? Oder ist das Problem einfach der Janukovitsch-Partei gleichzeitig aufgefallen?

Denys: Es sind zwei unterschiedliche Dinge, die dadurch zusammenkommen, dass die Ukraine dringend Geld braucht. Deshalb hatten sie entschieden, die EU zu drängen, bessere Konditionen bei den Kreditverhandlungen mit dem IWF herauszuholen.
Das passierte deswegen, weil der IWF die gleichen Sachen fordert, die er für gewöhnlich auch von anderen Ländern haben will. Sie fordern sehr krasse Sachen, wie die Erhöhung des Gaspreises für die Bevölkerung und die Abwertung der nationalen Währung. Die Regierung verweigerte sich dem in den letzten Jahren und es wäre politischer Selbstmord für jeden Politiker der das jetzt durchsetzen wollte, wo es nur noch ein Jahr bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen ist.

Afmr: Soweit ich verstanden habe fordert der IWF eine 40%ige Erhöhung des Gaspreises in einem Land, wo es ziemlich kalt ist, oder?

Denys: Yeah.

Afmr: Ja, das wäre politischer Selbstmord, da bin ich mir sicher.

Denys: Die wichtigste politische Kraft der extremen rechten in der Ukraine ist unzweifelhaft die Svoboda-Partei. Ich würde sie am ehesten mit der ungarischen Yobbik-Partei vergleichen, die den amerikanischen Hörer_innen bekannt sein dürfte. Es war ein groß-

er Skandal, als sie vor ein paar Jahren in Ungarn so viele Stimmen bekommen hatten. Svoboda ist sehr ähnlich. Es ist eine Partei, die ein eigenes Projekt, die sogenannte ‚Nationale Verfassung', verfolgt, was viele furchtbare Folgen hätte. Wie z.B. Todesstrafe für „anti-ukrainische Aktivitäten". Im Grunde wird alles was nicht der Doktrin der Svoboda entspricht, als „anti-ukrainisch betrachtet.
Heute, auf dem Euromaidan, fordern sie einen politischen Streik. Aber, was die meisten Leute nicht sehen, im Svoboda-Projekt für eine neue Verfassung wird politischer Streik als krimineller Angriff gewertet.

Afmr: Ich bin sicher, es ist ein Ausnahmezustand für sie.

Denys: Ja. Das Problem ist, dass sie in der städtischen, gebildeten Mittelklasse sehr populär geworden sind, besonders in Kiew. Deshalb wählt Kiew heute Svoboda, wie die westlichen Regionen es tun, einfach weil sie sagen: „ Gut, ich kenne ihr Programm nicht, ich habe nichts von ihnen gelesen, aber es sind harte Jungs die cool aussehen und ich bin sicher, sie werden diesen korrupten Leuten, die jetzt die Macht in der Partei haben, das Genick brechen."
Das erinnert natürlich sehr an historische Situationen in andern Ländern des 21. Jahrhunderts.
Ich will nicht zu panisch klingen, aber es gibt einige Ähnlichkeiten, weil gewöhnliche Bürgerliche aus der Mittelschicht nichts falsch daran finden. Und sie haben in gewisser Hinsicht recht, weil sie nicht in Schwierigkeiten kommen würden, wenn die Extreme Rechte an die Macht käme. Die größten Probleme würden die Linksradikalen, bis zu den linken Parteien und Bewegungen bekommen. Und es ginge gegen die ethnischen Minderheiten. Aber die anderen würden für eine Weile keine Veränderungen fühlen, das ist das Problem.

Noch was interessantes über die Svoboda-Partei: Sie haben sich ein neues Image gebastelt und nennen sich nun „Freiheit". Das ist ein typisches Wort für die europäische Rechte, aber bis 2004 oder 2005 nannten sie sich selbst Nationalsozialistische Partei der Ukraine . (...)

Afmr: Ich kam zufällig auf die Website von Dimitrov Kutchinsky, dieser Typ ist verrückt. Es gibt dort Anleihen an den National-Anarchismus.

Denys: Bist du überhaupt mit diesem Konzept vertraut?

Afmr: Ja, es gibt auch in den USA ein paar Idioten die das vertreten. In San Francisco, New York und Chigago. Gibt es viele davon in der Ukraine?

Denys: Ja, zur Zeit ja. Unglücklicherweise ist es ein populärer Trend – vermischt mit linken Sachen, wie Antikapitalismus. Die anarchistische Position ist sehr trendy und cool. Aber Leute vermischen sie mit nationalistischen Versatzstücken, die auch sehr angesagt sind – besonders bei Jugendlichen, die kein Problem darin sehen, das zu vermischen. (…)

Afmr: In den USA gibt es auch eine Menge Überschneidungen von Nationalismus und regionaler, bio-zentrierter Ökologie, so dass es aussieht als würden sie in den Grünen Anarchismus eindringen, bevor sie den Mainstream erobern wollen, oder bevor viele Leute sich bewusst werden, wer sie sind und was sie machen.

Denys: Ich verstehe das. Aber hier in der Ukraine, weit weg von New-Age-Kram, sind sie auch fasziniert von richtigen Faschisten, wie Mussolini. Sie versuchen es irgendwie mit Anarchismus zu vermischen.
Hast du schon von der Spaltung der russischen anarchistischen Bewegung mitbekommen?

Afmr: Nein, ich bin nicht auf dem Laufenden.

Denys: Es gibt eine große Spaltung und das wiederholt sich in der Ukraine. Es ist eine Spaltung in Anarchist_innen die Minderheitenrechte und den feministischen Kampf unterstützen und welche, die all die Feminist_innen nicht mögen. Sie sagen: „Wir sind coole Typen, machen viel Sport und wir sind richtige Anarchisten, wir wollen mit solchen ‚pussies' nichts zu tun haben." Leider ist dieser ‚mananarchism' in letzter Zeit sehr populär geworden.

Afmr: Sagt man das so in der Ukraine, „mananarchism"?

Denys: Oh, wir wissen, dass es aus den USA kommt, aber in Ermangelung eines anderen Wortes, ja. (…)



Afmr: Wie gehen die ukrainischen Medien mit dem Euromaidan um? Wem gehören die? Welchen Einfluss haben die verschiedenen Sender?

Denys: Oh, das ist eine interessante Geschichte. Während der Orangenen Revolution 2004 wurden alle Medien heftig zensiert und Alle habe Chanel 5 geguckt. Das war der einzige Sender, der darüber berichtet hat, weil er Petro Poroshenko gehörte, einem Oppositionspolitiker. Heute sind die Eigentümerstrukturen nicht viel besser für die Opposition. Alle wichtigen Fernseh-Sender und alle Massenmedien berichten sehr ähnlich. Wenn es eine blutige Niederschlagung des Protest gibt, berichten alle wichtigen Medien, die den reichsten Oligarchen gehören, live,

zeigen die Riot-Police, wie sie Leute schlägt, und sagen, dass das ganz schlimm wäre und so weiter.
Das zeigt, dass die Eigentümer selbst nicht sehr glücklich mit dem derzeitigen Präsidenten sind. Das war für die meistens Ukrainer_innen auch ziemlich neu. Denn man glaubt halt, das die Oligarchen hinter dem aktuellen Präsidenten stehen. Aber wie wir gerade sehen können, scheint die Wirtschaftspolitik von Janukovitsch die Medien-Mogule zu irritieren. Sie sind nicht wirklich glücklich darüber, was die Präsidentenfamilie mit ihrem Geschäft macht.

Afmr: Sag mal was über die Gruppe, in der du bist.

Denys: Sie wurde vor zwei Jahren gegründet und ist immer noch nicht riesig. Aber wir haben uns qualitativ und quantitativ entwickelt. Wir haben zwei „Standorte". Eine in Kiew und eine in Harkov – das ist die zweitgrößte Industriestadt der Ukraine. Wir sind 20 bis 25 Leute in Kiew und vielleicht 15 in Harkov. Das ist jetzt nicht wahnsinnig viel, aber wir sind mehr geworden und wir glauben, dass wir weiter wachsen werden. Wir verstehen uns nicht als politische Propaganda.Gruppe. Eher als Klassen-Gewerkschaft.
Wir orientieren uns an den Prinzipien des revolutionären Syndikalismus, auch wenn unsere Gruppe sich zuletzt immer mehr anarcho-syndikalistisch entwickelt hat. Früher hatten wir ein paar Trotzkisten und einige Marxisten. Aber mittlerweile sind die meisten Anarchist_innen.

Leider haben wir keine Organisationen an Arbeitsplätzen. Weil man nach ukrainischem Recht wenigstens 3 Leute an jedem Arbeitsplatz haben muss [um als Gewerkschaft anerkannt zu werden]. Wir sind Leute aus verschiedenen Gegenden , die oft nicht offiziell irgendwo arbeiten, Saisonarbeiter_innen, Bauarbeiter_innen und so.

Deswegen funktionieren wir gerade mehr wie eine Propagandagruppe, obwohl wir lieber eine Gewerkschaft wie die IWW sein wollen. Das ist das Modell an dem wir uns orientieren wollen. (...)

Afmr: Wo können Leute mehr über und von euch erfahren?

Denys: Auf ***avtonomia.net***

Übersetzung AB

Prozess gegen Antimilitaristen

Im letzten Autonomen Blättchen wurde ein Prozess gegen 2 Antimilitaristen angekündigt, die 3 Soldaten zum Husten gebracht haben sollen. Dieser fand am 3. Dezember vor dem Amtsgericht Stadthagen statt. Das Ergebnis: 4 Monate Knast auf 2 Jahre Bewährung plus 600,- Euro Strafe für den einen, sowie 120 Stunden Zwangsarbeit für den anderen.

Die Angeklagten hatten im Juni 2012 gegen ein Konzert der Bundeswehr-Big-Band im Kurpark von Bad Nenndorf protestiert. Vor der Bühne wurde ein Transparent mit der der Aufschrift „Krieg beginnt hier" entfaltet. Gleichzeit fand eine kleine Rauchbombe ihren Weg vor die Bühne, als die Soldat_innen zu spielen begannen.

Die Antimilitaristen wurden dann wegen „gefährlicher Körperverletzung" angeklagt, weil 3 Soldaten wegen des Rauchs der Rauchbombe wenige Minuten Hustenreiz verspürt haben sollen. Das Urteil ist eine Farce und Folge einer politischen Justiz, die die militarisierte deutsche Politik repressiv absichert. Keine/r der 9 ZeugInnen der Anklage hatte gesehen, dass einer der Angeklagten die Rauchbombe geworfen oder gezündet hatte. In der Schadensliste der Bundeswehr wird zudem nur einer der angeblichen Huster aufgeführt – und der hatte den Rauch eingeatmet, als er die Rauchbombe aus freien Stücken von der Bühne wegtrug.

Die beiden Antimilitaristen hatten zu Beginn und gegen Ende des Prozesses Erklärungen abgegeben, dass sie es weiter richtig und wichtig finden, gegen Militarismus und Kriegspropaganda vor zu gehen und sie sich auch von einer Verurteilung nicht einschüchtern ließen. Ein Deal zur Einstellung des Verfahrens vor Beginn der Hauptverhandlung wurde von ihnen abgelehnt, weil ein Schuldeingeständnis und eine Entschuldigung bei den Soldaten zur Voraussetzung gemacht wurde. Die Anwälte haben angekündigt Berufung gegen das Urteil einlegen zu wollen.

Warum das Urteil im Sinne der Mächtigen nötig scheint, wurde in den Äußerungen der Soldaten deutlich. Diese betonten, wie sehr die Proteste gegen sie zugenommen hätten und wie sehr sie das belaste. Uns soll das als Hinweis dienen, weiter gegen Kriegspropaganda und -führung aktiv zu sein. Die Verurteilten sagten vor Gericht:

„Wir werden uns weiter gegen Militarismus und Kriegspropaganda engagieren – und da dieser Staat Kriege führt, muss es uns gleichgültig sein, ob er dieses Engagement als legal oder illegal betrachtet."
So sieht's aus.
Wenn es eine Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Bückeburg gibt, wird dies sicher bekannt gegeben. Achtet auf Ankündigungen und seid solidarisch.

Eine Prozessbeobachterin

Spendenkonto für die Verurteilten:
Rote Hilfe OG Hannover, Konto: 10 808 858, BLZ: 760 100 85, IBAN: DE49 760 100 85 00 10 808 858, BIC: PBNKDEFF, Stichwort: Bundeswehrkonzert

Über die Situation in Russland und das Entstehen anarcha-feministischer Zusammenhänge

Im November und Dezember 2013 tourte eine Anarchistin und Teilnehmerin unterschiedlicher anarcha-feministischer Projekte in Russland durch die BRD, um über diese Bewegung und die Situation in Russland zu berichten. Ich habe eine der Veranstaltungen besucht und versuche im Folgenden eine Zusammenfassung.

Die politische Lage in Russland

Zunächst berichtete die anarchistische Genossin von der allgemeinen Situation in dem Land. Die politische Landschaft in Russland ist von immer dreisteren und eindringlicheren Versuchen der Einschränkung sozialer und reproduktiver Rechte, ultrakonservativen Initiativen im Parlament, Angriffen auf LBGTI (LesbianBiGay-TransInter) und Klerikalisierung geprägt.

Dem Staat gelingt es nicht für wirtschaftliche Stabilität zu sorgen und es gibt sehr große soziale Unterschiede. Z.B. wurde das Bildungs- und Gesundheitssystem, das auch nach Ende der Sowjetunion weitgehend kostenfrei genutzt werden konnte, in den letzten Jahren grundlegend reformiert, sodass nun immer mehr Leistungen bezahlt werden müssen.

Gleichzeitig ist eine Verschärfung autoritärer Tendenzen, ein deutlicher Rechtsruck sowie auch eine Stärkung des patriarchalen Drucks zu spüren. Ein Element dieser Verschärfungen ist das Zusammenwachsen von Kremel und orthodoxer Kirche. So wurden weitreichende Gesetze zum Schutz der orthodoxen Religion erlassen, in den Schulen wurde Religion als Pflichtfach eingeführt und es wird sogar diskutiert die laizistische Verfassung zugunsten der Kirche zu ändern. Diese Entwicklung geht einher mit der Einführung von Gesetzen, die die Rechte von Frauen und Homosexuellen angreifen. Das Recht auf Abtreibung wurde massiv eingeschränkt und der gesellschaftliche Druck auf Frauen dem Vaterland viele Kinder zu schenken, nimmt zu. Dass Homosexuelle dieser nationalen Pflicht prinzipiell nicht nachkommen, ist, neben religiös motivierter Homophobie, regelmäßig eines der „Argumente" gegen sie. Die orthodoxe Kirche brandmarkt Homosexuelle als Sünder und neben dem vom Kremel erlassenen Verbot „homosexueller Propaganda" gibt es auch auf lokaler Ebene immer mehr Gesetzesinitiativen, die homosexuelle Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit und der Möglichkeit sich politisch zu betätigen einschränken.

Insgesamt ist festzustellen, dass vor allem Schwule zu inneren Feinden der Nation aufgebaut werden. Dies dient, wie auch die zunehmende rassistische Hetze, die von großen Teilen der Bevölkerung ebenso bereitwillig aufgenommen wird, der Kanalisierung sozialer Spannungen.

Die Regierung will durch das gegeneinander Aufhetzen verschiedener Bevölkerungsgruppen von der desaströsen sozialen Lage ablenken. Wie man an der Mobilisierungsfähigkeit zu den unterschiedlichen Themen auf der Straße sehen kann, geht diese Rechnung bislang auf. Während Kundgebungen z.B. gegen Verschlechterungen bzw. Privatisierungen im Gesundheitssystem sehr klein blieben (weniger als 100 Leute), mobilisiert der homophobe Mob regelmäßig hunderte Menschen und rassistische Demos und Ausschreitungen werden sogar von Tausenden getragen.

Dieser umfassende und massive Rechtsruck wird zudem durch eine Erhöhung des repressiven Drucks auf all jene, die der Politik des Kremels im Weg stehen, begleitet. Die Justiz in Russland ist in keiner Weise unabhängig, sondern agiert nach den Vorgaben des Kremel. Die Strafen für Pussy Riot stehen, als öffentlich bekanntes Beispiel, für das Zusammenwachsen von Kirche und Staat. Mit dem ebenso bekannten Fall der Inhaftierung von Greenpeace Aktivist_innen, die eine Aktion an einer Ölbohrinsel in der arktischen See versuchten, will der Kremel der ganzen Welt die Botschaft senden: „Finger weg von unserem Öl". Schon bei diesen international bekannt gewordenen Fällen, lässt sich der Kremel nicht durch Kritik von außen beeindrucken. Noch düsterer sieht es allerdings für die zahlreichen nicht berühmten politischen Gefangenen aus. Aus fast allen nennenswerten Bewegungen gibt es Gefangene. In verschiedenen Städten gibt es Verfahren gegen antifaschistische Strukturen, die z.T. auf komplett konstruierten Vorwürfen basieren. Ebenso gibt es einige Gefangene aus (radikalen) Umweltschutz Zusammenhängen. Die Proteste am 6. Mai 2013 in Moskau, die sich gegen Putins erneute Amtseinführung richteten, wurden besonders brutal angegriffen. Zwei bisher ergangene Urteile in diesem Zusammenhang waren einmal 4,5 Jahre Knast und einmal Zwangspsychatrisierung. 30 weitere Gefangene sitzen in Untersuchungshaft und warten auf ihre Prozesse wegen „Gewalt gegen die Polizei".

Im Bezug auf die Greenpeace Aktivist_innen hatte die referierende Anarchafeministin prognostiziert, dass die bevorstehenden Olympischen Spiele in Sotschi den Kremel veranlassen könnten, seine Gnädigkeit zu demonstrieren. Die nun erfolgte Amnestie für einige hundert Gefangene (u.a. auch Pussy Riot und weitere

linke Gefangene) geht darüber hinaus und bestätigt doch ihre Einschätzung. Die Amnestie zeigt erneut wie sehr das Schicksal politischer Gefangener in Russland davon abhängig ist, welches Bild der Kremel von sich selbst produzieren will.

Die anarchistische Bewegung in Russland

Die starke anarchistische Bewegung, die es in Russland bis zur Oktoberrevolution 1917 gab und die diese mitgetragen hat, wurde mit der Durchsetzung des bolschewistisch/sowjetischen Modells brutal zerschlagen. Tausende Anarchist_innen wurden von den Kommunist_innen ermordet. In diesem Zusammenhang äußerte die referierende Anarchafeministin großes Unverständnis für die Verwendung bolschewistischer/kommunistischer Symbolik, wie sie ihr in deutschen autonomen Zentren auffiel. Derartige ideologische Verwirrung sei für sie schwer erträglich. Nur nationalbolschewistische und neostalinistische Parteien würden sich in Russland z.B. Hammer und Sichel bedienen. Da hat sie wohl recht, doch zurück zur anarchistischen Bewegung in Russland.

Erst Ende der 1980er Jahre entstanden langsam wieder (klandestine) anarchistische Zusammenhänge. Diese blieben aber sehr klein und ohne nennenswerten Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse. Auch heute noch gibt es z.B. keine explizit anarchistischen Räume. Deshalb spielen sowohl Aktionen auf der Straße als auch Diskussionen im Internet für die anarchistische Community eine große Rolle.



In den letzten Jahren hat es dann ein Zusammenwachsen der kleinen anarchistischen Bewegung und größerer antifaschistischer Zusammenhänge gegeben. Dies hat zwar zu einer Politisierung antifaschistischer Gruppen und auch zu einer deutlichen personellen Stärkung der anarchistischen Bewegung geführt, sie jedoch gleichzeitig in sehr negativer Weise verändert. Denn antifaschistische Zusammenhänge sind oft eher subkulturell und unpolitisch geprägt und ausschließlich auf den Straßenkampf gegen faschistische Strukturen ausgerichtet. Sie sind z.T. hierarchisch organisiert und propagieren einen patriarchalen Stärkekult, der teilweise mit homophoben Ansichten einhergeht. Die Hinwendung antifaschistischer Strukturen zu anarchistischem Gedankengut hat zwar zu einer Politisierung in dem Sinne geführt, dass nun vermehrt soziale Fragen bzw. der Kampf gegen Staat und Kapital eine Rolle spielen, doch bleibt dies in Haupt- und Nebenwiderspruchsdenken verhangen. So können die sowieso unterrepräsentierten Frauen in der anarchistischen Bewegung an sozialen, antifaschistischen oder umweltpolitischen Kämpfen teilnehmen und relativ gleichberechtigt z.B. auf Demos agieren, sind aber unter sich, wenn es um Aktionen wie gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts geht. Denn Kämpfe von Frauen und Homosexuellen werden von Teilen der Bewegung als liberale/bürgerliche Ablenkung vom Klassenkampf und somit als konterrevolutionär bezeichnet. Nach der Revolution, die Staat und Kapital überwindet, würden sich derartige Widersprüche angeblich sowieso auflösen.
Die daraus resultierenden Konflikte innerhalb der anarchistischen Bewegung, haben im November 2012 zu einem offen Bruch und anschließender Spaltung geführt. Auslöser war eine Auseinandersetzung im anarchistischen Block auf einer Demo in Moskau zum Andenken an die Revolution von 1917. Eine Person, die mit einer Regenbogenfahne (Symbol der LBGTI-Bewegung) in den vorderen Reihen des Blocks lief, wurde wüst beschimpft, bedrängt und bedroht und verließ letztendlich mit weiteren Unterstützer_innen den Block. Der anschließende Streit, darüber welche Fahnen zukünftig in anarchistischen Blöcken auf Demos zugelassen werden, eskalierte zunehmend unter homophoben Vorzeichen.

Die nächste große Demo mit anarchistischem Block in Moskau, zum Tag der politischen Gefangenen im März 2013, endete mit Schubsereien, Fahnenklau und vielen homophoben und sexistischen Beleidigungen gegen eine Gruppe, die mit halb schwarz, halb regenbogenfarbenen Fahnen auflief. Zum 1. Mai 2013 gab es dann schon zwei anarchistische Blöcke. Während im einen Block nur noch schwarze, schwarz-rote und rote! Fahnen zugelassen waren, tummelten sich im zweiten Block alle möglichen bunten/feministischen/anarchistischen Fahnen. Bemerkenswert ist, dass die Beschränkung der zugelassenen Fahnen im ersten Block rote einschloss, denn in Russland wird diese nur von autoritären Kräften wie den Neostalinist_innen verwendet. Hier zeigt sich in welche Richtung sich dieser Teil der anarchistischen Bewegung orientiert.

Die Entstehung anarcha-feministischer Zusammenhänge

Letztendlich hat dieser Fahnenstreit die anarchistische Bewegung in eine tiefe ideologische Spaltung geführt. Die Protagonist_innen stehen sich dabei mittlerweile sehr feindlich gegenüber. Der rein klassenkämpferische, tendenziell autoritäre Teil bezeichnet Feminismus als kleinbürgerlich, behauptet Sexismus und Homphobie würden nach der Revolution verschwinden und reproduziert sie dabei ständig selbst. So wird zwar gesagt, dass es keine Gewalt gegen Genoss_innen geben darf, aber gleichzeitig wird der ganze Fahnenstreit als nicht gewaltvoll gekennzeichnet, da ja niemand ernstlich verletzt wurde. Letztendlich entscheiden also weiße, hetero Männer was gewaltvoll oder sexistisch, homophob oder rassistisch ist.
Der antiautoritär ausgerichtete Teil, betont dagegen die Gleichwertigkeit aller Formen der Unterdrückung und die Notwendigkeit hier und heute gegen alle gleichermaßen vorzugehen. In dieser Auseinandersetzung entstanden erstmals explizit anarcha-feministische Zusammenhänge. Es handelt sich also um eine sehr neue Entwicklung. Da der Sexismus innerhalb der

Bewegung, wie ausführlich beschrieben, ein großes Problem darstellt, versuchen die neu entstandenen anarcha-femistischen Gruppen die Selbstermächtigung von Frauen voranzutreiben, sich gegenseitig den Rücken zu stärken und sich fortzubilden. Da es wenig feministische Literatur in russischer Sprache gibt, spielen dabei auch Übersetzungen und Verteilung von Texten eine sehr große Rolle.

Erste öffentlichen Aktionen anarcha-feministischer Zusammenhänge gab es zum Frauenkampftag am 8. März 2013. In Moskau beteiligten sie sich z.B. an einer Kundgebung liberaler/bürgerlicher Feministinnen mit eigenen Beiträgen.

Doch schon derartige kleine öffentliche Auftritte sind in Russland riskant, denn immer drohen willkürliche Verhaftungen und Verurteilungen auf der Grundlage völlig konstruierter Vorwürfe. Eine Frau, die aktuell davon betroffen ist, war den Behörden bereits bekannt, da sie in der Solidaritätsarbeit für Pussy Riot sehr aktiv war. Es ist davon auszugehen, dass dies den Ausschlag dafür gab sie bei einer derartigen, kleinen und völlig friedlichen Kundgebung festzunehmen und ihr vorzuwerfen sie hätte einen Polizisten in die Hoden getreten. Das ausgerechnet ein solcher Vorwurf erhoben wird klingt amüsant, kann aber zu langjährigen Haftstrafen führen und so entschied sich die Aktivistin das Land zu verlassen. Sie versucht aktuell in Frankreich Asyl zu bekommen. Ein derartiges Vorgehen der Polizei ist beispielhaft für den Umgang mit missliebigen Personen in Russland.

Insgesamt war die Veranstaltung für mich sehr interessant und ich wünsche den anarcha-feministischen Genoss_innen viel Kraft für ihre Auseinandersetzungen innerhalb der eigenen Bewegung und in der russischen Gesellschaft.

Ein Zuhörer

Neue homophobe Angriffe in Russland

In den letzten Monaten hat sich die Situation für Schwule und LBTIs weiter verschärft. Es gab nicht nur weiterhin viele direkte Angriffe auf die wenigen Schwulen-Clubs die es noch gibt, sondern auch verschärfte politische Angriffe. LGBTs sind in Russland ohnehin per Gesetz als «sozial minderwertig» eingestuft. Jede Unterstützung von Homosexualität ist gesetzeswidrig. Und schon wird von Teilen der Orthodoxen Christlichen Kirche gefordert, Homosexualität wieder grundsätzlich als Straftat mit Knaststrafe zu ahnden.

Bis vor kurzem gab es noch keine Verurteilungen wegen „Propaganda von nichttraditionellen sexuellen Beziehungen“. Die Einschätzung Vieler war eher, dass dieser Paragraf der homophoben Stimmung im Lande Rechnung tragen soll und nicht wirklich, erstrecht nicht vor der Olympiade, zu Verurteilungen führen sollte. Das ändert sich nun. Es werden immer mehr Fälle bekannt, in denen Schwule und Lesben verurteilt werden.

Zwei Beispiele: In einer Stadt in der russischen Region Brjansk wurde nun erstmals eine Minderjährige wegen angeblicher „Propaganda von Homosexualität unter Minderjährigen“ bestraft. Nach Angaben des Protokolls einer Kommission wurde bei der Durchführung von „Präventionsarbeit“ an dem Gymnasium der Kleinstadt festgestellt, dass die Schülerin der 9. Klasse „sich offen als Vertreterin der nichttraditionellen sexuellen Orientierung bekennt.“ Außerdem habe das Mädchen „systematisch Informationen verbreitet, die auf die Herausbildung einer verkürzten Vorstellung über die soziale Gleichwertigkeit von traditioneller und nichttraditioneller sexueller Orientierung unter Minderjährigen“ (also unter ihren Klassenkamerad_innen) ausgerichtet gewesen wären. Sie wurde offiziell verwarnt und als potentielle Straftäterin dem Jugendamt gemeldet.

Erst letztens wurde der Chefredakteur einer Zeitung in Chabarowsk zu einer Geldstrafe verurteilt, weil diese den wegen seiner Homosexualität gekündigten Lehrer Alexander Ermoschkin zitiert hatte mit dem Satz „Meine Existenz ist der effektivste Beweis der Normalität von Homosexualität.“ In diesem Zitat sah das Gericht und ein Experten-Gutachten den Tatbestand der „Propaganda der sozialen Gleichwertigkeit traditioneller und nichttraditioneller sexueller Orientierung“ und verurteilte den Redakteur zu einer Strafe von 50.000 Rubel, ca. 1100 Euro.

Passend dazu erklärte der Bürgermeister von Sotschi, Pachomov, in einem BBC-Interview, dass es in seiner Stadt keine Schwulen gibt. „Wir sagen den Schwulen, dass ist eure Sache, euer Leben. Aber so was ist im Kaukasus nicht akzeptiert, wo wir leben. Und in unserer Stadt gibt es sie nicht.“ Er persönlich kenne keinen einzigen.

Die neueste ekelhafte Schikane ist das Gesetzesprojekt über den Entzug des Sorgerechts aufgrund der nichttraditionellen sexuellen Orientierung. Allein dessen Ankündigung hat zu Angst und Schrecken geführt. Viele sind deswegen seit September mit ihren Kindern aus Russland geflohen. Es gab auch einige Selbstmorde. Das Gesetz war zwar noch nicht in Kraft, wurde aber in kleineren Städten schon in vorauseilendem Gehorsam angewendet – und zwar gegen all jene, die nicht als traditionelle Hetero-Familie mit Kindern leben. Jetzt wird es noch einmal in das russische Parlament eingebracht, um einige juristische Formulierungen zu überarbeiten. Worauf das Gesetz abzielt ist, dass „es keine Anwerbung von Kindern zur homosexuellen Orientierung durch ihre homosexuellen Eltern geben soll - diese Position hat sich nicht geändert. Wir haben ein Interesse, dass dieses Gesetz in jedem Fall verabschiedet wird,“ ergänzte Parlamentssprecherin Tscherepanowa.

Solidariät mit den LGBTIs in Russland! Olympiade boykottieren! ***AB***

Gegen die Diskriminierung von Flüchtlingen

Einladung zur Planung von Aktionen in Hannover und der Region

Wir, die Asylbewerber_innen aus Hannover und Region, fordern eine Stadt, in der Menschen gleich behandelt werden, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund. Wir verstehen uns als Unterstützer_innen des Bestrebens, gegen jegliche Verletzung der allgemeinen Menschenrechte anzukämpfen.

Aus diesem Grund wollen wir uns mit allen Aktivist_innen, Funktionsträger_innen, NGOs, Gruppen und Einzelpersonen Hannovers und der Umgebung verbünden, die sich für den Schutz der Menschenrechte engagieren. Nur gemeinsam können wir bessere Lebensbedingungen für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen einfordern.

Die komplexe asylrechtliche Situation in Deutschland ist uns bewusst. Sie hat schwerwiegende Folgen für uns Betroffene; sie muss sichtbar und bewusst gemacht werden, damit sich etwas ändern kann.

Das Leben in Flüchtlingsunterkünften, während alle anderen in normalen, frei gewählten Wohnungen oder Häusern leben, ist unmenschlich und diskriminierend. Wir klagen die unzureichende und schlechte medizinische Versorgung an, die wir erhalten. Das Gesundheitswesen in der Stadt und der Region ist eine Gefahr, besonders für uns Asylsuchende.
Wir fordern die minimalen Voraussetzungen für ein Leben in Würde und Freiheit.

Wir wollen die Stimme aller Asylsuchenden in Hannover und Region, vor allem der bisher Ungehörten, sein. Gemeinsam kämpfen wir für unsere Rechte und fordern

- eine normale und selbstbestimmte Unterkunft für alle Asylbewerber_innen in Hannover und Region
- eine bessere medizinische Versorgung für alle Asyl bewerber_innen in Hannover und Region
- die Abschaffung aller das Asylrecht betreffenden Gesetze/Paragraphen, weil sie gegen die allgemeinen Menschenrechte verstoßen.

In Gedenken an alle, die in den Flüchtlingsheimen leiden und gelitten haben, die gestorben sind, die verwundet wurden, die physisch beeinträchtigt wurden und psychische Störungen erlitten haben, und die unter den Lebensbedingungen in den Heimen erkrankt sind, sammeln wir unsere Kräfte, um einen Wandel zu bewirken. Asylbewerber_innen sollen wie alle anderen Menschen in Hannover und Region behandelt werden. **Dafür wollen wir kämpfen!**

Um uns darüber auszutauschen, wie sich die (Wohn-) Situation von Flüchtlingen verbessern kann, welche Bedingungen und Aktionen wir dafür brauchen,

LADEN WIR REFUGEES UND SUPPORTER ZU EINEM OFFENEN TREFFEN EIN:

am Sonntag, 02.03.2014 / 13.00 Uhr / UJZ KORN / Kornstraße 28-30 / Hannover - Nordstadt / BUS 100 & 200 oder U-Bahn Linien 6 & 11 / Station: Kopernikusstr.

Kontakt: antira-hannover@posteo.de

Oury Jalloh - das war Mord!

Neues unabhängiges Brangutachten und Demo in Dessau

Mehr als 700 Menschen haben am 07.01.14 in Dessau für Aufklärung und Gerechtigkeit für Oury Jalloh demonstriert. Mit kämpferischen Redebeiträgen zogen die Demonstranten - darunter auch Mitglieder der „Gruppe Lampedusa“ aus Hamburg - vom Hauptbahnhof über den Sitz der Staatsanwaltschaft, das Amts- und das Landgericht zu der Polizeiwache, in der Oury Jalloh neun Jahre zuvor, am 07.01.05 bei lebendigem Leibe verbrannt wurde. Alle Behörden haben sich in ein Netz von Lügen, Vertuschungen und Einschüchterungen verstrickt. Von Anfang an wurde vermieden, was offensichtlich war: Wegen Mordes zu ermitteln. Ein grausames Verbrechen wurde verharmlost, das Opfer und seine Angehörigen verleumdet und die für Aufklärung kämpfenden Freunde verfolgt und traktiert. Nach neun Jahren unermüdlichen Engagements der Freunde von Oury Jalloh und ihrer Initiative liegen nun die Ergebnisse eines unabhängigen Brandgutachtens vor, das eindeutig zu dem Schluss kommt, ohne Fremdeinwirkung und Brandbeschleuniger kann Oury Jalloh nicht verbrannt sein. Es ist im Moment offen, ob der Generalbundesanwalt eine Anklage wegen Mordes erheben wird. Wenn ernsthaft ermittelt werden sollte, würden viele betroffen sein, die bis heute auf Vertuschung setzen: Die Staatsanwaltschaft Dessau, das Land- und Oberlandesgericht in Dessau und Magdeburg, die Richter, die bisher die Selbstverbrennungsthese übernommen hatten, und die Polizei und ihre Dienstherren.

Oury Jalloh ist aufgrund des Kampfes von Mouctar Bah und vieler weiterer zu einem beispiellosen Präzedenzfall geworden. Auf der Anklagebank sitzen der deutsche Staat und seine Vertreter, auf der Anklagebank sitzen der Kolonialismus und die Unterdrückung der afrikanischen Völker. Vor dem Amtsgericht rief ein Aktivist der Initiative, dass kein Mensch von diesem System Schutz und Gerechtigkeit zu erwarten habe. Wenn Flüchtlinge sich nicht zusammenschließen und organisieren, um sich zu schützen, werde es viele weitere Oury Jallohs geben. Aufgabe sei nun die Organisierung von Selbstschutz von Flüchtlingen hier und des Kampfes um die Befreiung Afrikas von den seit Jahrhunderten andauernden kolonialen Verbrechen. Die Flüchtlinge folgten den ausgebeuteten Rohstoffen und Reichtümern ihres Kontinents. Es ist ihr absolutes Recht, dorthin zu gehen, wo sie möchten.

Zusammen e.V. *(gekürzt)*

Lampedusa – über die öffentliche Diskussion zur europäischen Flüchtlingspolitik

Teil I: Die Form der Öffentlichkeit und ihr formeller Inhalt

Das bisherige Flüchtlingsabwehrregime ist überfordert
Am 3. Oktober 2013 ertrinken mit einem Mal fast 400 Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu kommen. Die Presse, die europäischen Regierungen und der Papst sprechen von einer Tragödie, mancher sogar von einer Schande. Genauso wie die großen Hungerkatastrophen in Afrika alle paar Jahre mal die deutsche Öffentlichkeit kurzzeitig beschäftigen, ist dieses Massensterben eine Debatte (bzw. eine Runde an Statements) wert. Jedes Jahr sterben tausende Menschen bei dem Versuch übers Mittelmeer nach Europa zu kommen. Dass es ausgerechnet jetzt zu einer breiten Diskussion kommt, liegt daran, dass die bislang vorgesehenen Institutionen vor Ort mit der Bewältigung der vielen Toten und der traumatisierten Überlebenden überfordert sind. Dass die Politik sich auch drei Wochen danach noch mit dem Thema beschäftigt hat, lag wiederum daran, dass die italienische Regierung die Aufmerksamkeit nutzte, um einige Reformen der bisherigen Arbeitsteilung in der europäischen Flüchtlingspolitik zu fordern.



Die Stunde der „Schicksale“
Die Zeit unmitelbar nach dem Tod der Flüchtlinge ist die große Stunde der „Schicksale“. Alle Beteiligten bekommen ein Gesicht, hier geht es um Menschen. Der Stern druckt Fotos ab, die die ertrunkenen Flüchtlinge bei sich hatten, Überlebende dürfen ihre Hoffnungen, Ängste und Traumata detailliert berichten, Fischer und Taucher berichten, wie es ihnen dabei geht, wenn sie von Fischen angefressene Leichen aus dem Mittelmeer holen. Und natürlich fängt jeder Artikel über die Regierenden damit an, wie „entsetzt“, „tief betroffen“ usw. sie selbst sind.

Erstens weiß die Journaille um das Bedürfnis ihrer Leser: Ein wenig Schauder, der aber auch wohlig sein kann, weil man dadurch im Vergleich weiß, dass es einem trotz der Sorgen um steigende Mietpreise, Lohnsenkung, Arbeitsstress und sonstigen Existenzängsten immer noch besser geht als den Ertrunkenen und ihren Familien. Auch wenn diese Sorgen dadurch freilich nicht verschwinden.

Zweitens ist damit die Folie für alles Weitere gelegt: Was auch immer man aus diesem „Drama“ folgen lässt: Es geht im Wesentlichen um individuelle Schicksale, die einem nicht gleichgültig sein sollen. Damit leistet die Öffentlichkeit zugleich Folgendes: Alles Ringen in der Politik, um neue Maßnahmen, dient angeblich auch diesen individuellen Schicksalen. Wenn dann Schleuser noch besser bekämpft werden sollen, soll es so aussehen, als ginge es der Politik dabei um diese individuellen Schicksale geht.

Teil II: Ursachen, die unterstellten oder hervorgehobenen Probleme und ihre Lösung

In der ersten Presseschau am Tag danach wird die europäische Flüchtlingspolitik hart ins Gericht genommen: Diese Toten hätten nicht sein müssen und es gebe sie nur, weil die Politik ihrer Verantwortung nicht nach gekommen sei. Fluchtursachen, Fluchtwege, Fluchtmittel, Ankunfts- und Aufenthaltsbedigungen, alles wird mit der Betonung herangezogen, da habe die Politik doch was mit zu tun.Welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, darum soll es im Folgenden gehen.

II.1. Fluchtgründe – also die Situation in den Herkunftsländern

Bürgerkriege
Mit den ertrunkenen Flüchtlingen, die vorwiegend aus Eritrea und aus Somalia stammen, kommt das Thema Bürgerkriege auf den Tisch. Diese werden nach dem Motto „so ist das dort“ behandelt. Die EU-Länder hätten mit den Bürgerkriegen eigentlich nichts zu tun, bzw. nur insofern, als dass sie nicht genug getan hätten, um die Bürgerkriege zu beenden. Als ob den EU-Ländern das Vermeiden von Bürgerkriegen ein Zweck an sich wäre. Als ob sie ihren Bezug auf Bürgerkriege nicht nach ihren nationalen Interessenlagen entscheiden würden. Das ist nicht der Fall. Mal stacheln EU-Staaten Bürgerkriege an, weil ihnen die Regierung nicht passt, mal unterstützen sie Regierungen im Bürgerkrieg, weil sie ihnen passen und manchmal warten sie abwägend ab, was sich so Interessantes für eine zukünftige Einmischung ergibt. Die „Vermeidung von Bürgerkriegen“ ist dabei ein guter Titel, um die nationalen Interessen dort mit allen Mitteln der Politik durchzusetzen; mit wirtschaftlicher Erpressung, der Unterstützung von Oppositionsgruppen oder deren Bekämpfung, manchmal auch mit Krieg.

Diktaturen
Es gibt Regierungen auf der Welt, die unliebsame Untertanen misshandeln (Welche eigentlich nicht?). Welche Regierung ihre Untertanen misshandelt, liegt dabei in der Interpretationshoheit der europäischen Regierungen. Eine der EU wohlgesonnene Regierung mag noch so viele Leute wegen ihrer politischen Absichten in den Knast stecken, sie gilt dann nicht als „Diktatur“. Hier ist der ganze Sinn der Asylpolitik angesprochen: Staaten geben denjenigen Menschen Asyl, dessen Herkunftsländern sie einen Unrechtsstatus ans Bein binden wollen, um gegen sie bestimmte nationale Interessen durchzusetzen. Diesen Unrechtsstatus unterstreichen

die europäischen Staaten, um so ihre Politik gegen diese Länder als Handeln im Sinne der Menschlichkeit, also eines dem nationalen Interesse übergeordneten weltweiten Wertesystems darzustellen.

Armut
Dass Leute vor Ort unter den erbärmlichsten wirtschaftlichen Bedingungen zurechtkommen müssen, ist für die hiesigen Regierungen einerseits kein Grund, ihnen Zuflucht zu bieten. Anerkannt ist dieser Fluchtgrund andererseits in einer sehr eigentümlichen Art und Weise. Er wird glatt als einer der Hauptgründe ausgemacht, warum sich Leute auf den Weg nach Europa machen. Warum sind die Leute arm? Es gibt dort zum Beispiel Bürgerkriege, die jede vorhandene erbärmliche Lebensgrundlage oder kleine Entwicklung gleich wieder kaputt machen. Gehe zwei Schritte im Text zurück.

Den Regierungen vor Ort wird Korruption vorgeworfen. Anstatt eine Entwicklung für alle zu befördern, würden sie nur in ihre eigene Tasche wirtschaften. Da kann eine europäische Nation natürlich nur den Kopf schütteln und mehr Transparenz fordern, good governance, sprich gutes Regieren, dafür sollen die Regimes vor Ort sorgen. Diese Forderung ist dann wieder ein guter Titel, das zu machen, was dem eigenen nationalen Interesse entspricht. Warum Regierungen in Ländern, deren heimische Ökonomie kaum Erträge einbringt, um den Staatsapparat zu unterhalten, die Tendenz haben, alle möglichen Geldmittel bei sich zu konzentrieren und sich dafür auch locker über selbstgemachte Gesetze hinwegsetzen; warum solche Regierungen Klientelpolitik machen, als einziger Weg, um sich wenigstens eine kleine loyale Gefolgschaft zu beschaffen, darüber haben wir anhand des Beispiels Mali geschrieben. Dort ist auch ausgeführt, worum es sich bei dem Anspruch „good governance" handelt: Es soll so regiert werden, dass die Machtwechsel nicht zusätzlich die Staatsgewalt schwächen. An Staaten, aus deren Gesellschaft mit Notwendigkeit immer wieder der Drang entsteht gegen die aktuellen Machthaber selber an die Macht zu gelangen und dabei nicht selten der Staatsapparat die einzige halbwegs funktionierende Erwerbsquelle in der Gesellschaft ist, wird der Anspruch gestellt: Machtwechsel o.k., aber friedlich!

Es wird aber auch von Seiten europäischer Politiker zur Sprache gebracht, dass äußere wirtschaftliche Interessen für schlechte wirtschaftliche Zustände vor Ort sorgen. Freilich wird auch das durch eine nationale Brille gefiltert:
China betreibt „Land Grabbing"; kauft also vor Ort Land auf, sorgt für die entsprechende Infrastruktur, um dann dort erfolgreich Landwirtschaft zu machen – für die eigenen Zwecke. Böse. Es könnte einem daran auffallen, dass es nicht schwer wäre mit dem gegebenen Stand der Technik in Afrika eine ertragreiche Landwirtschaft zu betreiben – wenn man das für die Leute vor Ort machen wollte. Dieser Aufwand scheint aber zu hoch zu sein für das nationale Interesse an der Vermehrung des Geldreichtums, da scheinen Frontex und Eurosur vergleichsweise bessere Nebenkosten zu sein. Europa überflutet die dortigen Märkte mit subventionierten Lebensmitteln und untergräbt entsprechend die dortige Landwirtschaft, die ebenfalls aufs Geldverdienen angewiesen ist. Aus der deutschen Brille wird dann gerne auf Spanien verwiesen, deren Fischereiwirtschaft sich Fangrechte entlang Nord-West-Afrika organisiert hat und damit den Fischern in der Region die Fische wegschnappt.

Weniger ist die Sprache davon, dass eine verarbeitende Industrie aufgrund der Produktivkraftüberlegenheit der westlichen Firmen in vielen Teilen Afrikas von vorneherein keine Chance hat. Dass der Westen da auch nichts anbrennen lässt, wenn die Staaten verschuldet und vom IWF abhängig sind und von demselben aufgedrückt bekommen, hier keine kostspieligen nationalen Projekte voranzutreiben und gleichzeitig den freien Handel nicht zu beschränken. So wie die eigenen Subventionen von Lebensmitteln immer weiter gekürzt werden sollen, da der IWF sonst keine weiteren Kredite mehr vergibt. Der Export von Rohstoffen aber, produziert oder abgebaut von westlichen Firmen die eh keine Arbeitskraft vor Ort, dafür aber Landflächen brauchen und verbrauchen (siehe Shell im Niger-Delta), wird als einzig senkrechter nationaler Entwicklungsweg vorgeschrieben.

Mit Blick auf das ganze Elend fordern dann einige europäische PolitikerInnen und JournalistInnen die Entwicklungshilfe auszubauen, die noch nicht umfassend und ausreichend genug sei. Dafür brauche es vor Ort die richtige Regierung (siehe zwei und drei Abschnitte vorher) und so werden immer mehr Gelder der originären Entwicklungshilfe für polizeiliche und militätrische Zwecke umfunktioniert. Aber auch abgesehen davon, sorgen Schulen vielleicht für mehr Leute, die Lesen und Schreiben können, die dann aber ökonomisch gar nicht gebraucht werden, weil eine nennenswerte Industrie vor Ort aufgrund der überlegenden Konkurrenz des Westen eh nicht entsteht. Zugleich sorgt der Westen dafür, dass der einzige vorgesehene Weg für eine Existenz das Geldverdienen bleibt.

II.2. Fluchtwege

Die Fluchtwege, vor allem durch die Sahara, sind hart und gefährlich, wobei überwiegend unterschlagen wird, dass es natürlich viel einfachere Wege gäbe – Flugzeuge und moderne Schiffe, wie jeder Tourist sie benutzt. Der Konsens unter den europäischen Regierungen besteht dann darin, dass die Leute , wenn sie denn schon fliehen müssen, in der Region bleiben sollen. Dafür unterhält sich die Staatengemeinschaft ein Flüchtlingshilfswerk der UNO. Ikea darf da gerade neue 1000 Euro-Kleinhäusercontainer statt Zelte Probetesten, damit die Leute in der Region in den Massenflüchtlingscamps bleiben (Ist dem Spiegel ein Artikel wert in der Ausgabe vom 21.10.2013 nach dem Motto – guck mal, das was du als Steckbaukasten zu Hause hast, darin leben jetzt vielleicht zukünftig Flüchtlinge in Afrika).

Sahara-Anrainer einbinden
Die Flüchtlinge vor den europäischen Grenzen müssen an diversen Grenzposten vorbei, dafür sorgt vor allem die EU. Irgendwie immer wieder erwähnt,

aber keiner weiteren Verwunderung wert, wird berichtet, dass Italien mit Gaddafi ein Abkommen hatte, in dem Libyen sich verpflichtete, die Flüchtlinge im eigenen Land abzufangen. Solche Abkommen versucht die EU seit langem allen Sahara-Anrainern mit wirtschaftlicher Erpressung nahe zu bringen. Darin erklärt die EU ihr „nachbarschaftliches“ Interesse an dem Ausbau der Grenzsicherung in den nördlichen afrikanischen Staaten. Gaddafi wollte damit ein Stück weit mehr in die westliche Normalität gelangen – der Versuch hat ihm nichts genützt. Wenn das Abkommen erwähnt wird, dann glatt mit der Empörung, dass Gaddafi das Abkommen nicht mehr einhielt, als die EU Krieg gegen ihn gemacht hat. Er wollte die EU erpressen!
Auf jeden Fall gelten die gewünschten Abkommen als ein Mittel, „Tragödien“ wie Lampedusa zukünftig zu vermeiden. Die Leute würden das Mittelmeer gar nicht erreichen und was in den Flüchtlings-Camps in Afrika los ist, wird schon kein Schwein interessieren, bzw. kann die EU ja nichts dafür, denn das liege ganz in der nationalen Verantwortung der afrikanischen Staaten.

Zu wenig legale Wege

Um überhaupt an die europäische Grenze zu kommen, müssen die meisten Flüchtlinge über das Mittelmeer. Und da sie von keinen vernünftigen Schiffen mitgenommen werden dürfen, müssen sie es illegal mit den abenteuerlichsten Geräten versuchen.
In diesem Zusammenhang kommt das Grenzregime von Europa deutlicher zur Sprache. Es gibt ein paar kritische Stimmen, die meinen, man müsse mehr legale Arten und Weisen etablieren, auf denen die Leute sicher nach Europa kommen können – das Gerät sei ja vorhanden, wovon nicht nur die modernen Frontex-Schiffe zeugen.

In der Mehrheit kontern die Regierenden schlicht mit dem Argument: ‚Wir können nicht alle aufnehmen und wenn man mehr legale Wege eröffnet, dann macht man den Leuten nur falsche Hoffnungen auch bleiben zu dürfen‘. Dieser Vorwurf wird dann in der Öffentlichkeit nicht gekontert mit: ‚Das ist Heuchelei, ihr wollt einfach was anderes‘, sondern es wird gesagt: ‚Aber ihr seht doch, dass man Flüchtlinge praktisch nicht verhindern kann. Das bisherige System ist unpraktikabel‘. Damit wird den Regierenden in ihrem politischen Willen, Flüchtlinge nicht haben zu wollen, Recht gegeben. Vorerst ist mit dem Machtspruch der Regierenden alles entschieden. Es kann aber sogar sein, dass die Debatte in der politischen Elite weitergeht und dann doch irgendwann ein erweitertes Green- und Bluecard-System herauskommt. Das würde dann für passgenaue Arbeitskräfte für die Nation und für den unerbittlichen Willen sorgen, die Unpassenden draußen zu halten.

Schleuser

Dass verzweifelte Leute selbst mit Schlauchbooten versuchen über das Mittelmeer zu kommen, ist das eine. Das sorgt aber nicht für 300-400 Tote auf einmal. Dafür braucht es schon größere Schiffe und die sind ohne Geld in der heutigen Welt nicht zu haben. Also kommt in der Debatte auch das große Thema Schlepper und Schleuser auf den Tisch. Wo Leute in besonderer Not sind, lässt sich richtig Geld verdienen, das weiß jeder anständige Unternehmer. Und wo das Geschäft illegal ist, lassen sich bei und wegen einem Risiko noch ordentliche Extragewinne machen. Kein Wunder, dass sich in Afrika genügend Leute finden, mit den Flüchtlingen ein Geschäft aufzumachen. Und weil es ums Geschäft geht, ist es auch kein Wunder, dass die Sicherheit des Menschenlebens ein untergeordneter Gesichtspunkt ist, wenn z.B. die Boote mit so vielen Leuten wie möglich vollgestopft werden.

Mit diesen Geschäftsleuten will die EU wiederum nichts zu tun haben – das sind Kriminelle, die irgendwo herkommen – schließlich hat man‘s verboten. Nun ist klar, dass das Geschäft auf dem Verbot der EU beruht. Dass die Flüchtlinge so erpressbar sind, ist nicht die Tat der Schleuser, sondern der Staaten, die ihre Grenzen schließen und bewachen. Dass die EU-Staaten samt NATO alle Welt aufs Geldverdienen verpflichtet, statt auf Bedürfnisbefriedigung, könnte einem als Grund einfallen, warum es solche Geschäftemacher gibt. Auch, dass die EU mit den eher dürftigen legalen Geschäftsbedingungen am Südmittelmeer einiges am Hut hat, könnte den Unschuldsgedanken in Zweifel ziehen. Auf den Kriminellen lässt sich herzlich herumtrampeln und ihre Gleichgültigkeit gegen Mensch und Leben herausstellen. Wieder ist ein Auftrag im Namen der Ertrunkenen kreiert: Europa muss den Schleppern das Handwerk legen. Gut, dass die EU mit Eurosur schon geplant hatte, modernste Satellitentechnik einzusetzen, um das Mittelmeer lückenlos zu scannen. Das Überwachungssystem wurde dann auch eine Woche nach „Lampedusa“ ins Werk gesetzt.

Wenn die verantwortlichen Politiker das Bild von Schleppern zeichnen, denen das Menschenleben egal ist, dann können sie auf tatsächliche Beispiele zurückgreifen. Diese Beispiele werden verallgemeinert, damit sich die EU dann in die Menschenretterpose schmeißen kann und sich so einen tollen moralischen Titel schafft, um das zu machen, was sie will: Hilfe für ungewünschte Flüchtlinge insgesamt zu unterbinden. Das trifft dann eben auch die Verwandten, Freunde oder sonstige Menschen, die schlicht die Flucht schon geschafft haben und versuchen, den Leuten dort, wo sie selber herkommen, Tipps zu geben, wie man es überhaupt nach Europa schaffen kann. Auch diese Netzwerke werden dann mit dem Titel Schlepper versehen und jeder soll sie sich als gewissenlose Mörder vorstellen.

Verbot von Seenotrettung

Im Zuge der 300-400 Toten kommen ein paar Besonderheiten ans Tageslicht. Es gibt glatt eine Strafe für Fischer oder andere Schiffsbetreiber im Mittelmeer, wenn sie illegale Flüchtlinge in Seenot an Bord nehmen. So die italienische Gesetzgebung. Die italienische Regierung hat den Aufschrei um Lampedusa als Gelegenheit entdeckt, ein wenig mehr Geld von der EU zu fordern und fördert deswegen den humanitären Aufschrei, der durch Europa geht, nach Kräften. Und zwar so, dass sie Deutschland der Gleichgültigkeit bezichtigt, weil es die ganzen angeblichen humanitären Aufgaben an Italien abwälzt.

Die deutsche Seite kontert: Ha, von wegen Humanität, wenn man solche inhumanen Gesetze macht. Die deutsche Regierung selbst, da geht sie mit der deutschen Presse d'accord, könne natürlich nichts für solcherlei nationale Gesetze wie in Italien. Man habe sich auf europäischer Ebene geeinigt, dass diejenigen Länder für die Flüchtlinge zuständig sind, wo sie ankommen (Drittstaatenregelung, mit der sich Deutschland bei Beibehaltung des Asylzweckes, die Kosten und den Aufwand des Asyls einsparen will). Wie dann die jeweiligen nationalen Regierungen mit den geteilten Pflichten umgehen, da kann Deutschland natürlich nicht mitreden, weil es eben nationale Sachen sind. Deutschland bemüht sich hier derselben Argumentation wie anerkannte und ehrenwerte Großunternehmen, die nichts für das Gebaren ihrer Subunternehmen können.
Ansonsten lautet das Angebot der Stunde: Frontex, also diejenige Institution, die materiell die Festung Europa an den Rändern mit ihrem Militärgerät herstellt und gerade den Grund für die waghalsigen Versuche über das Mittelmeer abgeben, soll sich zukünftig verstärkt für die Seenotrettung einsetzen.

II.3.Das Ankommen und Dableiben:

Wer das Mittelmeer überlebt, erreicht Italien, Spanien, Griechenland oder Malta. Im Zuge der Berichterstattung über die „Tragödie" werden die Lebensbedingungen in den Auffanglagern geschildert. Wieder wird an individuellen Lebensberichten nicht gespart und im Grunde wird auch nichts beschönigt. Lauter traumatisierte Menschen sind auf engsten Raum zusammengepfercht und haben nicht einmal ein Dach über den Kopf.

Wie die Lage in den Lagern funktionalisiert wird
Die italienische Regierung beschönigt hier nichts, weil sie auf Grund dieser Sachlage mehr Gelder und einen anderen Aufteilungsschlüssel für die angekommenen Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten von der europäischen Union verlangt. Das wird von Deutschland & Co. im Grunde abgelehnt. Italien bekomme genug und solle seinen Pflichten nachkommen. Dabei bezieht sich die deutsche Regierung auf Berichte, dass Italien den Aufwand für die Lager und die Flüchtlinge gar nicht betreiben will. Italien macht seinen eigenen Beitrag dafür, dass die Geflüchteten elende Bedingungen vor Ort haben und lässt sie gerne weiterflüchten – damit sie gen Norden ziehen. Das ärgert Deutschland.

Deutschland macht wiederum den Aufenthalt innerhalb seiner Staatsgrenzen so unangenehm wie möglich (Residenzpflicht, ebenfalls überfüllte Lager und sonstige Schikanen), damit ja kein Hoffnungssignal an weitere potentielle Flüchtlinge im Süden gemacht wird. Über die Aufenthaltsbedingungen der Flüchtlinge wird auf diese Weise die Kostenkonkurrenz für den gemeinsamen Asylzweck zwischen den europäischen Staaten ausgetragen.

Wie die Lage der Illegalen funktionalisiert wird
Viele Flüchtlinge wissen, dass auf dem legalen Wege in Europa nichts zu holen ist und versuchen sich als Illegale durchzuschlagen. In Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist die Armut der lohnarbeitenden Klasse die dauerhafte Grundlage ihrer Botmäßigkeit für das legale kapitalistische Geschäft. Illegale bieten da eine zusätzliche Notlage, die sich fürs Geschäft ausnutzen lässt. So waren und sind Illegale zum Beispiel in Spanien und Italien lange Zeit ein wichtiger Teil der dortigen Ökonomie. Das zeigt sich auch an der Meldung, die in den Medien kursierte, dass Illegale als Saisonkräfte auf spanischen Großplantagen arbeiten und das Pflanzenschutzgift aus Flugzeugen direkt auf die arbeitenden Kräfte abgeworfen wird. (Auch eine Art und Weise die Poren des Arbeitstages zu schließen, wenn es das Kapital nicht aushält, Menschen eine Pause machen zu lassen).
Auch die miserablen Lebensbedingungen der Illegalen in Deutschland werden in der Presse nicht verschwiegen, wenn es auch nicht richtig erklärt wird. Im Spiegel vom 21.10.2013 wird ein Illegaler, der sich am Stadtrand von Hamburg auf einer Brache in einem Container ohne fließend Wasser durchschlägt, interviewt. Er sagt, er würde am liebsten zurück nach Afrika, weil dort die Situation doch besser war als jetzt in Deutschland (er kann aber nicht zurück, weil im Herkunftsland durch seine Familie Geld gesammelt wurde, damit er Deutschland erreicht und es wird dort erwartet, dass Geld zurückfließt).

Die elende „Lage" der Flüchtlinge in Deutschland, die Deutschland selbst aktiv und bewusst mit herstellt, wird so zum Argument gemacht, sich verstärkt darum zu kümmern, dass sie Europa bzw. Deutschland gar nicht erst erreichen. Das sei dann ein Dienst an den Flüchtlingen und an Europa.

Teil III: Ein Fazit und warum die Politik wen nicht aufnehmen will

Das Resultat der Fluchtursachenanalyse:
Dafür haben die Toten bei Lampedusa gedient: Eine Debatte, in der sich die Öffentlichkeit darüber verständigt, dass die EU erstens mit der elendigen Situation der Flüchtlinge eigentlich nichts zu tun hat, zweitens aber doch schon eine Menge tut, aber noch nicht genug, drittens dieses Tun nur im Sinne der Flüchtlinge ist, sowie im Sinne der EU. Alles Leid wird in einen Auftrag der Politik verwandelt.

Dagegen muss festgehalten werden:
Alles Leid wird in einen Auftrag der Politik verwandelt, die der Grund für dieses Leid ist. Die EU-Staaten wollen nationales kapitalistisches Wachstum und nehmen dafür die Welt in Beschlag und schaffen das politische wie wirtschaftliche Elend, dessen sich Menschen durch Flucht entziehen wollen. Für die EU Staaten sind diese Flüchtlinge eine für ihre Zwecke überflüssige Bevölkerung, die in den Herkunftsländern und erst Recht in Europa stört.

„Wir können ja nicht alle aufnehmen"
In der Debatte gibt es noch ein nicht behandeltes Argument: „Wir können ja nicht alle aufnehmen." Dieses Argument liegt fast allen oben bestimmten Debatten über Fluchtwege, Ankommen und Dableiben zu Grunde. Das „Argument" ist in mehreren Hinsichten verlogen. Erstens: Wer ist denn dieses „Wir"? Regierungen beschließen, wer rein darf und wer nicht.

Zweitens: Der Satz unterstellt, dass es (auch unabhängig von Flüchtlingen) in dieser Gesellschaft eine kooperative Absprache gäbe, wie man Menschen eine Lebensgrundlage sichern könnte. Die Lohnarbeitenden haben sich aber im Gegenteil nach der Konjunktur und dem Bedarf des Kapitals zu strecken. Nie ist es andersherum, dass die Bedürfnisse der Menschen zum Ausgangspunkt gemacht werden und dann gefragt wird: Wie sollten wir die Wirtschaft dafür einrichten.
Die fehlende Kritik der kapitalistischen Ökonomie ist einer der Gründe, warum linksliberale Bürger selber immer wieder das Argument „man kann ja nicht alle aufnehmen“ implizit oder explizit mittragen. Sie mögen keinen Unterschied in der Frage machen, ob ihr Nachbar ein Deutscher oder ein Mensch ist, der sonst irgendwo her kommt. Sie mögen vollste Empathie mit den Geflüchteten haben. Dem „Argument“ - ja, geht das denn, wenn in den kommenden Jahren 5 Millionen Leute kommen - haben sie nichts entgegenzusetzen, weil auch sie sich dann in den Realismus des „können die Sozialsysteme, die auf den Beiträgen der Beschäftigten beruhen, das tragen?“ hineindenken.

Drittens ist mit der „Integration“ in erster Linie gar nicht das Arbeiten und Wirtschaften gemeint, sondern die politische Forderung, dass die Leute hierzulande Deutschland gegenüber loyal zu sein haben. Hier hat die Politik prinzipiell einen deutlichen Vorbehalt gegenüber Ausländern. Wirtschaftspolitisch wird dieser Vorbehalt bedingt relativiert, wenn z.B. Fachkräfte aus dem Ausland angeworben und ihnen ein Aufenthalt in Deutschland gewährt wird. Flüchtlinge dagegen sind Ausländer, die kein Politiker bestellt hat. Selbst wenn unter ihnen Fachkräfte sind: Sie sind illegal gekommen und das ist erst mal ein deutliches Minus in Sachen Loyalität. Fachkräfte holen sich Staatenlenker anders.

Dass es nicht alleine um die Masse Menschen in Deutschland geht, sondern um solche, von der sich die Politik eine besondere Loyalität verspricht, zeigt sich daran, dass parallel zum „Boot ist voll“-Bild, das dauernde Gejammer darüber besteht, dass „urdeutsche“ Frauen zu wenig Kinder in die Welt setzen.
Nicht nur die deutsche Politik hält (im Ergebnis gar nicht zu unrecht) die Staatsbürgerschaft aufgrund von Blutslinie für ein unschlagbares Loyalitätsprogramm, in dem Leute herauskommen, die das Wohl und Wehe Deutschlands für ihr persönlichstes Anliegen halten. Und diese Identifikation mit der Nation ist dem deutschen Staat wichtiger als kleinliche Berechnungen, wie man wirtschaftlich so über die Runden kommt. Auf die Blutslinie als politisches Loyalitätsprogramm verzichtet kein Staat der Welt, einige – mittlerweile auch Deutschland – kennen daneben noch andere Kriterien der Staatsbürgerschaft.

Flüchtlinge dagegen, die nur wegen der Armut fliehen, sind in diesem brutalen und bedürfnisfeindlichen Gedankensystem unbrauchbar: Sie gehen ja nur weg, weil sie es persönlich besser haben wollen, anstatt alles persönliche Elend in Kauf zu nehmen und ihre Nation tatkräftig zu unterstützen, wie es die Trümmerfrauen einst in Deutschland gemacht haben.
Kurzum: Die Wahrheit von „Wir können ja nicht alle aufnehmen“ heißt: Die um die Nation besorgte Politik will nicht alle und auch nicht viele aufnehmen.
Für das Programm „nationaler kapitalistischer Reichtum“ sterben Menschen rund um und in Europa. Und dieses Sterben wird für dieselbe Politik in der Debatte um Lampedusa fruchtbar gemacht.

Teil IV: Die Arbeitsteilung der deutschen Regierung

Die Regierung: Weiter so, nur engagierter
Die deutsche Regierung beherrscht das Spiel der Selbstbezichtigung sehr gut: Wir haben bisher zu wenig getan, deshalb sollten wir mehr tun:
Eine Staatsministerin verspricht, dass die Bundesregierung sich mehr dafür einsetzen wird, dass Frontex auch zur Seenotrettung beitragen soll – was natürlich schon längst ein Unterauftrag sei. Der scheidende Minister für Entwicklungshilfe, verspricht für noch mehr Entwicklung zu sorgen. Der Innenminister verspricht noch konsequenter die Schleuser zu bekämpfen. Der Antrag von Italien, dass Deutschland mehr Geld geben soll oder mehr Flüchtlinge aufnehmen solle, wird zurückgewiesen.



Der Bundespräsident: Rettet die Werte!
Der Bundespräsident Gauck gab gleich am Tag nach der „Tragödie“ den Blickwinkel vor, um den es in der Debatte zu gehen hat: Die Werte von Europa stehen auf dem Spiel. Kurz gesagt: Alle moralischen Titel, in denen sich die nationalen Interessen der EU-Staaten kleiden, sind durch die vielen Toten auf einmal angekratzt. Betroffenheit ist fällig, um zu zeigen, die Werte sind da. Selbstkritik ist fällig, um zu zeigen, wie sehr diese Werte der Grund der Politik seien (und nicht, was die Wahrheit ist: Die Werte beschönigen die machtpolitischen Interessen). Damit das keiner missversteht, erklärt Gauck gleich dazu, wie fehlbar der Mensch an sich sei und der Kampf um die Werte ein ewiger Kampf bleiben wird - also ein naives messen, dass wo gesagt wird, kein Mensch dürfe sterben, auch kein Mensch zu sterben habe, fehl am Platze ist. Und alle politischen Repräsentanten haben sich erneut Mühe gegeben, die Projekte mit dem Namen der Menschlichkeit zu dekorieren.

Die Betroffenen am 03.10.2013 waren nicht die 300-400 ertrunkenen Flüchtlinge. Der Betroffene war der Wertehimmel, mit dem sich das brutale Programm des nationalen Kapitalismus in Europa schmückt. Diesen Wertehimmel galt es zu flicken.

Gruppen gegen Kapital und Nation

Bei diesem Text haben wir die Fußnoten rausgekürzt du findest ihn mit Fußnoten hier:

gegen-kapital-und-nation.org

Demo und Riots nach dem Tod eines Migranten in Tanger

In Tanger ist es am Abend des 4. Dezember zu einer spontanen Demo von hunderten MigrantInnen gekommen. Auslöser war der Tod eines Mannes aus Kamerun, der nach einer Bullenrazzia mit schweren Kopfverletzungen aufgefunden wurde. Bereits vor einem Monat war Moussa Seck, ein junger Mann aus Senegal, ebenfalls nach einer Bullenrazzia tot aufgefunden worden. Die Demo, an der sich zum Schluss bis zu tausend Menschen, die meisten ArbeitsmigrantInnen, aber auch solidarische MarokkanerInnen beteiligten, wurde mehrmals erfolglos von den Bullen aufgestoppt, da die Bullenketten immer wieder durchbrochen wurde, teilweise wurden dabei Bulleneinheiten mit Steinen vertrieben.

Aus einer grossen Menge von Schaulustigen kam es auch immer wieder zu Angriffen von rassistischen Mobs auf die Demo der MigrantInnen, die aber erfolgreich zurückgeschlagen wurden.

Die Situation der MigrantInnen in Marokko ist katastrophal. Die Bullen gehen seit langer Zeit immer wieder mit Razzien gegen sie vor, dabei kommt es zu massiven körperlichen und sexuellen Übergriffen, so berichtete eine europäische No Border Aktivistin von der Abschiebung von SchwarzafrikanerInnen nach Algerien, bei der die Männer in der Wüste ausgesetzt und die separierten Frauen von den Bullen vergewaltigt wurden. Auch kommt es immer wieder zu rassistischen Pogromen, so wie am 12. November, als eine Gruppe von 40 mit Messern bewaffneten Marokkanern ein Haus von MigrantInnen überfiel, ausplünderte und anzündete. Zwei der Bewohner wurden bei dem Überfall schwer verletzt.

Marokko ist Teil der vorverlagerten Flüchtlingsbekämpfungspolitik der EU, derzeit sind europäische Grenzschutzverbindungsbeamte im Auftrag von Frontex in Marokko stationiert. Im Rahmen von Eurosur hat sich Marokko verpflichtet, Flüchtlinge, die auf dem Weg nach Europa sind, schon abzufangen, bevor sie die EU Aussengrenzen überhaupt erreichen.

Als Belohnung für das Verhalten Marokkos in der Flüchtlingsbekämpfungspolitik wird es in absehbarer Zeit zu einem Freihandelsabkommen der EU mit Marokko kommen, entsprechend einer Vereinbarung von EU-Kommissionspräsident Barroso mit dem marokkanischen Ministerpräsidenten Abdelilah Benkirane bei einem Treffen in Rabat im Frühjahr diese Jahres. Morgen wird im EU Parlament ein neues Fischereiabkommen der EU mit Marokko abgestimmt werden, eine Energiepartnerschaft zwischen Marokko und der Europäischen Union wird derzeit vorangetrieben. Spanien, Frankreich und vor allem Deutschland haben angekündigt, intensiv in erneuerbare Energie investieren.

Die No Border AktivistInnen aus Marokko bitten um die Weiterverbreitung der Infos über die Repression gegen MigrantInnen in Marokko und über den Widerstand dagegen.

No Border Morocco

Ausführliche Infos auch in englisch:
beatingborders.wordpress.com

Übersetzung Recherchegruppe Aufstand

Dokumentation:

Aktionen gegen den Hamburger Senat und die SPD-Spitze

Wir haben heute Führungspersonal des Hamburger Senats und der SPD Hamburg angegriffen. Die Häuser folgender Personen wurden mit Steinen und Farbe attackiert:

Jan Pörksen, Staatsrat der Sozialbehörde, Tornquiststraße 49

Michael Sachs, Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Bergiusstraße 27

Andreas Dressel, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bürgerschaft, Begel 6.

- - Aktionen gegen den Hamburger Senat und die SPD-Spitze - -

- Krieg, Flucht, Entrechtung: Genug ist genug! -

- Jetzt nicht nachlassen und den Aufenthalt für die „Lampedusagruppe“ durchsetzen! -

Sozialbehörde:
Noch bevor im Juni 2013 die Flüchtlinge der „Lampedusagruppe“ in die S t.-Pauli Kirche und andere Unterkünfte gingen, scheiterten Verhandlungen zwischen der Sozialbehörde und der Nordelbischen Kirche über eine Unterbringung in einer Schule im Stadtteil Langenhorn. Die Sozialbehörde stellte die Vorbedingung einer erkennungsdienstlichen Behandlung und Registrierung aller Personen. Es wurde vermutet, dass hiermit eine zügige Sammelabschiebung vorbereitet werden sollte. Die Kirche lehnte das Ansinnen der Behörde zu diesem Zeitpunkt (noch) ab.

Stadtentwicklungsbehörde:
Ein sehr ähnliches „Spiel“ trieb der Staatsrat Sachs im Oktober 2013. In einem Brief an die Bezirksamtsleiterin von Altona koppelte er die Genehmigung zum Aufstellen von Wohncontainern auf Kirchengelände an die Abgabe der Personalien. Die Kirche würde sich der Beihilfe zu Illegalität strafbar machen, wenn

Das Blättchen zu Hamburg

In und um Hamburg war ja einiges los die letzten Monate. Da wir weder mit der Aktualität noch mit der Kapazität des Internets mithalten können und wollen, gibt es hier eine Auswahl. Einen Demobericht zum 21.12. gibt es z.B. nicht, da die Demo, wenn du dies liest, mindestens zwei Monate her ist. Stattdessen dokumentieren wir einige Erklärungen und drucken Texte, die die Ereignisse bewerten. Bevorzugt wurde natürlich das was uns geschickt wurde. „Einige Autonome auf Reisen" haben angeregt, die Debatte um militante Strategie und Praxis in unserer Zeitung, statt Online zu führen. Nach einiger Diskussion haben wir uns dagegen entschieden auch den von ihnen kritisierten Text „Über HH2112 und eine militante Zukunft auf der Straße" aufzunehmen. Einerseits ist Platz Mangelware, andererseits gab es an der militärischen Sichtweise des Textes auch bei uns zu große Kritik um Platz für ihn zu schaffen. Ihr findet ihn hier: ***linksunten.indymedia.org/de/node/102828***
Wir sind gespannt ob die Aufmerksamkeit bis zur Erscheinung des Blättchens Nr. 17, in drei Monaten, reicht und wir bis dahin tatsächlich weitere Debattenbeiträge bekommen. Würde uns freuen. ***AB***

sie der Verpflichtung, die Namen und den Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge der Ausländerbehörde zu melden, nicht nachkomme. Diesen Drohungen gab die Bezirksversammlung nicht nach. Die ersten Wohncontainer wurden bereits aufgestellt. Allerdings steht eine Abgabe von Personalien zur Debatte.

SPD-Fraktion:
In der SPD-Fraktion sorgt der Vorsitzende Andreas Dressel dafür, dass die Bürgerschaftsabgeordneten dem Diktum des Bürgermeisters Scholz, es gäbe keinerlei Perspektive für die „Lampedusaflüchtlinge" in Hamburg, bedingungslos folgen. Die SPD-Fraktion und auch die Partei stehen nahezu geschlossen hinter der harten Linie von Scholz und Innensenator Neumann. Auf dem kürzlich stattgefundenen SPD-Parteitag in Hamburg Wilhelmsburg haben die SPD-Mitglieder fast ausnahmslos für den Kurs des Bürgermeisters gestimmt.

Aber die SPD und der Senat werden sich bewegen müssen. Denn mit dem zeitlichen Zusammentreffen des Beginns verstärkter rassistischer Polizeikontrollen, um an die Namen der Flüchtlinge zu kommen, und dem Tod von über 400 Menschen, die beim Kentern zweier Schiffe im Mittelmeer ertranken, hat sich eine Protest- und Widerstandsdynamik nicht vorhersehbaren Ausmaßes in Hamburg entwickelt: Allwöchentliche Demonstrationen in der Innenstadt, große Manifestationen nach St.-Pauli Spielen, Ultimaten der linksradikalen Szene an den Senat, Auseinandersetzungen mit der Polizei, Hausbesuche beim mittlerweile streng bewachten Bürgermeister, Besetzung der SPD-Zentrale, Glasbruch an vielen SPD-Büros und Ausländerbehörde, Spontan demonstrationen in einigen Hamburger Stadtteilen, solidarische Aktionen in mehreren Städten in der BRD, die größte Antira-Demonstration der letzten Jahrzehnte in Hamburg am 2.11. …

Zwar sagt Dressel, dass „die Frage um die Flüchtlinge nicht auf der Straße entschieden wird" und dass „man mehr Brücken nicht bauen kann". Und Innensenator Neumann sieht angeblich „für eine von der „Lampedusagruppe" geforderte Kommission und neue Verhandlungen keine Notwendigkeit". Aber es ist deutlich, dass der Senat von der sehr großen und vehementen Unterstützung des Kampfes überrascht und schon leicht angeschlagen ist. Und die sich solidarisierenden Menschen auf den Straßen ahnen, dass vielleicht mit der Durchsetzung der Forderungen der „Lampedusagruppe" eine Etappe gewonnen werden kann für die noch ausstehenden Kämpfe gegen die Festung Europa.

- - Menschen sterben und ihr schweigt, Scheiben klirren und ihr schreit - -

Wir wissen schon, dass die Mainstream-Medien und der Senat unsere Initiative denunzieren werden. Die BILD-Zeitung titelte in Bezug auf die Solidemo von der Flora: „Straßenterror im Namen der Toleranz" und giftete im Kommentar: „Was muss eine stolze Stadt wie Hamburg noch aushalten?" Wir denken, dass diese Stadt noch sehr viel mehr aushalten wird in Zukunft. Eine Stadt, die ihren Reichtum einer mörderischen Kolonial-Geschichte verdankt und z.B. über den Hafen an der Ausbeutung und Verelendung des globalen Südens fett geworden ist. Deren Wohlstand über die Terrormaßnahmen von „Dublin II" und „Frontex" abgesichert wird, au ch auf Kosten von 25.000 (!) ertrunkenen Flüchtlingen im Mittelmeer (eine erste Reaktion auf die letzten Schiffsunglücke war die Aufrüstung der Kriegsflotten).

Super ist, dass sich die „Lampedusagruppe" bisher nicht hat spalten lassen. Weder eine massive Desinformationskampagne in den Medien (u.a. wurde eine Trennung der Gruppe kolportiert), noch die ultimativen Ansagen des Senats, weitere „Zugeständnisse" werde es nicht geben, haben zu einer Beendigung der Proteste geführt. Ein von der Nordelbischen Kirche und der Hamburger Bischöfin mit der Innenbehörde ausgehandeltes vermeintlich „faires" und alternativloses Einzelfallverfahren wird von der überwiegenden Mehrheit der „Lampedusagruppe" abgelehnt. Sie sieht darin lediglich ein Spiel auf Zeit, ohne wirkliche Garantien. Die Gruppe kritisiert die Bevormundung durch die Kirchenführung sowie die Verhandlungen über ihre Köpfe hinweg und verlangt weiterhin direkte Gespräche mit dem Senat.

Wir fordern alle auf, in ihren antirassistischen Anstrengungen jetzt nicht nachzulassen. Bleibt in Bewegung! Nutzen wir die Adventssamstagsdemos in der Innenstadt um zu zeigen, dass wir nicht die Meinung des Einzelhandels teilen, jeder Kunde solle ungestört einkaufen können.

- Für eine kraftvolle Demonstration am 21.12.2013!

- Fight Fortress Europe!

- Grenzen auf für Alle!

genug ist genug. Hamburg, 25.11.2013

Dokumentation:

Aktionen in der Hamburger Elbchaussee

Erklärung

Im Anschluss an die international und bundesweit mobilisierte Demonstration für die Verteidigung der Roten Flora, den Erhalt der Esso-Häuser und für die Durchsetzung des Aufenthalts für alle Flüchtlinge in der BRD haben wir die Elbchaussee zwischen Liebermannstrasse und Hohenzollernring mit Barrikaden stillgelegt. Dafür haben wir Baustellenmaterial, brennende Reifen und teure Autos auf der Straße quergestellt. Parallel wurden mehrere angrenzende Villen und ein Bürokomplex mit Farbe und Steinen ramponiert und die dazugehörenden Luxusautos zerstört.

Die Elbchaussee ist in Hamburg nicht „irgendeine" Straße. Sie hat die Funktion der Hauptverkehrsader für die „high society" dieser Stadt.
Morgens schlängeln sich Luxusfahrzeuge in großer Anzahl in die Büros der City, abends zurück. Sie gilt als eine der ersten Wohnorte der Stadt und ein großer Prozentsatz der 42.000 Hamburger Millionär_innen wohnt in den Elbvororten, Othmarschen, Nienstedten, Flottbeck und Blankenese. In Nienstedten liegt das Durchschnittseinkommen mit 170.000 Euro elfmal höher als in Veddel.

Wir haben exemplarisch drei Villen und ein Büro angegriffen, deren Besitzer_innen für Unterdrückung und Ausbeutung in Hamburg, der BRD und international verantwortlich sind.

Beispiel für: Zerstörung von Stadtvierteln, der Vertreibung ihrer Bewohner_innen, menschenunwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeiter_innen in Brasilien, Rußland, Südafrika,... Elbchaussee Nr. 139 und 137

Sitz des Architekturbüros von Gerkan, Marg + Partner (GMP) und Wohnhaus von Gerkan. Im Juni dieses Jahres gingen während des Confederation Cups in Brasilien Hunderttausende von Menschen auf die Straßen. Angestoßen von Protesten der „Recht auf Stadt"-Bewegung, Anarchist_innen und dem Movimento Passe Libre (MPL, die für den kostenlosen öffentlichen Transport kämpfen) legten sie das öffentliche Leben in Brasiliens Metropolen nahezu still. Sie blockierten Verkehrswege, besetzten Regierungsgebäude und lieferten sich vor den Fußballstadien Straßenschlachten mit der Polizei. Denn neben Fahrpreiserhöhungen, einer nachvollziehbaren Unzufriedenheit mit ihren Lebensbedingungen im kapitalistischen Wahnsinn, richteten sich die Proteste gezielt gegen die Verschwendung exorbitanter Summen, welche für die Ausrichtung der Männerfußball WM 2014 und der Olympischen Spiele 2016 im Land ausgegeben werden. Ca. 11 Milliarden Euro für die Fußball WM und noch mal fast genauso viel für die Olympiade.

Als Folge der „Aufwertung" durch die Sportgroßveranstaltungen werden z.B. in Rio Favelas zerschlagen, hunderte Häuser, die ohne „Eigentumstitel" errichtet wurden, dem Erdboden gleichgemacht und Menschen mit geringem Einkommen vertrieben. Mit Milliarden aus staatlichen Subventionen wird ähnlich wie in den Hafenstädten Europas die Hafenzone Rios in einem augeblasenem Public Partner Partnership umgemodelt [steht so im Original]. Für Investitionssicherheit sorgen die Unidades de Policia Pacificadoras UPP (Polizeieinheiten zur Befriedung der Favelas), die fest in den Vierteln stationiert werden, finanziert von Industrie, Banken und Immobilienbranche.

GMP zeichnen verantwortlich für die Planung der Stadien in Manaus und Brasilia, Investitionsvolumen 200 Mio. und 350 Mio. Euro. In beiden Städten existieren keine bedeutenden Fußballvereine. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Stadien nach der WM ähnlich wie in Südafrika ungenutzt dahinsiechen werden, ist sehr groß. Marg gibt zu, daß die Arenen in erster Linie Prestigeprojekte darstellen, betont aber, daß sie für das Renommee des Büros wichtig sind. Er sagt: „ Ich bin ein Teil des Systems. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert." Mit dieser offenherzigen Einstellung scheut er auch vor einer Audienz bei den Potentaten in Katar nicht zurück. Hier locken Stadienprojekte für die Männerfußball WM 2022. In Katar schuften über eine Million Arbeitsmigrant_innen unter erbärmlichen Bedingungen und in sklavenähnlichen Abhängigkeiten. Ihnen werden die Pässe abgenommen, sie müssen in Elendsbehausungen leben und bekommen ihre kargen Löhne oft monatelang nicht ausgezahlt. Die Nepalesische Botschafterin bezeichnete Katar als größtes Open-Air Gefängnis der Welt. Im Sommer starben dutzende nepalesische Arbeiter auf den Baustellen. In Katar wird von Investitionen in Höhe von 105 Milliarden Euro zur Realisierung der Fußballmänner-WM ausgegangen. Schon jetzt entsteht mit Lusail City eine neue Stadt, die als Drehscheibe funktionieren soll, und in der auch die meisten Hotelneubauten und ein Megastadion geplant sind.

GMP spielen in der Championsleague der Stadionbauten mit. 2010 fing es mit drei Stadien für die WM in Südafrika an. Es folgten die Stadien in Kiew und Warschau für die EM 2012. 2014 steht die WM in Brasilien an, für die Olympiade 2016 gabs den Zuschlag für das Schwimmstadion und die Tennisarena. Für die Männerfußball WM 2018 in Rußland hat GMP für vier Stadionneubauten und den Umbau des Olympiastadions in Moskau unterschrieben. Was für beschissene Bedingungen die Arbeiter_innen dort erwarten, kann zur Zeit in Sotschi beobachtet werden. Auf dem Rücken von Zehntausenden Arbeitsmigrant_innen aus Kirgisistan, Tadschikistan, und Usbekistan wird dort die Infrastruktur für die Winterolympiade 2014 aus dem Boden gestampft.

Beispiel für Produktion von Kriegswaffen und Ausrüstung der deutschen Kriegsmarine, Elbchaussee 146,

Herbert Aly, Geschäftsführer von Blohm und Voss. Letzte Woche wurde bei Blohm und Voss die Taufe der ersten von vier Fregatten des Typs F125 gefeiert. Blohm und Voss stellt im Auftrag von Thyssen Krupp Marine Systems Kriegsschiffe einer neuen Generation her, Stückpreis 660 Mio. Euro.
War starts here – let's stop it here!

Ein anderes Geschäftsfeld der Werft ist die Fertigung von Megajachten, Spielzeuge für die Superreichen (z.B. liegt z.Zt. die Jacht des Microsoft Mitbegründers Paul Allen im Dock).

Exemplarisch für Ausbeutung im Betrieb, Klassenkampf von oben: Elbchaussee 141,

Krüger, Mitinhaber der Firma Neupack.
Die Mitglieder der Familie Krüger geben sich gerne als ehrbare Kaufleute. Seit über 50 Jahren gibt es in ihrer Firma, dem Verpackungsmittelhersteller Neupack keinen Tarifvertrag und in Gutsherrenmanier wurde über Entlohnung etc. entschieden, die Löhne lagen deutlich unter branchenüblichem Niveau, jahrelang gab es keine Lohnerhöhungen. Am 1.11.2012 begannen die Belegschaften der beiden Firmenstandorte Hamburg-Stellingen und Rotenburg einen Streik für einen Tarifvertrag. Es war einer der langwierigsten Arbeitskämpfe in Hamburg seit 1945. Die Familie Krüger beantwortete den Streik und die Blockaden der Betriebe mit dem Einsatz von Streikbrechern mit Unterstützung der Polizei. Zahlreiche Aktive wurden abgemahnt oder gekündigt. Krügers versuchten sogar den Streik vom Arbeitsgericht verbieten zu lassen und bezeichneten die Blockaden der Streikenden gegen die Streikbrecher als Krieg. Leider konnten sich die Streikenden mit dem Ziel eines Haustarifvertrages nicht durchsetzen, auch weil die IG Bergbau, Chemie und Energie den Kampf nicht entschlossen unterstützte. So müssen die meisten Arbeiter_innen nun mit Bruttolöhnen um 9 Euro über die Runden kommen, während Krügers weiterhin in Villen mit Elbblick wohnen – das ist nicht richtig so.

Mittlerweile arbeiten 1/3 aller Beschäftigten in Deutschland unter prekarisierten Verhältnissen. Die Zahl der Betriebe ohne Tarifbindung wird weiter anwachsen, die Zahl der Arbeitskämpfe in mittelständischen Klitschen auch. In der aktuellen Krisenpolitik ist es notwendig, diese Kämpfe genauso zu unterstützen wie die Kämpfe in Südeuropa gegen die Diktatur der EZB, EU und IWF.

Zur Unterfütterung der Aktion gegen Gerkan, Marg und Partner wurde am Abend vorher die von ihnen gegründete Architekturhochschule „Academy of Architecture" aac in der Rainvilleterasse erheblich beschädigt.

Allen Genoss_innen und Freund_innen wünschen wir ein kämpferisches und erfolgreiches Jahr 2014 mit vielen coolen Aktionen gegen Gentrifizierung, gegen Kriegspolitik, gegen böse Bosse, Initiativen zur Unterstützung der Textilarbeiter_innen in Asien, zur Unterstützung der Kämpfe in Griechenland, Spanien und Portugal, eine fetzige EZB Eröffnung in Frankfurt/M sowie solidarische Aktionen zu den Kämpfen in Brasilien während der WM.

Rote Flora bleibt!

Den Aufenthalt der Lampedusa-Flüchtlinge durchsetzen!

Senat und Problem-Baeren ins Weltall!

21,12,2013, Hamburg

[Abgetippt. Rechtschreib- und Tippfehler, die die Verständlichkeit beeinträchtigen, haben wir berichtigt. AB]

Von der Schanze bis zur Reeperbahn - Kein Gefahrengebiet für Bullen und Staat

Die Bullen sind Schweine. Sie lügen. Sich daran abzuarbeiten, ist ebenso überflüssig wie sinnlos. Während sich die Massenmedien mit Berichten über den Wahrheitsgehalt der Bullenpropagandameldungen zu den Geschehnissen in der Nacht zum 29.12. rund um die Davidswache überschlagen und im Minutentakt Dutzende tweets zu #Gefahrengebiet ins Netz gestellt werden, gerät die eigentliche Motivation der Bullen, ein grossflächiges Gefahrengebiet für die Schanze, St. Pauli und grosse Teile Altonas auszurufen, aus den Augen.

Dabei hatte der Innensenator Neumann es klar und deutlich benannt: "Es gehe darum, die Szene zu verunsichern". Im Klartext geht es eben nicht um die Beschneidung von irgendwelchen "Grundrechten" oder eine exzessive Polizeipraxis, sondern schlicht und ergreifend um eine Massnahme der Aufstandsbekämpfung.

Dass die Bullen zu blöd sind, die Story zur öffentlichen Rechtfertigung so anzulegen, dass sie nicht bei den ersten Ansätzen von Recherche zusammenbricht, steht auf einem anderen Blatt.

Die Mobilisierungen seit dem Beginn der Bullenrazzien gegen die Lampedusa Gruppe in Hamburg war auf der einen Seite in der Masse mit den grossen Demos beeindruckend, auf der anderen Seite waren militanten Initiativen von Beginn an ein von vielen zumindestens passiv mitgetragener Bestandteil der vielfältigen Aktionen. Zahlreiche direkte Aktionen

gegen Verantwortliche in Politik und Verwaltung, Angriffe auf die Bullen, das ständige Errichten von Barrikaden bei selbst kleineren Spontandemos waren ebenso wie die Tendenz zur Vermummung in den letzten Monaten in Hamburg eine fast alltägliche Praxis.



Mit dem frontalen Angriff der Bullen auf die Demo am 21.12. zielten die Verantwortlichen bei den Bullen und im Senat vor allem auf Eines: Die Wiederherstellung der Ohnmacht auf unserer Seite. Dies ist ihnen an diesem Tag auch ansatzweise gelungen. Mit der Begrenzung auf den engen Raum rund um die Flora gelang es ihnen, dass sich Tausende, black block style hin oder her, eingezwängt in der Menschenmasse, handlungsunfähig wiederfanden. Am Abend auf St Pauli waren es dann deutlich weniger Leute, die offensiv gegen den Bullenapparat und Symbole der kapitalitischen Verfasstheit vorgingen. Das die Bullen, die Sachen, die dann gelaufen sind, eher runtergespielt oder wie die Aktion an der Elbchaussee sogar erst ganz verschwiegen haben, passt in dieses Bild.

Nun droht die diskursive Umzingelung der antagonistischen Ansätze. Ein Christoph Twickel, der im Netzwerk "Recht auf Stadt" aktiv ist und laut eigenen Angaben am 21.12. auf dem Lautsprecherwagen von "Recht auf Stadt" war, darf auf spiegel online in seinem Debattenbeitrag von "Autonome Hooligans" schwadronieren, die die "gemütlich-touristische" Davidswache am 20.12. überfallen hätten, ohne dass es zu dieser Denunzination auch nur eine kritische Stellungnahme aus der Flora oder ihrem Umfeld gibt. Und selbstverständlich darf der alte Klassiker nicht fehlen, dass die Barrikaden rund um die Hafenstrasse in den 80igern zutiefst politisch motiviert gewesen waren, während heute eben vor allem "autonome Militanzfetischisten" unterwegs wären.

Die tagtägliche medial-öffentliche Debatte um die Brutalität der Bullen am 21.12. hat ebenso wie der shitstorm zu #Gefahrengebiet vor allem eine Funktion: Die Verlagerung der Debatte darüber, was (auch und gerade praktisch) nötig ist, um der Unmenschlichkeit dieses Systems, dem wir alle unterworfen sind, eine reale Machtoption entgegen zu setzen. Hin zu einer Debatte um "Demokratie" und "Die Dinge sind aus dem Ruder gelaufen"- was der Tenor von taz bis Zeit ist. Als wenn der Zustand vor dem 21.12. auch nur im Geringsten etwas wäre, was es zu verteidigen gilt.



Das mediale Feuerwerk nach den Geschehnissen am 29.12. ruft aber auch auf unserer Seite offensichtlich eine Lähmung hervor. Die tagtägliche Praxis der Bullen, in der Schanze und in Altona Leute zu drangsalieren, wird in keinster Art und Weise durch militante Interventionen gestört. Und dies liegt nicht an der Unmöglichkeit solcher Aktionen. Keine Angriffe aus dem Hinterhalt, keine militanten Aktionen in anderen Stadtteilen. Nicht mal die eine oder andere Baustellenabsperrung, die ihren Weg auf die Strasse findet. Stattdessen berauscht sich alles an Empörung und Protest. Geradezu sinnbildlich erscheint es, dass heute beim abendlichen Protestspaziergang in Hamburg ein grösserer Block, der vermummt dazu gestossen war, sich bereitwillig die Tücher und Hassis vom Gesicht zerrte.

Wir wollen nicht falsch verstanden werden. Es geht uns nicht um eine militante Politik oder Symbolik um jeden Preis. Taktisch kann es sinnvoll sein, aus den richtigen Gründen mal kürzer zu treten oder auf bestimmte Formen der Praxis zu verzichten. Was wir hier jedoch gerade erleben, ist ein aktives Mitwirken daran, die Ansätze der letzten Monate zu Grabe zu tragen. Wir behaupten, dass die Ausrufung des gegenwärtigen Gefahrengebietes in absehbarer Zeit wieder zurückgenommen werden wird (sollte es nicht zu weiteren bedeutenden militanten Aktionen kommen). Dies wird dann als Triumph des demokratischen Widerstandes verkauft und gefeiert werden. Womit der Frieden im Empire bis auf weiteres wieder hergestellt wäre. Und gleichzeitig der Rahmen vorbestimmt ist, in dem sich die dann die "legitimen" Proteste zu bewegen hätten.

Wir dürfen uns keinerlei Illusionen hingeben. Zur Aufstandsbekämpfung wird seit Jahrzehnten systematisch geforscht und gearbeitet, sie ist integraler Bestandteil der Ausbildung an den Führungsakademien des Bullen-und-Militärapparates. Die Entscheidung des Führungsstabes der Bullen, die Demo am 21.12. direkt in der Schanze anzugreifen, war eben nicht irgendeine Verschwörung von Schilljüngern, sondern eine zielgerichtete taktische Entscheidung unseres Gegners, den Zusammenstoss in einem Gebiet zu suchen, das leicht zu kontrollieren ist. Das andere Gesicht der Aufstandsbekämpfung ist immer, "dem Fisch das Wasser abzugraben". Die Inszenierung des Protestes gegen das #Gefahrengebiet ist in seiner jetzigen Form zutiefst staatstragend und wird zur zukünftigen Isolierung der antagonitischen Tendenzen beitragen. Das dieser Part willfährig von der "Teilen der Zivilgesellschaft" wahrgenommen wird, ist nicht weiter verwunderlich. Das aber viele von denen, die in den letzten Monaten auf den Strassen aktiv waren, scheinbar so blindlings in die Falle tappen, stimmt traurig und pessimistisch.

Einige Autonome

Dokumentation:

Bremen: Innensenat mit Farbe und Steinen angegriffen

Rassistische Kontrollen, Druck auf die Flora, Zwangsevakuierung der ESSO-Häuser... Wir unterstützen den Aufruf der Roten Flora in Hamburg. Die Situation in Hamburg sehen wir als Ausdruck und Ergebnis unerträglicher repressiver staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen an. Dies ist für uns nur ein weiteres Argument dafür, uns wieder stärker einzumischen. Wir wollen Menschen in Bewegung bringen, das Stadtbild prägen und wir wollen eine Stimmung, in der selbstbestimmtes Leben und selbstorganisierte Projekte wieder verstärkt denkbar werden. Deshalb haben wir in der Nacht vom 19. auf den 20.12.13 den Innensenat an den Wallanlagen (Viertel) mit Farbe markiert und mit Steinen angegriffen.

Warum der Innensenat?

Residenzpflicht, Abschiebungsandrohungen, der Zwang in Sammelunterkünften zu leben, usw. sind in Bremen Alltag für Menschen, die hierher geflüchtet sind.
Die rassistischen Sondergesetze, die für alle Menschen ohne deutschen Pass gelten, werden nicht nur vom Innensenat gestützt, sondern auch explizit ausformuliert und handhabbar gemacht, z.B in Form von Erlassen für die Ausländerbehörde. Diese Gesetze werden immer als Legitimation dafür herangezogen, Menschen ein unerträgliches Leben aufzuzwingen.

Die rassistische Grenzpolitik von Deutschland und der EU spiegelt sich auch in den Strassen Bremens wider. Teil dieser autoritären repressiven Zustände ist die Installation der Gefahrengebiete, die verdachtsunabhängige Kontrollen ermöglichen. Handlungs- und Bewegungsspielräume illegalisierter Menschen werden so stark eingeschränkt und unerwünschte Bevölkerungsgruppen verdrängt. Die starke Bullenpräsenz in den Strassen lässt Kontrollen und den willkürlichen Zugriff auf selbstbestimmtes Leben zur Normalität werden und schafft Akzeptanz für lückenlose staatliche Kontrolle und Überwachung.

Rassistische Gesetze angreifen!!!

Stadt selber machen!!!

See you at the barricades!!!

aktions-gruppe fang den baer; 20. Dezember 2013

Dokumentation:

Kiel: Farbe und Steine gegen Bundespolizei und GdP

Das Vorgehen der Polizei am 21.12. in Hamburg und die dafür notwendige Rückendeckung durch den SPD-Senat stinken zum Himmel! Die Hamburger Polizei hat das Demonstrationsrecht nicht gebeugt, sie hat es ausgehebelt und faktisch außer Kraft gesetzt.

Die Politik interpretiert ihre Gesetze je nach Wetterlage und im Kapitalismus ist es meist eisig. Für weite Teile der Stadt wurde das Demonstrationsrecht in Hamburg schon im Vorfeld des 21.12. abgeschafft. In der Sternschanze hat die Polizei das berühmt-berüchtigte Hamburger Schmuddelwetter dann auch mittels Wasserwerfern selber geschaffen: Der Senat lässt seinen BerufsschlägerInnen freie Hand, freie Knüppel, Wasserwerfer- und Pfeffersprayorgien inklusive. Weite Teile der medialen Berichterstattung übernehmen einfach nur die alles rechtfertigenden Law & Order-Phantasien von Polizeipresseadjutanten, wie der rechtspopulistischen Hetzer Rainer Wendt oder dem Hamburger Lügenbaron Mirko Streiber. Andere Stimmen, eine andere Perspektive finden meist erst, wenn überhaupt, in den darauffolgenden Tagen eine Erwähnung. Dies natürlich nur in Deutschland. Sollte sich das Spektakel in Russland, der Ukraine, der Türkei zugetragen haben, hätte mensch wohl eine differenzierte Betrachtung zugelassen und verschiedene Stimmen in den Fokus der Berichterstattung gezogen.

Unser Fazit: Ihre Gesetze sind so dermaßen eng gehalten, repressiv und schnüren den Menschen von „Unten“ die Luft zum Atmen, ihre Bewegungsfreiheit und ihren Raum für die Verwirklichung eigener, nicht auf Profit basierenden Lebensentwürfen ab. Im Alltag bedeutet das rassistische Kontrollen, in Hamburg, auf der A7, in der Bahn nach Dänemark und in vielen, vielen Alltagssituationen nicht nur morgens halb 10 in Deutschland. Es bedeutet eine auf Verwertungslogik fußende Stadtumstrukturierung! Wer Kohle hat, bleibt. Wer nix hat, hat nix zu melden und soll doch bitte leise und ohne viel Aufruhr gehen - entweder weg oder gleich zugrunde. Beim Durchsetzen jener in Gesetze gegossenen Logik ist die Polizei immer gerne mit Knüppel und Knarre dabei!

Um unserer Wut über das Vorgehen der Polizei und die rechte Hetze ihrer Gewerkschaften mal so richtig Luft zu machen, nicht kleinlaut und leise die befohlene Ohnmacht zu akzeptieren und jene zu benennen, die mit blindem Gehorsam willig vollstrecken und verantwortlich sind für Abschiebungen und Prügelorgien, haben wir in der Nacht vom 22.12. auf den 23.12. die MenschenjägerInnen der Bundespolizeiwache am Lessingplatz mit Farbe und Steinen besucht und auch die GDP in der Sedanstraße mit Steinen, Farbe, einem verklebten Türschloss und der Parole „Rechte Hetze stoppen“ bedacht.

Refugees bleiben - Esso-Häuser bleiben - Flora bleibt

Autonome RegimegegnerInnen, 23.12.2013

Auf der Reeperbahn nachts um halb Eins - eine militante Nachbetrachtung

Obwohl wir nichts von Schusswaffengebrauch in die Überschrift geschrieben haben, können wir uns schon jetzt einer gewissen Aufmerksamkeit sicher sein. Die einen werden weitere militaristische Tipps und Anekdoten erwarten, der Boulevard und die ausgemachten Gegner*innen einer radikalen Linken weitere Zitate, die sie in ihrer idiosynkratischen Ablehnung bestärken und andere wiederum werden genervt aufseufzen und sich die Frage stellen, ob eine weitere militante Auswertung wirklich Not tut. Und okay, es wird sicherlich auch einige geben, die sich über eine solche Auseinandersetzungen freuen. Doch egal ob Freude, Hass, Ablehnung oder Sympathie - die Aufmerksamkeit ist unser! Die militant geführten Auseinandersetzungen um die Rote Flora, die Esso-Häuser und die aus einem autonomen Spektrum unterstützen Flüchtlingsproteste der Lampedusa-Gruppe in Hamburg haben bundes- und weltweit eine große Welle an Interesse und Presseberichterstattung losgetreten. Dies ist nicht nur in erster Linie den direkten Aktionen geschuldet – das Law-and-Order-Gehabe der Hamburger Polizei und des Hamburger Senats hat ihr Übriges dazu beigetragen. Im grob umrissenen Spannungsfeld zwischen populistischer Berichterstattung und dem kaum verhohlenen Hass gegen „die kriminellen Chaoten", einer liberalen Position, die sowohl in den direkten Aktionen als auch im Agieren des Hamburger Senats eine Gefährdung der bundesdeutschen Demokratie sieht und autonomen Positionen, die sich in den ersten Tagen nach Hamburg – zu mindestens im eigenen öffentlichen Diskurs – vor allem mit der Frage beschäftigten, wie „noch effektiver kaputt machen", stellen wir uns die Frage, was kann militante Politik und was wollen wir damit überhaupt.

Militanz

Militanz bedeutet für uns vor allem eins: Den bestehenden Verhältnissen gegenüber eine unversöhnliche Position einzunehmen und sie überall dort zu kritisieren und anzugreifen, wo sie uns entgegentreten. Was erst einmal nur wie ein schöner, radikaler Allgemeinplatz klingt, ist in unseren Augen eine deutliche Erweiterung des Militanzbegriffs. Diese Lesart ist nicht neu und schon gar nicht von uns erfunden, eröffnet aber einen größeren Raum für Diskussionen. Wir hatten allerdings den Eindruck, dass in einigen Indymediaartikeln und Kommentaren Militanz mit direkten Aktionen gleichgesetzt wird. Eine Verkürzung, mit der wir uns selbst keinen Gefallen tun und die Grundlage für die Trennung in „friedliche" und „gewaltbereite" Demonstrant*innen/Aktivist*innen legen.

Eine militante Politik fußt aus unserer Sicht auf einer „Politik der ersten Person" ohne sich dabei vereinzeln zu lassen. Denn auch wenn wir Stellvertreter*innenpolitik ablehnen, brauchen wir eine kollektive Organisierung, gemeinsame Perspektiven und eine solidarische Bezugnahme aufeinander. Militante Politik zeigt sich in unserer alltäglichen Praxis, in unserem Aufbegehren gegen sexistische und rassistische Strukturen und Diskriminierungen, in Versuchen trotz kapitalistischer Vereinzelungstendenzen unser Leben gemeinsam zu organisieren, Arbeit und Ausbeutung, Kindererziehung und Reproduktionsarbeit zu kollektivieren. Sie ist in erster Linie der Versuch einer konsequenten und radikalen Politik. Dabei stoßen wir immer wieder an Grenzen und werden enttäuscht, können eigenen Ansprüchen nicht gerecht werden oder reproduzieren Verhältnisse, die wir hassen. Dies kann gar nicht anders sein, denn wir sind weder Superheld*innen noch unfehlbar. Aber die fortdauernden Versuche und die kreativen Lösungen sind es, die unsere Politik auszeichnen und lebenswert machen. Fragend schreiten wir voran, ohne dabei ziellos zu sein – alles andere führt zu Dogmatismus und Engstirnigkeit.

In unseren politischen Auseinandersetzung und bei der Bewältigung unseres Alltages probieren wir immer wieder neue Aktionsformen aus, greifen auf alte zurück oder modifizieren sie. Der Teil, in dem wir uns in direkte Aktionen begeben, uns mit Steinen gegen Polizisten wehren oder Schaufensterscheiben zertrümmern, ist dabei marginal. Wir sitzen stundenlang auf Plenas, versuchen uns zu organisieren und anderen dabei zu helfen, wir diskutieren, schreiben Aufrufe und Flyer, gehen auf Demos, kochen in Vokϋs, Feiern, gehen einklauen und tausend Sachen mehr. Dies ist unsere politische Praxis, zu der eben auch direkte Aktionen gehören. Diese sind aber nur Momente unter vielen, ein strategisches Mittel, eine Aktionsform, eine Möglichkeit des Aufbegehrens.

Unser „wir" ist ein wir bestehend aus Freund*innen, Genoss*innen, uns lieben oder wohlgesonnen Gruppen und Zusammenhängen, aus Menschen, über die wir uns manchmal ärgern, auf die wir aber solidarisch Bezug nehmen können, aus Menschen mit denen wir hier und dort mal zusammenarbeiten. Unser „wir" versucht nicht Trennendes wegzudiskutieren oder glattzubügeln, allzu bewusst sind wir uns darüber, welche inhaltlichen Differenzen es gibt, auch zu Menschen, deren Selbstverständnis ein „linkes" ist, deren Inhalte wir aber nicht teilen. Dabei gibt es Unterschiede, über die wir diskutieren können und Meinungen, dir wir konsequent ablehnen.

Hamburch

Die Auswertung mit der Mobilisierung zu der Demonstration am 21.12. beginnen lassen ist zwingend verkürzt. Die aktuelle Auseinandersetzung so zu reduzieren ist eigentlich unzulässig, da sie nicht in einem luftleeren Raum geschieht und wir nicht die steineschmeißenden Riot-Aliens sind, für die uns ein Teil der Hamburger Presse und Politik hält. Uns ist auch gerade im Bezug auf die Berichterstattung und auf die Kritik wichtig festzustellen, dass wir diejenigen sind, die seit Jahren Politik im Stadtteil, in Antira-/Antifazusammenhängen, in sozialen Zentren, in Fußballstadien, in einer Kunst- und Kulturszene, in feministischen Gruppen und in all dem was sonst noch an „Teilbereichskämpfen" existiert, machen. Und wir sind diejenigen, die in den Stadtteilen wohnen, arbeiten, studieren, Kinder sind und selbst welche groß ziehen. Diese Kämpfe, Kontakte und Verbindungen sind es, die uns ein militantes Handeln ermöglichen und die uns auch zu Ansprechpartner*innen für unsere Politik und unsere direkten Aktionen machen. Dabei müssen wir nicht aus Hamburg sein, um uns mit diesen Kämpfen zu solidarisieren. Wir führen sie genauso in Berlin, Dresden und Gütersloh, Athen, Minsk und Mexiko City.

Erwähnenswert für die Mobilisierung scheint uns die Bezugnahme auf die Kämpfe der Lampedusa-Gruppe in Hamburg zu sein, die mit viel Unterstützung aus dem Stadtteil den Versucht gewagt hat, sich selbst zu organisieren und zu artikulieren, was ihre Forderungen und ihre Kritik sind. Die autonome Bezugnahme auf diesen Organisationsversuch war vor allem eine solidarische, eine ergänzende, aber auch eine, die viele Überschneidungen hatte. Die Idee die Proteste mit einer konfrontativeren Politik zu begleiten, dabei zu unterstützen, aber auch eigene Wege und Aktionsformen zu wählen, halten wir für eine sehr gute Idee. Die breite Unterstützung für diesen Weg hat sich zum einen in der Presseberichterstattung, aber auch in Mobilisierungserfolgen wie der Demo am 2. November gezeigt. Der Verlauf dieser Großdemonstration mit über 15 000 Menschen war das, was in der Presselandschaft verkürzt als „friedlich" bezeichnet wird. Er war also nicht von konfrontativen Auseinandersetzung geprägt wie die Demo am 21.12. Für uns ist dies Ausdruck einer Stärke und genau der richtige und reflektierte Umgang mit einer militanten Politik und direkten Aktionen. Wir entscheiden wann es richtig ist, eine direkte Auseinandersetzung mit der Polizei oder anderen Akteur*innen zu suchen und lassen uns dies nicht diktieren. Mal ist es angemessen und schafft unsere Positionen zu stärken, mal kann es dazu führen Menschen und Ziele zu gefährden. Gerade die Mischung aus niedrigschwelligen und direkten Aktionen haben die Diskussion um die Flüchtlingsproteste zugespitzt und öffentlich deutlich wahrnehmbarer gemacht. Uns hat dabei gefreut, dass diese Inhalte und die Protestform auch in anderen Städten aufgegriffen wurden. Dabei fallen uns zum Beispiel die Solibesetzungen von SPD-Zentralen in Hamburg, Berlin, Leipzig und Frankfurt am Main ein.



Auch wenn wir die Verschränkung der drei Themenfelder Rote Flora, Lampedusa-Gruppe und Esso-Häuser in der Tendenz begrüßen, müssen wir doch feststellen, dass die Bereiche und die Aktionsformen, die wir wählen können, um mit ihnen umzugehen, zu weit auseinander lagen. Eine sehr konfrontative Haltung, wie wir sie bei der Roten Flora einnehmen können, verbietet sich in unseren Augen gleichzeitig, wenn Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus die Teilnahme an der gleichen Demonstration ermöglicht werden soll. Es wäre an dieser Stelle wert, darüber nachzudenken, ob die Mobilisierung aus diesem Grunde nicht von Anfang an eine andere Richtung hätte einschlagen müssen oder nicht besser einzelne Themenfelder ausgegliedert worden wären. Gleichzeitig geben wir aber zu bedenken, dass die Mobilisierung und Berichterstattung zur Roten Flora bereits sehr früh eine erkennbar konfrontative Richtung einschlug, die wir durchaus begrüßen.

Wir haben uns trotzdem über die Mobilisierung aus Hamburg gefreut, weil sie in erfrischender Art und Weise konsequent und unversöhnlich war und weil sie gleichzeitig eine breite Reflexion der eigenen Situation, des aktuellen Stands und der Perspektiven darin aufgemacht hat.

21.12.13

Sich im Nachhinein hinzustellen und zu sagen, „naja war ja abzusehen" ist immer einfach. Dennoch glauben wir sagen zu können, dass ein so gearteter Polizeieinsatz zu erwarten war. Sicherlich ist die Unverfrorenheit der Polizeiführung, die Demonstration gar nicht erst loslaufen zu lassen, sondern sie auf dem Schulterblatt zu kesseln, eine besonders drastische Maßnahme gewesen, für die es vor allem aus einer linksliberalen Position wenig Verständnis gab. Wir glauben zwar, dass es für die Polizeiführung einen ganz praktischen Sinn hatte einen Teil der Demonstrant*innen zu kesseln, einen Gefallen haben sie sich damit nicht getan. Ein Großteil der eingesetzten Beamt*innen und das Aufstandsbekämpfungsgerät direkt um den Auftaktort in Stellung zu bringen, hat zum einen politisch deutlich gemacht, dass eine Durchführung der Demonstration gar nicht angedacht war, hat aber gleichzeitig auch die Chance eröffnet, an anderen Stellen aktiv zu werden. Wir hätten es als einen Ausdruck von Stärke angesehen, die große Menge von 10 000 Unterstützer*innen in Bewegung zu sehen, aber die Chance gab es schlichtweg nicht.

Die für uns an dieser Stelle interessante Frage ist, wie mit dieser Situation kreativ und geschickt

umzugehen ist. Wir halten die massiven Sachbeschädigungen, das beständige in Bewegung bleiben und an ganz unterschiedlichen Orten zu demonstrieren und zu agieren, für einen gelungenen und sinnvollen Umgang mit der Situation. Die völlig überforderte Polizei und die unterschiedlichen Räume, die sich eröffneten, scheinen uns Recht zu geben. Wir halten Diskussionsansätze, die quasi militaristisch argumentieren, wie etwa der Beitrag „Irgendwann werden wir schießen müssen“ oder „HH2112 und eine militante Zukunft auf der Straße“ für nicht sinnvoll. Es macht ganz sicherlich Sinn zu diskutieren, wie wir mit der Situation auf der gestürmten Demonstration besser hätten umgehen können, wie entschlossener Gegenwehr gegen die anstürmenden und prügelnden Sondereinheiten der Polizei hätte geleistet werden können oder wo strategische Fehler lagen, aber bei aller Liebe ist dies nicht unser erster Gedanke und ganz sicherlich nicht der erste Text, den wir verfassen würden. Eine quasi militärische Konfrontation mit dem hochgerüsteten Polizeiapparat ist nicht direkt zu gewinnen und der Stil in dem die Texte verfasst wurden, lässt die Frage aufkommen, wo hier der eigentliche Wert politisch-militanter Aktionen gesehen wird. So lang feste draufzuhauen, damit der „Bullenstaat“ sein „faschistisches Antlitz“ zeigt, ist weder praktikabel noch sinnvoll und im Endeffekt Rumgemacker.

Der Tag danach...

Wir sind der Ansicht, dass eine politische Auseinandersetzung vor allem auch in den Tagen danach stattfindet, in der Rezeption, der Auswertung und weiteren Aktionen. Es war klar und auch so gewollt, dass die Demonstration, die Sachbeschädigungen und die Aktionen des Tages eine breite öffentliche und mediale Diskussion erzeugen. Eine Diskussion allerdings, die allzu oft über uns und an uns vorbei geführt wird. In einer Gesellschaft, in der wir eine radikale Position einnehmen und offensiv vertreten, ist dabei völlig klar, dass es Kritik an unserem Vorgehen und Handeln gibt und geben wird. Diese Kritik halten wir in einigen Facetten auch durchaus für sinnvoll und richtig, nur ist auch klar, dass sie in den allermeisten Fällen aus einem eigenen politischen Anspruch heraus gegen uns und unsere Positionen geführt wird. Die allzu antagonistische Position, die die Autor*innen des Diskussionsbeitrags „HH2112 und eine militante Zukunft auf der Straße“ für sich in Anspruch nehmen, halten wir für eine wirklichkeitsfremde Illusion. Wir sind keine von der restlichen Gesellschaft losgelöst agierenden Individuen, auch wenn viele unserer Positionen in einem diametralen Widerspruch zu den Praxen und Positionen dieser Gesellschaft stehen. Die arrogante Position zu glauben, dass wir avantgardistische Revolutionskader sind, gefällt uns nicht.



Mit einer gewissen Faszination haben wir die medialen Reaktionen der Hamburger Polizei und ihrer Dienstherren beobachtet, die zwischen dem Versuch von Gerissenheit und abgrundtiefer Dummheit schwankte. Schon das Statement des Polizeisprechers vor laufenden Kameras, die Demonstration wäre deshalb mit großer Brutalität aufgelöst worden, weil sie zu früh losgelaufen war, hat uns am Verstand des Pressesprechers zweifeln lassen. Ein Widerspruch in Wort und Bild, der sich durchaus auch in der Berichterstattung der liberalen Tageszeitungen, sowie überraschender Weise sogar der dpa heraus lesen ließ. Doch bevor die Berichterstattung zu Ungunsten der Polizei kippte, fingierte diese einen Angriff auf die Davidswache am 28.12. mit einem dabei angeblich schwerverletzten Polizisten. Ein medialer Schachzug, der in den ersten Tagen Wirkung zeigte und all denen Wasser auf die Mühlen goss, die eine Dämonisierung einer radikalen Linken betreiben, die sich eine harte Law-and-Order-Politik wünschen oder schlichtweg noch krassere Waffen für die Polizei haben wollen. Das Ausrufen des „Gefahrengebietes“ ist in unseren Augen der Gipfel der Versuche der Hamburger Polizei und der Hamburger SPD, den sozialen und politischen Protest mit reinen Mitteln der polizeilichen „Stärke“ in den Griff zu bekommen. In unseren Augen einer ihrer schönsten und dümmsten Fehler.

Wir glauben, dass unsere eigentliche Stärke in diesem Fall nicht die konfrontative Auseinandersetzung auf der Straße am 21.12. war, sondern die Reaktion auf die Repressionsversuche der Polizei. Die öffentliche Erklärung der Anwält*innen, die subversiven Aktionen im Schanzenviertel und Sankt Pauli, der ironisch-konfrontative Umgang mit dem Gefahrengebiet, Menschen mit Klobürsten und Tütchen voll Katzenscheiße und der lange Atem sind es, die der Hamburger Polizei in dieser Zeit wirklich zugesetzt haben. Dies sind Momente, die einer linksliberalen Öffentlichkeit Anknüpfungspunkte bieten und die künstliche Trennung zwischen „gewalttätigen Chaoten“ einerseits und den „witzigen friedlichen“ Demonstrant*innen auf der anderen Seite ad absurdum führen. Zu glauben, dass es sich dabei um völlig unterschiedliche Spektren handelt, die unabhängig voneinander vor sich hinarbeiten, ist eine Illusion, an die sich eine öffentliche Rezeption klammert. Eine Illusion die gebraucht wird, um zu trennen und sich dabei selbst zu vergewissern.

Und nu?

Auch wenn wir es für übertrieben halten, im Kontext der Ereignisse von Euphorie zu sprechen, müssen wir schon zugeben, dass wir eigentlich hoch zufrieden mit uns und der Situation sind. Wir hatten einen

guten Tag am 21.12. und auch wenn wir einen Blick auf die darauf folgenden Tage und Aktionen werfen, gibt es von unserer Seite wenig auszusetzen. Und als kleines Boni haben wir uns ganz nebenbei köstlich über die Hamburger Bullen und den Senat amüsiert. Wir wollen jetzt nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Tag für viele Freund*innen und Genosse*innen bedeutete stundenlang im Kessel zu stehen, Pfeffer abzubekommen und verletzt zu werden und auch nicht leugnen, dass uns die Berichterstattung gerade nach dem erfundenen Angriff auf die Davidswache am 28.12. kalte Schauer über den Rücken gejagt hat und wir kopfschüttelnd die ganzen Dämonisierungsversuche in der Presse gelesen haben. Gerade in den ersten Tagen nachdem vermeintlichen Angriff in denen wir als Mörder*innen, Totschläger*innen, Kriminelle oder wahlweise kriminelle Chaot*innen beschimpft wurden, haben uns gewaltig am Verstand der Autor*innen und ihrer Urheber*innen zweifeln lassen. Die zutiefst antidemokratischen, elitären, chauvinistischen und faschistoiden Analysen und Lösungsvorschläge, die zum Teil zu lesen waren, geben einen besorgniserregenden Blick auf diese Gesellschaft frei. Einen Innensenator, der am 25.12. um 22:30 auf seiner eigenen Internetseite in der Kommentarspalte Nutzer*innen anpöbelt, die ihn kritisieren, kann man im besten Fall „engagiert“ nennen, realistischer aber als rachsüchtigen Spinner abtun. Auch die Polizeiführung scheint mit der Gegenwehr, den zum Teil monatelangen Aktionen und Demonstrationen auf der Straße und den Angriffen auf ihre Polizeireviere nicht umgehen zu können. Wir haben den Eindruck, dass sie über weite Phasen völlig kopflos agierte und sich allzu sehr auf ihre „militärische“ Stärke verlassen hat. Das Statement des Pressesprecher und als Gipfel der erfundene Angriff auf die Davidswache sehen wir als gründlichen Flop der Pressearbeit der Polizei an. Das Ganze wirkte derart hilflos, dass vielen Anwohner*innen und Beobachter*innen im Stadtteil und in der Presse der Bruch zwischen behaupteten Tatsachen und der Realität zu deutlich wurde, als dass er zu ignorieren war. Auch das Ausrufen des „Gefahrengebietes“ war dem Ansinnen der Polizei und des Senates sicherlich nicht förderlich, sondern führte zu breiten Solidarisierungseffekten. Gerade der ironische-spielerische Umgang mit dem Gefahrengebiet, das Ausnutzen des von der Polizei abgesteckten Gebiets als Spielfeld für humorvolle Konfrontation und das Ausreizen von Möglichkeiten war politisch sinnvoll, hat Spaß gemacht und war für viele Menschen sicherlich auch ermutigend und politisierend.

Gleichzeitig hat das Vorgehen in Hamburg Strahlkraft, macht Mut und führt zu einer breiteren Debatte auch in einem liberalen bzw. linksliberalen Milieu. Wenn die taz in mehreren aufeinander folgenden Kommentaren eine Militanzdebatte aufgreift und führt – wenn auch kritisch und in der Tendenz ablehnend – wenn Menschen, die in der Regel eine direkte Konfrontation ablehnen, sich solidarisch und verständnisvoll äußern, dann freuen wir uns darüber und begrüßen das. Hier gilt es weiter zu machen und unsere militante Perspektive offensiv und selbstbewusst zu vertreten.

Es fällt schwer zu bewerten, wie sehr Hamburg 21.12 ein Erfolg war. Wir haben ein gespenstisches Aufbäumen konservativer, populistischer Freund*innen von Law-and-Order-Politik gesehen, aber auch unsere eigene Stärke und Solidarität erlebt. Wir glauben, dass der Weg, den die Genoss*innen in Hamburg eingeschlagen haben, richtig war, dass es weiterhin aber notwendig ist, an unseren Kontakten, Verbindungen und Strukturen zu arbeiten. Dass es vor allem auch notwendig ist, eine breite öffentliche Wahrnehmbarkeit unserer eigenen Positionen zu erreichen. Wir meinen damit nicht eine verbesserte klassische Pressearbeit verbunden mit der Hoffnung, ein paar wohlwollende Zeilen zugeworfen zu bekommen. Wir sind der Ansicht, dass wir unser Handeln und Tun sowohl reflektieren, als auch nachvollziehbar und erklärbar gestalten müssen. Dies heißt nicht Anpassung, sondern Kommunikationsarbeit auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Räumen. Um es an dieser Stelle kurz zu machen, halten wir eine militante Praxis mit ihren direkten Aktionen, die keine Verankerung hat für hoffnungslos. Dabei ist klar, dass eine selbstbewusste militante Position Konfrontation mit den bestehenden Verhältnissen bedeutet - ein Kampf für deren Aufhebung eine Konfrontation mit den Akteur*innen die von ihnen profitieren. Die Auseinandersetzungen in Hamburg als einen notwendigen Schritt in Richtung Bürgerkrieg zu interpretieren, entspringt den absurden Gewaltphantasien einiger und ist zum Scheitern verurteilt. Die bessere Welt, die wir anstreben, können und müssen wir nicht militärisch erobern. Wir müssen sie lediglich neu schaffen, durch uns und unsere Praxis. Heute!

Einige Autonome auf Reisen

****Wir haben diesen Text verfasst, weil wir uns eine ausführliche und kollektive Reflexion der Ereignisse um die Auseinandersetzungen in Hamburg wünschen. Wir haben allerdings keinen Bock auf dahin gerotzte Kommentare in den Onlinekommentarspalten von indymedia und co. Wir freuen uns über Ergänzungen, Kritik und weitere Auswertungstexte, sowie eine Diskussion über eine militante Praxis. Wir regen an diese Diskussion auf Papier zu führen und schlagen als Austragungsort das „Autonome Blättchen“ vor.****

Solidarität mit dem Antimilitaristen, der die Abnahme einer DNA Probe verweigert!

***Solidarität mit denen, die nicht mit den polizeilichen Schnüffler_innen kooperieren!
Solidarität mit denen, die kein brauchbarer Datensatz für die BKA-Datenbank sein wollen!
Solidarität mit denen, die eine immer weiter reichende Beschneidung unserer Selbstbestimmung nicht widerstandslos hinnehmen! Solidarität mit denen, die sich verweigern!
Solidarität mit denen, die Widerstand gegen diese Verhältnisse leisten!***

Wir sind sechs Beschuldigte/Verdächtigte in zwei unterschiedlichen Strafverfahren. Am 19. August 2012 wurden auf dem Gelände des Gefechtsübungszentrum (GÜZ) der Bundeswehr in der Altmark mit Farbe gefüllte Feuerlöscher gefunden. Dabei entkamen einige Personen unerkannt. Daraufhin wurde gegen den Nutzer eines Fahrzeuges, das in der Umgebung geparkt war, ein Ermittlungsverfahren wegen versuchter „Sabotage an Wehrmitteln" (§109e StGB) eingeleitet.

Zum Anderen wurden am 14. September 2012 in Magdeburg während des antimilitaristischen Camps gegen das GÜZ fünf Menschen von einem Mobilen-Einsatz-Kommando des LKA Sachsen-Anhalt mit vorgehaltenen Waffen aus einem Fahrzeug gezogen und in Gewahrsam genommen. In diesem Fall ist der Vorwurf eine Sachbeschädigung mit einem bezifferten Sachschaden von 1000,- Euro. Dabei soll die Fassade des Bauplanungsbüros der Firma ICL rosa gefärbt worden sein. Die Firma ICL leitet die Bauplanung für die Aufstandsbekämpfungsstadt „Schnöggersburg" auf dem GÜZ. Eine Stadt, in der die Bundeswehr und andere Armeen urbane Aufstandsbekämpfung auf einem Flughafen, in U-Bahn-Stationen, in Wohnvierteln, in einem Elendsviertel und in einer Innenstadt mit Einkaufszentren trainieren sollen. Die Bauarbeiten für diese umstrittene 100-Mio-Euro-Geisterstadt haben im Herbst 2012 begonnen. Bis 2017 sollen mehr als 500 Gebäude fertig gestellt sein.



Da in beiden Verfahren vermeintlich ein Auto des selben Nutzers involviert war, sind nun alle sechs in beiden Verfahren teils verdächtigt, teils beschuldigt, sowohl der Sachbeschädigung als auch der versuchten „Sabotage an Wehrmitteln". Zusätzlich will das LKA „zur Aufklärung der Straftaten" jetzt die DNA von dem Fahrzeugnutzer und hat ihn zum 21.01.2014 zu einer Abgabe einer DNA Probe vorgeladen. Bei den fünf weiteren Leuten hatte das Amtsgericht Stendal die DNA-Entnahme als ungerechtfertigt zurückgewiesen. So weit zur absurden Vorgeschichte.

Die Analyse der DNA ist mittlerweile zur Standardmethode geworden, um die Herkunft von Spurenmaterial von bestimmten bekannten Personen (Verdächtigen, Opfern, unbeteiligten Dritten) oder die Übereinstimmung mit anderem Spurenmaterial unbekannter Personen feststellen zu können. Die Annahme ist weit verbreitet, es ginge dabei vorrangig um die Aufklärung von Mord und Vergewaltigung. Tatsächlich speichert das Bundeskriminalamt (BKA) hier aber Datensätze auf Vorrat und zwar aus immer geringfügigeren Anlässen und in immer größerer Zahl. Knapp eine Million Personen sind bereits erfasst. Einen großen Teil machen mittlerweile Verdächtige von minderschweren Straftaten wie Diebstahl, Sprayen, sonstige Sachbeschädigung aus.

Immer mehr mittels DNA-Analyse gewonnene Daten werden also nicht nur in einem bestimmten Strafverfahren verwendet, sondern auch für andere Strafverfahren zugänglich gemacht. Denn mittlerweile dürfen die DNA-Daten von Personen gespeichert werden, denen minderschwere Straftaten vorgeworfen werden, wenn es sich um Wiederholungstaten handelt und für die Zukunft weitere Straftaten prognostiziert werden.

In Deutschland gibt es seit 1998 eine zentrale DNA-Analyse-Datei, die beim BKA angesiedelt ist. Werden DNA-Daten im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens erfasst, können sie mit dieser Datei abgeglichen werden. Gefüllt wird die Datei zum Einen direkt über das BKA und dessen Ermittlungsverfahren, zum Anderen stellen aber auch die Landeskriminalämter im Rahmen ihrer Ermittlungen DNA-Profile von Spuren oder Personen in die BKA-Datei ein. Derzeit werden die DNA-Datenbanken der europäischen Polizeien miteinander vernetzt. Das bedeutet einen qualitativen Sprung in der Entgrenzung polizeilicher Zugriffsmöglichkeiten.

Seit Jahren wird uns der elektronische Personalausweis als der sicherste der Welt verkauft. Mit der damit legitimierten erkennungsdienstlichen Behandlung (Speicherung von Fingerabdrücken und biometrischen Gesichtsdaten) der gesamten Bevölkerung wurde unsere informationelle Selbstbestimmung massiv beschnitten und unsere Identität fernauslesbar gemacht. Um den Ausweis noch „sicherer" zu machen, sollen zukünftig weitere Merkmale erhoben und gespeichert werden - langfristig auch DNA-Daten! Die Zukunft (nicht nur gemäß der Vorstellungen des BKA) sieht die molekulargenetische Registrierung der gesamten Bevölkerung vor.

Der Versuch, Ansammlungen von Personengruppen zur vorsorglich vollständigen Datenerhebung zu nutzen, begegnet uns immer öfter. Die Rundumüberwachung des antimilitaristischen WarStartsHere-Camp und die präventive Festnahme inklusive erkennungsdienstlicher Methoden von über 1000 Demonstrant_innen bei Blockupy Frankfurt sind nur zwei Beispiele.

Auch die Funkzellenabfrage mit über 1 Mio erfassten Verbindungsdaten bei antifaschistischen Protesten in Dresden im Februar 2011 stellte sich „nur“ als eine von mehreren hundert Fällen bundesweit heraus. Die im letzten Jahr bestätigte Totalerfassung aller Kommunikations- und Internetdaten liefert zudem ein vollständiges, individuelles Abbild unseres sozialen Umfelds, unserer Interessen und Aufenthaltsorte.

Wie viele Probleme das Projekt einer allgegenwärtigen Kontrolle (basierend auf einer Vernetzung von Handy- und Internetüberwachung, biometrischer Kamera- und Drohnenüberwachung gekoppelt mit genetischer Identifizierung) bekommt, hängt maßgeblich von uns ab.

Für eine effektive widerständige Strategie greift die alleinige Kritik an einer DNA-Datenbank, einer spezifischen Überwachungstechnik oder auch einer einzelnen Agentur des „inneren“ Sicherheitsapparates wie dem BKA, dem Staats- oder Verfassungsschutz nicht. Die mit dem staatlichen Gewaltmonopol aufrecht erhaltene Ordnung muss deshalb in die Kritik miteinbezogen werden. Wer seine Souveränität selbstbestimmt in Anspruch nehmen will, statt die Rechtsunterworfenheit unter die staatliche Ordnung hinzunehmen, macht sich folgerichtig zum Staatsfeind.

Unsere Antwort auf eine immer massivere Beschneidung unserer Selbstbestimmung sollte die einer umfassenden Verweigerung dieser Ordnung sein.

Wir rufen Euch zu vielfältigem, solidarischem Widerstand gegen diese Ordnung im Allgemeinen und gegen die staatliche DNA-Sammelwut im Speziellen auf. Wir rufen dazu auf, den Ermittler_innen in die Suppe zu spucken und im Zusammenhang mit der angeordneten Zwangs-DNA-Entnahme - zu der unser Genosse nicht erscheinen wird - solidarisch gegen Repressionsbehörden und übergriffige Schnüffeleien aktiv zu werden

Betroffen sind einige - gemeint sind wir alle!

Feuer und Flamme der Repression!

Keine Zukunft einer Gesellschaft der Kontrolle und Überwachung!

solidarische Mitbeschuldigte und Verdächtigte und Mitstreiter_innen

Wie angekündigt glänzte der zur DNA-Abgabe aufgeforderte Antimilitarist am 21.01.2013 durch Abwesenheit. Stattdessen sammelten sich über 40 Personen vor der Salzwedeler Polizeistation um sich mit dem Betroffenen solidarisch zu zeigen und gegen DNA-Entnahmen und -Speicherung zu protestieren.

weitere Infos: ***dna-sammelwahn.noblogs.org***

„jungs wie wir“ -

Notizen und Gedanken zu Gesprächen über DNA-Entnahmen, Repression und Widerständigkeiten

Unsere Beschäftigung mit DNA-Entnahme hat uns schnell zu der Erkenntnis gebracht, dass wir als linksradikal Verortete nicht diejenigen sind, die am stärksten von dieser Form der Repression betroffen sind. Vielmehr ziehen in der Regel Tätigkeiten, die unter dem Bereich der so genannten „Kleinkriminalität“ zusammengefasst werden, DNA-Entnahmen nach sich. Dadurch hat sich für uns die Möglichkeit, aber vielleicht auch die Notwendigkeit ergeben, die von uns recherchierten Informationen nicht nur über die üblichen Szene-Publikationen zu verbreiten, sondern auf anderen Wegen Menschen anzusprechen.
Uns kam der Gedanke, nicht einfach nur Infomaterial zu verbreiten, sondern mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Über ihre Erfahrungen, ihre Perspektiven und ihre Widerständigkeiten. Die Fragen an welchen Orten, in welcher Form und mit wem das geschehen könnte, zogen eine Reihe weiterer Fragen nach sich. Inwiefern machen wir Zuschreibungen, mit denen wir einfach gesellschaftliche Bilder von dem_der Kleinkriminel_len reproduzieren? Mit diesen Unsicherheiten machten wir uns in Hannover auf den Weg: in Viertel, in denen überproportional viele Menschen von Armut betroffen sind.

Wir sprachen häufig Jugendliche an, die gewisse „Gangster-Klischees“ erfüllten und fragten uns manchmal, wie Fremdzuschreibungen und Selbstdefinitionen in Bezug zueinander stehen. Dazu machten wir ganz unterschiedliche Erfahrungen. Teilweise ermutigten uns Jugendliche, sie einfach anzusprechen. Teilweise sind wir Menschen zu nahe getreten und wurden abgeblockt.

Die folgenden Protokolle geben Einblicke in unsere Begegnungen.

linden süd

eine gruppe männer ab 40 aufwärts, die an tischen auf einem überdachten platz sitzen und schnäpse trinken.

– hallo. habt ihr einen moment zeit?

– ja.

ob sie schon mal was von dna-entnahmen gehört hätten? wir sagen, wir beschäftigen uns gerade mit dem thema, weil freunde von uns davon betroffen sind, weil wir dagegen sind, weil wir uns fragen, wie verbreitet das alles schon ist.

– das ist hier normal, hier mussten eigentlich alle schon mal ihre dna abgeben, so straßenweise haben sie das gemacht, als sie den kinderschänder da gesucht haben.

– ja, da musste ich dann auch hin, weil – bestimmtes alter, bestimmte statur – aber ich hab ja nix zu verbergen; – nee, das ist schon ‚ne gute sache mit der dna, da finden sie dann einige.

– erst haben dann alle einen brief von der kripo bekommen mit der aufforderung und später dann so ein schreiben von wegen – eine entschuldigung für die umstände usw.

– nee, wegen klauen oder graffiti machen die das nicht, also das ist schon ‚ne gute sache

– ja, da haben sie dann von allen dna abgenommen und der kinderschänder, kurz vorher hat der sich dann weggemacht, ja, in seinem eigenen garten.

– doch, die müssen die daten löschen, die brauchen ja gar keine dna, die können ja z.b. auch fingerabdrücke nehmen.

– wir finden dieses daten-sammeln eine bedenkliche entwicklung.

– da gibt es ja noch ganz anderes.



– vielleicht interessiert es den staat ja morgen auch, wer hier eigentlich immer so rumhängt auf diesem platz; dna und andere daten sind ja nicht nur dazu da, vergewaltigungen zu verfolgen.

– ach, wenn die das interessiert, dann können sie da auch bei google streetview oder so schauen...

die frau, die sich der runde angeschlossen hat, vertritt vehement, dass das gut und wichtig ist mit diesen dna-tests, so können vergewaltiger geschnappt werden. wir sagen, dass wir ihre wut und das bedürfnis täter zu finden, nachvollziehen können, aber: findet man den täter denn immer mittels dna-tests? und: das löst doch nicht das eigentliche problem, verhindert solche taten ja nicht.

die frau regt sich auf, sagt: oh doch, das wisse sie, das nütze sehr wohl was.

sie entfernt sich von uns, immer noch aufgebracht. der mann am tisch sagt: ja, das weiß sie, (zu ihr:) ja, geh mal, (zu uns:) da kommt sonst gleich was hoch...
... wir sind etwas ratlos wie mit der situation umgehen. wir bedanken und verabschieden uns. ja, flyer sollen wir mal da lassen.

zwei jungs in den 20ern, der eine hat „sehr gerne" einen moment zeit, sein kumpel scheint erst wenig interessiert, bleibt während des gespräches aber doch in der nähe.

klar, kennt er, das haben sie bei ihm auch einfach gemacht, er habe das gar nicht gewusst, dass die das machen. aber danach habe er dann den brief bekommen, in dem stand, dass sie ihm dna abgenommen haben und, dass er das freiwillig gemacht habe, aber dann dachte er sich: nein, das wollte ich gar nicht. er hatte drogen genommen, ja, da haben sie dann alles gefunden – amphetamine usw. ... und da war er wohl nicht mehr so bei bewusstsein oder so, hat wohl was unterschrieben, was sie ihm so hingehalten haben.

– ich weiß schon, ihr seid auch für rauchen und so... auf der herschelwache, kein plan, ob ihr sowas mitbekommt, aber jungs wie wir – die so aussehen, nicht so deutsch oder so – jungs wie wir, die wissen das alle. also, dass die dich dann fragen: „treppe oder fahrstuhl?" und was das dann heißt...

– ja, wir kennen auch leute, die auf dieser wache richtig fies zusammengeschlagen wurden.

– dann haben die mich mitgenommen – ich hab nämlich einen nazi verhauen – und ich hab überall geblutet und so und die haben mich einfach so liegen lassen. und den nazi haben sie sowieso überhaupt erst gar nicht mitgenommen. fragt mal die jungs hier, die kennen das alle, das mussten viele schon machen mit der dna.

er überfliegt den text in unserm flyer: ja, ja – genau das ist mir auch passiert!

wir quatschen noch ein bißchen, schimpfen auf die bullen im allgemeinen und die herschelwache im besonderen, reden darüber, ob es möglichkeiten gibt, sich gegen erzwungene dna-abnahmen zu wehren, wir sagen: na, manchmal hilft es schon, stark zu sein und sich nicht von denen drohen zu lassen, wenn es geht. die erzählen einem oft alles mögliche. ob er denn im nachhinein die löschung der daten beantragt habe?
er lacht. – ach nein, das bringt ja eh nix, die machen ja dann trotzdem was sie wollen. gegen so einen staat kommt man ja nicht an...



wir sitzen an einer tramhaltestelle, die nächste bahn kommt erst in fünf minuten, die wartenden haben nichts zu tun, gucken auf ihre telefone oder auf den boden. ich spreche die frau neben mir an: ob sie oder menschen in ihrer umgebung schon mal von dna-entnahmen betroffen gewesen wären. sie verneint, ist aber interessiert, als ich anfange zu erzählen. ein mann, der neben uns steht, klinkt sich ins gespräch ein: er habe da eine erfahrung gemacht. er sei vor längerem auf die wache mitgenommen worden und da hätten sie seine dna entnehmen wollen. er habe das komisch gefunden und habe verlangt, erst mit seinem anwalt zu sprechen. die polizisten hätten ihn unter druck gesetzt und gedroht, wenn das so sei, müssten sie ihn länger auf der wache behalten und er

mache es sich selbst schwer. letztendlich hätten sie ihn trotzdem gehen lassen, ohne dna-entnahme, mit dem hinweis, er werde wieder vorgeladen. und das sei nun schon über ein jahr her und er habe nichts mehr von ihnen gehört. die bahn fährt ein. im gehen sagt der mann noch, er könne nur jedem empfehlen, da nicht so schnell klein beizugeben, das lohne sich wirklich.

steintorviertel

wir stehen an einer ecke in der innenstadt. eine straße mit spielhallen, gemüseläden, brautmoden und bordellen. wen sollen wir ansprechen? sprechen drei junge typen mit instrumenten an, ob sie einen moment zeit hätten. zwei scheinen sich noch unschlüssig darüber, wie sie uns einzuschätzen haben, aber der dritte ist sicher: nein.



ein junger typ mit basecap

– ja, das haben sie bei mir auch gemacht. weil sie mich angeschuldigt haben, da sind sie einfach direkt zu mir nach hause gekommen, haben meine schuhe mitgenommen, aber: hey, nike free – alle haben diese schuhe! weil sie wohl abdrücke gefunden hatten, aber das passte dann doch nicht... die werfen mir vor, in eine shisha-bar eingebrochen zu sein. aber das hab ich gar nicht gemacht. dann haben sie noch so ein werkzeug gefunden, einen hammer oder so und dann hab ich gesagt: ihr habt ja meine fingerabdrücke, dann könnt ihr ja schauen – aber die meinten; ha, vielleicht warst du ja schlau und hast handschuhe getragen. und dann haben sie gesagt, dass sie den dna-test machen. ich hab gesagt: macht halt, das juckt mich nicht, ist mir egal. ich mein: was hab ich schon zu verlieren?

er zuckt die schultern. er ist sich sicher, dass nur seine unschuld bewiesen werden wird. nein, er hat keine löschung der daten beantragt. aber er hat anzeige gegen die erstattet. die dürfen nämlich nicht einfach so gegen einen ermitteln, wenn man unschuldig ist. ja, er hat einen guten anwalt. wir wünschen ihm viel glück.

vahrenheide

„jugendtreff vahrenheide“ – durch das große fensterglas sehen wir drinnen eine gruppe jungs auf sofas rumhängen. nach ein bißchen zögern entschließen wir uns reinzugehen. sofort steckt der sozialarbeiter seinen kopf aus einem kleinen nebenzimmer heraus

– guten tag, was wollen sie?

– wir? wollen uns nur mit den leuten hier unterhalten.

er zieht den kopf und sich zurück, die tür bleibt offen. wir sind gleich über zwei grenzen gegangen: haben diesen raum betreten, der nicht unserer ist, sind nicht teil dieser clique, nicht einmal des stadtteils. und: wir werden als zwei frauen wahrgenommen. die jungs reagieren interessiert, irritiert, jedenfalls aufgedreht. irgendwas zwischen gentlemen und rumgemacker. nein, dna hat hier noch keiner abgegeben, aber edbehandelt, fingerabdrücke und so, das wurde bei allen schon gemacht. er hier – der wortführer zeigt nach rechts – er hier musste erst vor zwei wochen da hin. es ist schwer, einen roten faden zu finden, die jungs übertönen und unterbrechen sich gegenseitig, alles geht durcheinander, sprüche werden geklopft, wir versuchen den beat aufzunehmen, mitzulachen. der wortführer beginnt, den flyertext vorzulesen.

– ...bullen? das heißt doch polizei.

nicht die erste begegnung, in der dieses wort irritation hervor ruft. und wieder eine begegnung, in der wir merken; das ist ein ansatzpunkt, um uns zu testen, um rauszufinden wer wir sind und was wir denken.
diese jungs hier sind die ersten, die zweifel darüber äußern, ob es eine gute idee ist, mit uns zu quatschen
– wir könnten ja zivis sein. einer: sehen so polizisten aus?

wir: sehen wir aus wie bullen? aber klar, ihr habt recht. man kann nicht vorsichtig genug sein.

einer fängt an zu erzählen: hausdurchsuchung, ed-behandlung und ein paar monate u-haft.

ein anderer: und wisst ihr, warum der festgenommen wurde? der hat so ein mädchen, so ein ganz kleines, 6-jähriges mädchen belästigt...

wir bleiben souverän: darum geht es uns jetzt nicht. wir wollen gar nicht wissen, wer was gemacht hat, uns geht es darum, rauszufinden, wie die erfahrungen mit sowas wie dna-entnahmen sind. gegen knäste sind wir sowieso.

wir haben das gefühl, dass es in diesen erzählungen auch darum geht, auszuchecken, was sie so sagen können, das funktioniert uns gegenüber immer auch klar vergeschlechtlicht. puh, anstrengend.
irgendwie landet das gespräch beim thema handysicherheit, einer horcht plötzlich auf: und wie ist das, wenn ich meinen akku rausmache?

– na, wenn ihr so illegale sachen nicht schlimm findet, dann können wir ja zusammen einen einbruch machen.

– ich glaub dafür kennen wir uns nicht gut genug.

– und wenn wir uns besser kennen würden, dann ja oder was?

es ist 19 uhr. der sozialarbeiter sagt, er macht jetzt feierabend. niemand steht auf, stattdessen steht er eine minute später vor uns, ist plötzlich auf 180;

überhaupt, was uns einfalle, wenn man hier reinkomme, dann gehöre es sich, erst den sozialarbeiter zu fragen, die person, die aufsicht hat, ob man mit den jugendlichen reden kann. es könnte ja auch sein, dass irgendwelche rechtsradikalen hier reinkämen usw. usf.

– wenn wir nazis wären, dann würden das die leute hier ja schon selbst merken...

es bringt nix, wir kommen überhaupt nicht zu wort. er ist ganz außer sich. wir verlassen mit den jungs den raum und stehen noch ein bißchen im dunkeln vor der tür rum.

– der hat auch ‚ne schlimme geschichte. da kamen neulich so nazis und haben ihn angestochen.

die kids vom jugendtreff hätten daraufhin die nazis verkloppt. und hätten auch keine strafe bekommen. was ich nicht direkt sondern erst später höre: eine ganze reihe sexistischer sprüche und bemerkungen, die so nebenbei von der seite kommen.
ob wir nicht noch einen rauchen wollen?

– nein, danke. wir haben noch was vor heute.

das gespräch gibt nicht mehr viel her, außer das unangenehme gefühl, dass die zugewiesene rolle (frau) immer präsenter wird und es verunmöglicht, im weiteren gespräch auf interessantere ebenen zu kommen. oder liegt das daran, dass wir den vorschlag mit dem einbruch vorerst ausgeschlagen haben?

Ausblick

Dass so viele Menschen offen mit uns über ihre Erfahrungen sprechen, hätten wir nicht erwartet. Können solche Gespräche Anfang von etwas sein? Anfang einer Verständigung über Repression, ein gegenseitiges Sich-Erkennen in der Konfrontation mit dem Staat, den Bullen, ihrer Repression, dem Wissen darum, dass man dabei nie gute Karten haben wird.

Wie weit reicht so ein Sich-Erkennen? Inwiefern interessiert Repression Menschen über ihre konkrete Betroffenheit hinaus? Geht es nicht für viele um eine permanente potenzielle Betroffenheit? Menschen, die wissen, dass sie in bestimmte Raster der Bullen fallen, dass sie mit Rassismen konfrontiert sind, wissen, dass sie in einer Gesellschaft leben, in der nicht alle über die gleichen Möglichkeiten verfügen. Menschen, die einen delinquenten Lebensstil führen und wissen, dass dieser sie in ständige Konflikte mit Staat und Bullen bringt.



Unsere Begegnungen haben unseren Blick auf Repression erweitert. Wir haben auch Umgangsweisen kennengelernt, die sich von denen, die wir aus unserem eigenen Umfeld kennen, unterscheiden. Bedenkenswert finden wir etwa die Haltung „die machen eh was sie wollen – wir auch“. Zwar wollen wir keinesfalls nahe legen, jegliche Vorsicht missen zu lassen, da die Repression ohnehin zuschlage. Dennoch finden wir in dieser Haltung interessante Denkanstöße: 1. Ja, die machen eh was sie wollen. Auf Gerechtigkeit und/ oder Recht zu pochen hilft meistens wenig. Außerdem können wir uns immer auf Repression gefasst machen – die macht sich nämlich nicht nur daran fest, was wir tun oder unterlassen. 2. Sehen wir in dieser Haltung das Potenzial einer gewissen Stärke: Repression lässt sich nicht vermeiden, also soll sie uns auch nicht lähmen. Wir sollten tun, was uns notwendig oder wichtig erscheint, ganz gleich, was sie tun.

Mit unserer Kritik an Repressionsmaßnahmen wie DNA-Entnahmen sind wir jedoch auch auf Unverständnis gestoßen.

Wie können wir in Gesprächen mit Menschen, die von Gewalt betroffen waren, dazu kommen, Repression zu kritisieren, ohne den Eindruck zu erwecken, wir würden das Konkrete leugnen oder uns darum winden? Ein Vergewaltiger, der im eigenen Stadtteil gesucht wird, ist sehr konkret. Konkreter als zu sagen: das Problem ist doch der tief sitzende Sexismus, die Normalität sexualisierter Gewalt, die Gewaltförmigkeit dieser Gesellschaft. Wir können versuchen, unsere Argumentation gegen staatliche Kontrolle, gegen Überwachung und Strafen konkret werden zu lassen: Was passiert denn dann weiter, wenn der gefasst wird? Vielleicht ein Prozess, vielleicht Knast. Aber nutzt das den Betroffenen, verringert es sexualisierte Gewalt?

Wir betrachten unsere Begegnungen nicht als abgeschlossen, aus denen wir fertige Analysen ziehen könnten, sondern vielmehr als etwas, das aus unserer Praxis resultierte und das nicht von ihr zu trennen ist. Was wir aber an dieser Stelle, zu diesem Zeitpunkt sagen können ist, dass uns unsere bisherigen Begegnungen in dieser Praxis bestärkt haben. Wir finden es sinnvoll, DNA-Entnahmen und deren Verweigerung im Speziellen und Repression und Widerständigkeit im Allgemeinen, in einem breiteren Kontext zu thematisieren. Wir finden es wichtig, nach Verbindungspunkten mit Menschen zu suchen, die wir noch nicht kennen, zu fragen, ins Gespräch zu kommen... denn DNA-Entnahmen und -Speicherung betreffen viele und können die Art und Weise, in der wir handeln und uns bewegen, langfristig beeinflussen und verändern. Darüber und über Möglichkeiten der Widerständigkeit möchten wir weiter ins Gespräch kommen – und vielleicht finden wir dabei neue Verbündete.

Aktuelle Infos zum RAZ-Verfahren

+++ Generalbundesanwalt und Verfassungsschutz verschicken Briefe zur Kommunikationsüberwachung +++ Drei zwangsweise durchgeführte DNA-Entnahmen +++ Eine DNA-Entnahme anhängig +++ weitere zwei verdeckte DNA-Entnahmen +++ bisher 13 DVDs mit Akten +++ umfangreiche Überwachungsmaßnahmen (Observationen, SMS, Handy, Internet) +++ ein Genosse aufgrund einer vorherigen Verurteilung im Knast +++

Hintergrund

Insgesamt 9 Beschuldigten wird mit Hilfe des §129 vorgeworfen die Revolutionären Aktionszellen gebildet zu haben. Laut Durchsuchungsbeschluss soll es sich dabei um eine Nachfolgeorganisation der „militanten gruppe“ handeln, die von 2009 bis 2011 verschiedene Aktionen, u.a. einen Brandanschlag gegen das Haus der Wirtschaft und eine Patronenverschickung an Innenminister Friedrich und die „Extremismusforscher“ Jesse und Backes, durchgeführt haben. Darüber hinaus wird ihnen die Mitarbeit an der Untergrundzeitschrift „radikal“, die seit 1976 erscheint, vorgeworfen. Mit diesen Vorwürfen haben am 22. Mai 2013 in Berlin, Magdeburg und Stuttgart insgesamt 21 Hausdurchsuchungen stattgefunden. Im Rahmen der Hausdurchsuchungen wurde einer der Beschuldigten, der sich aufgrund einer früheren Verurteilung im offenen Vollzug befand in den geschlossenen Vollzug in die JVA Tegel verlegt. Nach den Hausdurchsuchungen kam es zu zahlreichen Soliaktivitäten.

Aktueller Stand

Benachrichtigungen zur Kommunikationsüberwachung
Als verfrühtes Weihnachtsgeschenk verschickte die Bundesanwaltschaft und der Verfassungsschutz Briefe im Zusammenhang mit dem RAZ-Verfahren. In den Briefen werden die Adressaten darüber benachrichtigt, dass sie in einem bestimmten Zeitraum (meist 2010-2011) überwacht worden sind.
Neben Telefonaten mit einem oder einer der Beschuldigten wurde auch teilweise über die Beteiligung an Personenobservationen benachrichtigt, sowie über die Öffnung von Briefen und E-Mails.
Mit den Briefen wurde offensichtlich, dass nicht nur die direkt Beschuldigten von den Maßnahmen erfasst wurden, sondern sowohl Bündnistreffen, als auch Personen, die mit einem/einer der Beschuldigten Kontakt hatten umfangreich ausgeforscht worden sind.

DNA

Am 19. September fand im Rahmen der Ermittlungen in Stuttgart die erste zwangsweise durchgeführte DNA-Entnahme statt. Die DNA-Entnahme war seit Anfang September richterlich angeordnet und da der Beschuldigte zur Vorladung in der Woche zuvor nicht erschienen war und dieser sich weigerte seine DNA “freiwillig”, in Form einer Speichelprobe, abzugeben wurde er ins Krankenhaus zur Blutentnahme gebracht.
Seit Ende November ist in Berlin die zweite DNA-Entnahme in dem Verfahren anhängig. Dem Beschuldigten wurde für Ende November ein Termin zur Entnahme zugestellt, den er nicht wahrgenommen hat. Am 15.01.2014 wurde ein Genosse gegen 20 Uhr festgenommen und zur Blutabnahme zum LKA in Tempelhof gebracht, dort wurde zwangsweise eine DNA-Entnahme durchgeführt. Am nächsten morgen wurde ein weiterer Genosse von den Bullen abgeholt. Es gab eine Kundgebung und Soliaktivitäten..

Angeordnet wurden die DNA-Entnahmen aufgrund einer Observation eines Beschuldigten, der angeblich Papiere in einen Mülleimer geworfen haben soll, an denen eine männliche DNA-Spur gefunden worden sein soll. Die Observation hat im Rahmen einer Aktion der Revolutionären Aktionszellen im April 2011 gegen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und das Amtsgericht Wedding-Außenstelle Mahngericht stattgefunden.

Aus den Akten geht hervor, dass es in Berlin und in Stuttgart bereits im Oktober 2010 bei zwei Beschuldigten zu verdeckten DNA-Entnahmen kam: So wurde im Auftrag des BKA im Rahmen einer Observation ein Zigarettenstummel aufgesammelt, der angeblich einem Beschuldigten zuzuordnen sei. Eine Woche später wurde in Stuttgart bei einer zweiten Person im Rahmen einer Fahrzeugkontrolle ein Drogentest verlangt und eine Blutprobe entnommen, welche später durch das BKA angefordert wurde, jedoch bislang nicht verwendet werden durfte.

Zwei weitere Beschuldigten mussten ihre DNA bereits in der Vergangenheit im Zusammenhang mit früheren Ermittlungen und Verurteilungen abgeben.
Diese Beispiele zeigen, zusammen mit den zahlreichen zwangsweise durchgeführten DNA-Entnahmen in anderen Fällen, dass diese Repressionsmaßnahme immer geläufiger wird. Beispiele dafür sind die Entnahmen in der Rigaer Straße, die DNA Entnahmen in Finsterwalde wegen eines Brandanschlags in der Nähe von Dresden, bei dem 44 Bundeswehrfahrzeuge und ein Bundeswehrhangar unbrauchbar gemacht wurden, sowie in Stuttgart im Zusammenhang mit den zentralen Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit.
Die Absicht ist klar: Es sollen möglichst viele Daten präventiv gesammelt und gespeichert werden, um auch zukünftig die Möglichkeit zum Datenabgleich zu haben und dadurch AktivistInnen einzuschüchtern und in ihren Aktivitäten einzuschränken.

Zum Umfang der Ermittlungen

Seit Mai 2010 läuft offiziell das Ermittlungsverfahren wegen der Bildung einer Nachfolgeorganisation der militante gruppe. Nach und nach „ermittelte“ das BKA mehr Beschuldigte, bis es dann bis heute zu 9 Beschuldigten wurden.
Die „Verdachtsmomente“ gehen von Klicks im Internet (Öffnen von Postings zur Veröffentlichung der radikal), über den Kontakt zu weiteren Beschuldigten, dem Checken von lokalen Neuigkeiten, bis hin zum Einsetzen

von Mantrailing Hunden.(1)
Ermittelnde Behörden waren die verschiedenen Landeskriminalämter, das BKA, sowie diverse Verfassungsschutzbehörden. Der aktuelle Umfang der Akten beinhaltet 13 DVDs. Auf einer DVD befinden sich ca. 10 Ordner á 500 Seiten. Dabei sind viele Dopplungen enthalten, sowie tausende von Anträgen zur Genehmigung von Überwachungen etc. Dazu kommen noch 22 weitere Ordner, die zeitweise nur bei den jeweiligen Amtsgerichten einzusehen waren.

Teilweise seit 2009 wurden einige der Beschuldigten umfangreich ausgespäht: Internet, Telefon und Handy von Beschuldigten wurden überwacht und ausgewertet. D.h. es gibt Aufzeichnungen und Auswertungen von Telefonaten, SMS, besuchten Homepages und E-Mails. Erhoben wurde auch welche Suchwörter die Beschuldigten bei Google eingaben und wer wann auf welche Mailkonten zugriff, wobei versucht wurde die Passwörter auszulesen. Private Mailkonten bei gmx wurden „beschlagnahmt" und gespiegelt.

Es wurde versucht Tor-Verbindungen (also anonymisierte Internetverbindungen) nachvollziehbar zu machen, woran das BKA, genauso wie an PGP verschlüsselten Mails, laut eigenen Aussagen scheiterte.
Darüber hinaus wurde an eine Mailadresse, die der „radikal" zuzuordnen sei, ein Word Dokument versandt, das beim Öffnen die IP-Adresse des Computers melden sollte, sofern der Computer gleichzeitig im Internet ist.

Des Weiteren wurde ein Anfrageersuchen in die USA gestellt, um Informationen über eine E-Mail Adresse, von der angeblich irgendetwas geschickt worden sein soll, herauszubekommen.
Versendet wurden ebenfalls massenhaft stille SMS, um herauszufinden wo sich die Beschuldigten, oder besser ihre Handys, aufhielten. Auch IMSI-Catcher, also Geräte die in einem bestimmten Gebiet alle aktiven Handys darstellen, kamen zum Einsatz.
Zur angewandten Überwachung gehörten auch Personenobservationen. Dabei wurden bspw. Leute in Cafés beobachtet, Analysen ihres Verhaltens erstellt, ihnen gefolgt, und angeblich von den Beschuldigten weggeworfene Sachen wie Zigarettenstummel oder Papierschnipsel aufgesammelt.

Darüber hinaus wurden auch Kameras in Hauseingängen angebracht, sowie Peilsender an Fahrzeugen befestigt, welche dann die Standortdaten der Autos ans BKA sendeten. Dazu kam es zu mehren Anquatschversuchen im Umfeld der Beschuldigten.
Bei allen Maßnahmen scheinen sog. Metadaten (2) eine immer wichtigere Rolle zu spielen und damit die Frage: Welche sozialen und politischen Muster/Strukturen lassen sich aus der Kommunikation / dem Verhalten der Nutzer erkennen?

In Erklärungen zu Aktionen der RAZ, sowie in Texten der klandestinen Zeitung „radikal" wurden Formulierungen, die Verwendung bestimmter Begriffe, Rechtschreibfehler, die Art zu gendern und andere Auffälligkeiten in den Texten untersucht.
Das gesamte Ausmaß ist momentan nicht wirklich zu überblicken, ebensowenig was daraus wird. In erster Linie scheinen sich die Verdachtsmomente aber auf sog. „nachrichtendienstliche Erkenntnisse" zu stützen, die nicht weiter benannt werden.
Aktuell ist es nicht abzuschätzen wie das Verfahren weitergehen wird.

Solidarität

Das Ausmaß der Überwachung und die Repression macht die Notwendigkeit umso deutlicher ihren Angriffen unsere geschlossene Solidarität entgegenzusetzen. Dafür ist es notwendig sich nicht an politischen oder ideologischen Differenzen spalten zu lassen. Solidarität ist der Anfang von allem! Diese Angriffe werden uns nicht daran hindern weiterhin aktiv zu sein und gegen die herrschende Klasse und ihre Justiz vorzugehen.

„(…) Die Befreiungsperspektive des (weltweiten) Kommunismus muss Etappe für Etappe erkämpft werden, und wenn wir ganz genau hinschauen, funkelt sie bereits am Horizont…" (RAZ-Zelle Mara Cagol; Radikal Nr. 163)

Achtet auf Ankündigungen

(1) Hunde, die Gerüche nachverfolgen konnten. Diese Hunde wurden nach mehreren Aktionen der RAZ eingesetzt und teilweise mehrere Tage durch Berlin gejagt.
(2) Metadaten enthalten Informationen über anderer Daten, auf die aus den vorhandenen Daten geschlossen werden können

Solikonto
Empfänger: Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Berlin
Kontonummer: 400 72 38 317
Institut: GLS Bank
BLZ: 430 609 67
Überweisungszweck: Solikonto Berlin

Schreibt dem Gefangenen
Oliver wurde wegen der Verurteilung im sog. mg-Verfahren zu einer 3 ½ jährigen Haftstrafe verurteilt, wegen der er bis heute weggesperrt ist. Ihm wurde zusammen mit zwei anderen Angeklagten die Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg) und der Versuch eines Brandanschlags in Brandenburg vorgeworfen.
Im Rahmen der Ermittlungen im RAZ-Verfahren wurde er vom offenen in den geschlossenen Vollzug in der JVA Tegel verschleppt.



Oliver Rast
JVA Tegel
Seidelstr. 39
13507 Berlin

Weitere Infos unter:
www.soligruppe.blogsport.eu* - *solikom-olli.site36.net
www.political-prisoners.net

soligruppe, 1. Januar 2014

Stoppt die Angriffe auf Studierende in der Türkei

In der Türkei und in Kurdistan ist in den letzten Monaten eine stets zunehmende Angriffsserie auf fortschrittliche, linke kurdische und alevitische Studierende zu beobachten. Insbesondere an den Universitäten in den Städten Erzurum, Istanbul, Maras und Izmir nehmen solche Angriffe systematisch zu. Dabei wurden Studierende schwer verletzt und mussten im Krankenhaus behandelt werden. Die Täter solcher Angriffe sind nationalistisch-religiöse Gruppierungen, die von der Polizei nicht gestoppt und bekämpft werden. Vielmehr ist an einigen Orten zu beobachten, dass solche Angriffe vor den Augen der Polizei stattfinden.

Seit mehreren Jahren schon sind die staatlichen Repressionen gegenüber Studierende in der Türkei und Nordkurdistan auf einem Höchstniveau. Die Initiative zur Solidarität mit inhaftierten Studierenden (TODI) hat in einer Erklärung vor einigen Monaten darauf aufmerksam gemacht, dass derzeit etwa 850 Studierende sich in türkischen Gefängnissen befinden. Über 3000 wurden seit 2009 aufgrund ihrer politischen Tätigkeiten von staatlichen Universitäten exmatrikuliert.



Die Übergriffe in der Türkei und in Kurdistan auf linke, alevitische und kurdische Studierende, reihen sich ein in die Angriffe gegen fortschrittlich Denkende Jugendliche und sind zweifelsohne bewusst und systematisch. Dass nun diese Angriffe auch durch nicht-staatlichen nationalistischen Strukturen stattfinden, ist eine Zuspitzung dieser Situation. Schon im April letzten Jahres gab es auch an der Dicle Universität in Amed (Diyarbakir) Angriffe auf Studierenden. Dazu hatten die Kampagne Studierende hinter Gittern eine Erklärung veröffentlicht.

(*studierendehintergittern.wordpress.com*)

Bewusst drücken staatliche Institutionen wie der oberste Hochschulrat, das Bildungsministerium und die Polizei ihre Augen vor diesen Angriffen, da es in ihrem Interesse ist, dass fortschrittliche Studierenden aus den Universitäten vertrieben werden. Diese Politik ist auch Teil der Politik der Gülen-Bewegung, Bildungseinrichtungen unter ihre Kontrolle zu bringen. Vor allem Universitäten sind heute ein Hort des Widerstandes gegen jegliche Form von rückwärtsgewandter Politik und Weltanschauung.

Als demokratische Studierende und Jugendliche ist es deshalb auch unsere Aufgabe hier in Europa uns mit den Widerstand leistenden Studierenden zu solidarisieren. Wir verurteilen deshalb auf das schärfste sowohl diese Angriffe von faschistischen türkischen Kreisen als auch das zustimmende Zusehen und Schweigen der Universitätsleitung, des undemokratischen türkischen Hochschulrates sowie der türkischen Justiz und der Polizei.

Unsere Forderungen sind:

1. Sofortiges Unterlassen der Angriffe auf linke, alevitische und kurdische Studierende an türkischen Universitäten und Verhaftung der Verantwortlichen.

2. Aufhebung des türkischen Hochschulrats und Gewährleistung von Chancengleichheit zur Schaffung eines demokratischen, freiheitlichen undgerechten Bildungssystems.

3. Aufhebung aller Hindernisse zum Aufbau autonomer studentischer Initiativen auf politischer, sozialer und kultureller Ebene an Hochschulen und anderen Bildungsinstitutionen.

4. Anerkennung des muttersprachlichen Unterrichts an allen Bildungsinstitutionen in der Türkei und in Kurdistan und Schaffungrealisierbarer Rahmenbedingungen hierfür.

Die im folgenden aufgeführten Emailadressen sind türkische und deutsche Organisationen, die auf die Geschehnisse an türkischen Universitäten öffentlich eingehen und diese beeinflussen können.

info@gew.de; webadmin@yok.gov.tr; poststelle@auswaertiges-amt.de; basinyayin@erciyes.edu.tr; hkocak@atauni.edu.tr; guvenlikmudurlugu@atauni.edu.tr; mf.karaaslan@ksu.edu.tr; gsekr@ksu.edu.tr;

Schreibt so viele Emails auf türkisch, englisch, kurdisch und vielen andere Sprachen an diese Institutionen, wie ihr könnt. Verbreitet diesen Aufruf und verteilt ihn als Flyer an den Universitäten.

Mit solidarischen Grüßen,

YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan



Statement zur Einstufung der Muslimbruderschaft als terroristische Organisation

Am 25. Dezember hat das Militärregime die Muslimbruderschaft, im Rahmen von einer Reihe von repessiven Maßnahmen zur Niederschlagung seiner politischen Gegner_innen, zur Terrororganisation erklärt. Die Strafen für diejengen, die mit der Gruppe assoziiert sind, beinhalten eine fünfjährige Haftstrafe für alle, die sich an den Protesten der Muslimbruderschaft beteiligen, denen eine Gruppenmitgliedschaft nachgewiesen werden kann, die für die Muslimbruderschaft in Schrift und Rede werben oder die mit Materialien der Muslimbruderschaft erwischt werden. Diejenigen, die eine Führungsposition einnehmen, können eine lebenslange Haft- oder sogar die Todesstrafe erwarten. Teil der Rechtfertigung für diese Einstufung war der jüngste Bombenanschlag in Mansoura, den das Regime der Bruderschaft zugeordnet hat, obwohl eine andere Gruppe, Ansar Beit Al Maqdis sich dazu bekannt hat.

Wir sind der Muslimbruderschaft immer konsequent entgegen getreten, da sie eine konterrevolutionäre, konservative und reaktionäre Gruppe ist, die, gekoppelt mit einem neoliberalen Eifer, in zahlreichen Fällen, während sie an der Regierung, ihre Macht missbraucht hat. Wir haben konsequent zum Sturz der Muslimbruderschaft aufgerufen. Aber ganz unabhängig von unserer politischen Gegnerschaft zur Muslimbruderschaft, bekämpfen wir die Versuche des Staates, eine politische Gruppe auszulöschen und die volle Macht des repressiven Apparates des Staates zu nutzen, um diese Ziele zu verfolgen.

Aus diesen Gründen verurteilten wir den Coup vom 30. Juni - das Einsetzen des Militärestablishments an die Spitze des bürgerlichen Staates - als die stärkste, autoritäre Manifestation. Wir verurteilten die Massaker in Raba'a und die vom faschistischen Militärregime entfesselte Staatsgewalt. Ebenso stehen wir heute in Gegnerschaft zu der Einstufung der Muslimbruderschaft als terroristische Organisation, wodurch effektiv ein großer Teil der ägyptischen Bevölkerung kriminalisiert wird. Das hindert eine Gruppe daran, am politischen Leben der Gesellschaft zu partizipieren und wird diese Gruppe in den Untergrund drängen. Das führt zu einer ansteigenden Radikalisierung und zu einem Sympathiegewinn in wachsenden Teilen der Bevölkerung.

Das Militärregime nutzt alle Taktiken, um die Opposition unter ihre Herrschaft zu zwingen. UnterstützerInnen der Muslimbruderschaft standen zwar im Fokus der Angriffe des Staates, aber sie haben genauso Anarchist_innen, linke Aktivist_innen, Arbeiter_innen, Journalist_innen und zivile Organisationen getroffen. Wir bekämpfen alle solche Angriffe des Staates gegen die Bevölkerung, ungeachtet ihrer politischen Ansichten. Solch eine Politik führt nur zu einem Anstieg der Gewalt und ziviler Streitigkeiten. Wir verweigern es ein Werkzeug im Machtkampf zwischen der Muslimbruderschaft, dem Militär und der institutionellen Opposition zu sein. Befreiung kann nur durch die revolutionäre Selbstorganisierung der ägyptischen Massen entstehen und durch eine vereinte Opposition gegen die, die danach streben, die Menschen zu unterdrücken um ihren Zugriff zur Macht aufrechtzuerhalten.

Der Staat ist der einzige Terrorist.

Tahrir-International-Collectiv-Network

tahriricn.wordpress.com ***Übersetzung AB***

2011 war nicht 1968: ein offener Brief aus Ägypten

Am Morgen des 25. Januars 2014, während Menschen in kleinen Gruppen auf dem Tahrir Platz eintreffen, ist es wieder einmal wichtig, uns bewusst zu machen, worauf wir unseren Blick richten, um ein bisschen zu verstehen, was in Ägypten passiert. Ein Diskurs des Terrors hat viele so in Panik versetzt, dass sie in blindem Vertrauen einen Militärführer unterstützen, der behauptet, die guten alten Tage der Stabilität wiederherstellen zu können. Dieser Diskurs der Angst hat auch den gegenteiligen Effekt und in der Bevölkerung gibt es jene, die nicht in die Terrorfalle tappen.

Die Unterstützer_innen der Muslimbrüder werden dies sicherlich nicht tun und kämpfen unter dem Deckmantel der Legitimität weiter für das, woran sie glauben. Aber jenseits hiervon gibt es diejenigen ohne Ideologie, die wenig gehört werden, aber vor Wut gegen die Führer kochen. Die Führer, die um Einfluss wetteifern, nur um die Macht an sich zu reißen und sie auszunutzen und dies um jeden Preis: scharfes Vorgehen, Folter, Einkerkerung, Mord - alles in einer Arena der Gesetzeslosigkeit, in der sich die Machthungrigen - sei es die NDP [die Partei des Mubarakregimes; Anmerkung der Übersetzer_in], die Bruderschaft oder miltärische Generäle - selbst über das Recht stellen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung aufgrund wirtschaftlicher Probleme, die Erwartungen, sich Essen leisten zu können, Jobs zu finden, durch die Straßen ziehen zu können, ohne den Terror der Obrigkeit zu fürchten, sind weit verbreitet und werden nicht aufhören, bis diese Verhältnisse gewendet worden sind.

In Momenten wie diesen ist es wichtig, den leiseren Stimmen zuzuhören.

Ich habe den folgenden Essay, „2011 ist nicht 1968", über den Verlauf der ersten Hälfte des

Jahres 2012, geschrieben, nachdem ich versucht habe, diesen leiseren Stimmen zuzuhören.

Während an diesem Morgen Sprechchöre vom Tahrir Platz zu hören sind, „die Leute fordern die Anerkennung des Regimes“, müssen wir uns daran erinnern, dass die großen Kameras weder die einzigen Stimmen einfangen noch die tonangebenden; es sind einfach nur die Stimmen, die es ins Fernsehen schaffen.

Ein offener Brief an eine_n Zuschauer_in

Am 28. Januar 2011 begannen die Ägypter_innen in einer mächtigen Welle des Protestes durch die Straßen der Städte ihres Landes zu ziehen. Ihr habt dem Spektakel zugesehen, das sich vor euren Augen entwickelte, auf euren Fernsehbildschirmen auf verschiedenen internationalen Nachrichtenkanälen. Eine Fixierung, eine Faszination entstand gegenüber den Bildern, die besonders von einem Ort gezeigt wurden: Midan al-Tahrir - der Platz der Befreiung. Die Faszination zusammen mit dem konstanten Fluss der Bilder öffnete eure Fantasie. Die Fantasie hatte freien Lauf. Die Ägypter_innen wurden von der Bewegung ihrer nordafrikanischen Nachbar_innen in Tunesien sowohl inspiriert als auch beschämt. Unser Aufstand wiederum half weltweit Bewegungen in euren Städten auszulösen, von den Platzbesetzungen in Europa, über eine Besetzung der Innenstadt in Madison, Wisconsin, bis hin zur Occupy Bewegung, um nicht eine ganze Reihe an Aufständen in der Region zu vergessen, die immer noch andauern wie die in Bahrain, Syrien und im Sudan, um nur ein paar zu nennen.

Um den Szenen, die sich abspielten, Sinn zu geben, wandten sich Medienstellen einer Gruppe von Individuen zu, die kamen, um die Revolution für viele zu repräsentieren. Die Nachrichtenagenturen interviewten politische Kommentator_innen oder Aktivist_innen - die selber immer mehr zu Berühmtheiten wurden - um die Aktionen hinter den Bildern, die sie sahen, zu entziffern. Dadurch, dass Interpretation und danach Bedeutung über die Bilder gelegt wurden, fand eine erhebliche Verzerrung der Handlungen hinter den Szenen statt. Nicht-arabisch-sprachige Medienstellen verließen sich hauptsächlich auf englisch sprechende Aktivist_innen, viele von uns Mittelschicht, viele von uns schon vor dem 25. Januar politisiert. Um im Namen der Revolution zu sprechen, wandten sich arabischsprachige Nachrichtensender ähnlich oft Mittelschichts-Aktivist_innen zu, von denen jede_r jeden Moment entsprechend ihrer_seiner jeweiligen ideologischen Perspektive interpretierte.



So wurden wir zu Übersetzer_innen eines kollektiven Aufstands, während wir weit davon entfernt waren, repräsentativ für diesen zu sein. Unsere Gesichter reflektierten eure eigenen. Unsere Stimmen waren verständlich. Wir dienten dazu, diese Revolution zugänglich erscheinen zu lassen. Die Intonation unserer Worte verlieh dem Bedeutung, was für euch unbekanntes Terrain war. Unsere Erklärungen befriedigten auch die praktischen Anforderungen und Standards einer Medienindustrie mit einem Zielpublikum, das an Sprecher_innen mit einem bestimmten Profil, die einen bestimmten politischen Diskurs benutzen, gewöhnt ist. Dieser Prozess übertönte die Stimmen der Mehrheit. Ganz egal, wie sehr wir versuchten, anders zu argumentieren, erfüllten wir diese Rolle - Mittelschicht, fähig das Internet zu nutzen, jung und somit revolutionär.

Die Stimmen der Unterschicht

Habt ihr die Stimmen der Unterschicht gehört? Habt ihr die Familienmitglieder der Märtyrer in schwarz gekleideter Trauer in ihren Häusern gesehen? Habt ihr Bilder namenloser Zivilist_innen gesehen, niedergeschossen von Scharfschützen auf den Dächern der Polizeistationen? Habt ihr gesehen, wie Polizisten Gefängnistore öffnen, um diesen revolutionären Moment zu untergraben und Chaos in den nahegelegenen Vierteln anzurichten? Habt ihr gesehen, wie Protestierende am 28. Januar Polizeistationen stürmten, nach Rache suchend für Jahre lang verschwiegene Folter, Gewalt und psychologische Unterdrückung? Habt ihr die Molotov Cocktails gesehen, die von Frauen vorbereitet und von ihren Balkonen geworfen wurden, um die Verstümmelung ihrer Söhne und Nachbarn zu rächen? Das war nicht gewaltfrei. Nur die Fixierung durch die Linse einer Kamera auf den Tahrir Platz im Tageslicht konnte euch mit diesem Eindruck beschwichtigen.

Andere Branchen folgten schnell: direkt nach dem Journalismus, der Wissenschaft, dem Film, der Kunst, verließ sich die Welt der NGOs auf uns als ideale Interpret_innen des Außergewöhnlichen. Sie alle haben sich letztlich eingekauft und weiterhin das hyper-glorifizierte Bild des Individuums, des Schauspielers, des jugendlichen Subjekts, der_des revolutionären Künstlerin_Künstlers, der Frau, der_des gewaltfreien Demonstrierenden, der_des Internetnutzerin_Internetnutzers befeuert. All dies fand im Geiste eines unerbittlichen Bedürfnisses statt, die Rolle des Bekannten zu identifizieren, zu bestätigen und aufzuwerten. Revolution wurde unvorstellbar ohne die Bilder einer_eines Modell-Demonstrant_in, die_der euch vor der Möglichkeit schützte, mit dem Unbekannten konfrontiert zu sein: ein kollektiver Aufstand gegen ein globales System der Herrschaft, in dem es keinen Platz für Zuschauende gibt.

Das Internet half dabei, die Aura zu schaffen, dass all das bekannt war. Dadurch, dass die Empörung auf den Straßen durch ein Medium geleitet wurde, das ihr begreift, schwächte die Erzählung, die auf den Nachrichtenkanälen präsentiert wurde, das Rätselhafte in den Ereignissen ab und kettete eure Fantasie an

das, was vertraut ist. Die Schichten der Interpretation, gemalt über die Bilder, verringerten eure Angst vor dem Unbekannten. „Das ist nur ein Akt gegen die Diktatur." „Das ist der individuelle Schrei nach Freiheit." „Das ist eine Demonstration für Demokratie." „Diese Revolution ist friedlich." Das Internet ersetzte die Kalashnikov. Diese Diskurse brachten die strukturellen Dimensionen von Ungerechtigkeit zum Schweigen und verschleierten die Rolle, welche die neoliberale Politik, vorangetrieben etwa durch den IWF [Internationaler Währungsfond; Anmerkung der Übersetzer_in], die EU und die USA, in der Vertiefung der Trennung zwischen arm und reich hat. Sie ließen euch vergessen, dass vor allem aus diesen Strukturen der Ungerechtigkeit das Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit geboren wird. Diese dominierenden Erzählungen - die Erzählungen der Herrschaft - lokalisierten die Problematik beispielsweise in einer einheimischen Diktatur. Durch die isolierte Betrachtung der Verbrechen und das Hervorheben der Korruption Einzelner halfen diese Darstellungen, die neo-koloniale Bühne zu errichten, auf der die inzwischen leeren Hüllen des alten Regimes durch ein anderes, das der gleichen Logik des Regierens folgt, ersetzt werden sollte.

Es ist keine Überraschung, dass die Besitzer_innen dieser Bilder kommerzielle Nachrichtenagenturen sind, die von Unternehmen geführt werden, welche genau die Herrschaftssysteme unterstützen oder von ihnen unterstützt werden, gegen die wir revoltierten. Die Bilder, aufgenommen von den Kameras des BBC, des CNN oder Al Jazeeras, werden zum Privateigentum dieser Institutionen, die sie dann dazu benutzen, ihre Geschichten zu erzählen, das zu feiern, was sie vorantreiben wollen und das zum Schweigen zu bringen, was sie unterdrücken wollen. Den Rahmen für ein Bild zu setzen und es zu verbreiten ist eine Praxis der Macht. Diese Bilder zirkulieren im Namen der Freiheit, aber wenn die eingefangenen Bilder für die Ziele eines profitorientierenden Unternehmens benutzt werden, hat die Dominanz der verbreiteten Erzählung das Potenzial, zu missinterpretieren und letztendlich eben jene Akte des Widerstands zu untergraben.

Jugendliche Aktivist_innen waren keinesfalls repräsentativ für die Proteste, aber sie waren die dominante Stimme, die präsentiert wurde. Wir waren nicht mehr als eine Handvoll von Individuen in einer Kakophonie von Rufen, die nach Veränderung schrien, jede Person mit ihren eigenen Belangen, Klagen, Wünschen, Gründen dafür, aktiv zu sein und dafür, sich zu rächen. Während des ganzen Anstiegs des Protestes gab es eine stark horizontale Ausrichtung, einen nicht-zentralisierten Entscheidungsfindungsprozess, eine führerlose Bewegung, die nicht durch einen verfassten Artikel, einen gehaltenen Vortrag, gemachte Kunstwerke oder von Charakteren getriebene Dokumentarfilme in einem zentralisierten, auf Individuen fokussierten Medienapparat repräsentiert werden konnte. Solch ein Prozess der Repräsentation verfälscht die Realität.

Auch ich verfalle in diesem Brief in die selbe Logik.

2011 ist nicht 1968

In den 1960ern war das Politische prägnant: Kämpfe gegen Rassismus, Vietnam, der Kalte Krieg, die letzten Würfe des offenen Imperialismus. 1968 entsprang aus diesem Moment, eine junge Generation konfrontiert mit entfernten Szenen der Besatzung und Kolonialisierung, eine studentische Generation, eifrig mit Ideologien und radikalisiert durch die sozialen und politischen Realitäten dieser Zeit. Über 40 Jahre später provozierten die Auswirkungen des Imperialismus unter dem Deckmantel des Post-Kolonialismus die Leute noch einmal zu Massenprotesten. Unter diesen neuen Bedingungen, wie Frantz Fanon so deutlich erzählt hat, gelang es den früheren Kolonisator_innen, ihre wirtschaftlichen Interessen hinter Partnerschaften mit den regierenden Eliten post-kolonialer Staaten zu verbergen.

Daher ist 2011 nicht 1968. 2011 war ein Aufstand der Unzufriedenheit gegen die politische Realität innerhalb der neo-kolonialen Verhältnisse. 2011 war keine intellektuelle Revolution; es gab kein Aufkeimen von Ideen. In Ägypten hatte weder eine Radikalisierung der Bevölkerung stattgefunden, noch war die Nation in einen grenzüberschreitenden Konflikt verwickelt. Es gab keine Ideologie außer der der Verzweiflung, das unerträgliche Gewicht der Heuchelei, und die Begrenztheit einer Bevölkerung, die in Ablehnung dazu lebte. Die zunehmende Militanz unter organisierten Arbeiter_innen und die wachsende Opposition durch kleine Mittelschichts-Bewegungen wie Kefaya - „Genug" - und die Bewegung des 6. Aprils, ebenso wie durch Internet basierte Gruppen wie Kolina Khaled Said („Wir sind alle Khaled Said") entstanden in direkter Reaktion auf die anhaltende Repression der politisch herrschenden Klasse gegen eine ganze Gesellschaft.

1968 hatte sich der Konflikt überall ausgebreitet, wohingegen im Vorfeld von 2011 die Saat der Revolte gerade erst bereit zum Keimen geworden war. In Ägypten gab es keine Bewegung, aber es gab Bewegung, und es gab eine Eigendynamik, eine undefinierte Kraft, die viel stärker war, als irgendeine Organisation sein könnte. Unter Mubaraks Regime hatte die Repression, die sich sogar gegen den Keim oppositioneller Gruppen richtete, bedeutet, dass kaum von einer „Linken" gesprochen werden konnte. Die Universitäten waren, und sind immer noch, ein Ort des Diebstahls öffentlicher Mittel, kein Ort kritischen Denkens. Das Jahr 2011 bezeugte eine beschleunigte politische Radikalisierung im Angesicht von Jahren beschleunigter Neoliberalisierung. Die Straße war die Akademie, wo wir mit den Sicherheitskräften des Regimes und dem Militärpersonal Steine gegen Feuer tauschten, während wir untereinander Ideen austauschten.

So hat radikale Politisierung unter den Ägypter_innen, von denen die Revolution getragen wurde, stattgefunden. Der Aufstand, der in Ägypten in den ersten

Tagen des Jahres 2011 begann, wurde durch eine nie dagewesene Anzahl Protestierender vorangetrieben. Ähnlich wie 2001 in Argentinien, waren die Straßenproteste in Ägypten durch eine umfassende Beteiligung über die Grenzen von Klasse, Generation und Gender hinweg gekennzeichnet. Wie 1968 nahmen sowohl Student_innen als auch Arbeiter_innen teil, aber in Ägypten niemals als Arbeiter_innen und Student_innen, sondern einfach als Teil einer kollektiven und breiten Bewegung. Die Proteste blieben bezeichnenderweise führerlos; wir traten einem repressiven hierarchischen und hegemonialen Staatsapparat mit horizontalen Taktiken entgegen. Es war die ungeheure Bandbreite und Anzahl an Protestierenden, die, wenn auch nur zeitweise, die zentralisierte Staatsstruktur in die Knie zwang.

Die Demonstrierenden hatten eine Vielzahl an Forderungen, es gibt keinen einzelnen Grund, warum die Leute am 28. Januar begannen, auf die Straßen und öffentlichen Plätze in ganz Ägypten zu strömen. Unterschiedliche Leute lehnten unterschiedliche Seiten desselben Systems der Macht, das unsere täglichen Leben beherrschte, ab. Als Beobachter_innen war es eure Obsession, den Aufstand zu verstehen, was den Daseinszweck der Medienindustrie nährte, die bestrebt war, diese Wünsche zu kanalisieren. Vom herrschenden westlichen Standpunkt aus war es euer Blick, der Referenzen zum Bekannten anstachelte, zum Vertrauten, zu dem, was ihr bereits kanntet, der 2011 so erscheinen ließ, als wäre es ähnlich wie 1968.

2011 ist nicht 1968. 2011 war nicht die „klassische" Revolution der Sozialist_innen: Studierende und Arbeiter_innen, die auf die Straße gehen, um ein Regime durch ihr eigenes zu ersetzen. Ganz egal, wie sehr Leute es versuchten, gab es keine politischen Parteien mit einem revolutionären Entwurf, weder vor dem 25. Januar, noch sind seitdem welche entstanden. Ein Ruf, der von Anfang an laut und klar ertönte, „Die Leute wollen den Sturz des Systems", brachte eine Kakophonie der Meinungsverschiedenheiten mit sich, die sich in das Verlangen wandelten, dem Status Quo ein Ende zu setzen: Veränderung war nötig, irgendeine Art von Veränderung, aber wie diese Veränderung aussah war unklar. Dies war keine Schwäche eines Aufstands, sondern bezeugte die globale Krise, sich alternative Formen sozialer Organisation gegenüber dem neoliberalen Staat mit seiner sich selbst aufrecht erhaltenden, selbstzerstörerischen Struktur vorzustellen. Außerdem ermöglichte diese Form des führerlosen Protests, frei von abgepackten Ideologien, das Aufkommen von Ideen, die sich im Prozess befinden, in einem Prozess des Widerstands, der nur der Anfang ist.

Arbeiter_innen und Revolution

Ein bedeutender Moment, der die Revolution am 25. Januar denkbar machte, war die ansteigende Welle von Arbeiter_innenprotesten, die 2004 begann. Die 27 000 Textilarbeiter_innen, die im Dezember 2006 in der Industriestadt von Mahalla al-Kobra in Ägyptens Nil-Delta in Streik gingen, befähigten unzählige Ägypter_innen, die einen Blick auf diesen mächtigen Akt erhaschten, anzufangen, sich die Revolution vorzustellen, ebenso wie die Vielzahl von Protesten, die folgten. Am 6. April 2008 riefen die unabhängigen Arbeiter_innenanführer_innen der selben Textilfabrik des öffentlichen Sektors zu einem anderen Streik auf, aber diesmal gelang es der Regierung, die Aktion zu verhindern, indem sie eine ausgewählte Gruppe von Arbeiter_innen vorher beseitigte. Die Forderung nach höheren Löhnen war mit den steigenden Lebensmittelpreisen verknüpft und da beinahe in jeder Familie in Mahalla ein Mitglied in der gewaltigen Textilfabrik angestellt ist, wurde der Streik nicht nur von den Arbeiter_innen antizipiert. An diesem Tag erwarteten die Bürger_innen von Mahalla eine Konfrontation. Die Beleidigungen eines Polizisten gegen eine ältere Frau auf der Straße lösten einen Aufstand aus. Der 6. April war bedeutend darin, dass der Protest sich über die geographischen Linien eines Industriegeländes hinweg bewegte und von einer ganzen Gesellschaft ausgetragen wurde. 2006 hatten Arbeiter_innen durch ihren öffentlichen Protest die sozialen Verhaltensregeln gebrochen.

2008 wurden die Grenzen, die die herrschende Klasse den Möglichkeiten des denkbaren Widerstands gesetzt hatte, noch weiter überschritten. Die Regierung benutzte all ihren Verstand und all ihre Kraft und schaffte es, zu verhindern, dass der 6. April 2008 sich in das verwandelte, zu was der 25. Januar 2011 wurde. 2008 gelang es der Regierung, die Verbreitung des Dissenz von einer industriellen Stadt in den Rest der Region - geschweige denn ins ganze Land - zu verhindern, indem sie Sicherheitskräfte von über sechs Gouvernements anforderte, um in die Stadt einzufallen. Im April 2008 waren die Verhältnisse noch nicht reif für das, was sich weniger als drei Jahre später entwickeln sollte. Am 28. Januar 2011 siegten Demonstrant_innen im ganzen Land innerhalb weniger Stunden über die selben Sicherheitskräfte. In diesem kritischen Augenblick ist es wieder notwendig zu betonen, dass 2011 nicht 1968 ist. 1968 wäre nicht möglich gewesen ohne die Wellen von Arbeiter_innenstreiks und Fabrikbesetzungen während zur gleichen Zeit Studierendenproteste stattfanden. Im Fall der Revolution des 25. Januars, deren Teilnehmer_innen alle sozialen Klassen umfassten, die Mittelschicht, die Arbeitslosen, Arbeiter_innen und Bäuer_innen

zusammenbrachte, waren die prekären Arbeiter_innen ihr radikalisierender Faktor und nicht Ägyptens traditionelle Arbeiter_innenklasse. Das mag wie eine belanglose Differenzierung klingen, ist aber die Crux der Unterscheidung zwischen 2011 und 1968.

Von 2006 bis zum 25. Januar 2011 und seitdem haben Arbeiter_innen organisierter Arbeitsbereiche nie aufgehört, für bessere Löhne, gegen Privatisierung, Korruption und Ungerechtigkeit zu demonstrieren. Die Protestwelle, die am 25. Januar begann, schloss eine gewaltige Anzahl von prekären Arbeiter_innen, hauptsächlich aus den vielen eshwa'eyats Ägyptens oder den informellen Kiezen ein. Dies bedarf einiger Erklärung. 2006 begonnen, protestierten die Arbeiter_innen gegen die Auswirkungen des intensiven Neoliberalisierungsprozesses, den Mubaraks letzte Regierung praktizierte. Die Arbeiter_innen reagierten unmittelbar - wenn auch kaum spezifisch in diesen Worten ausgedrückt - auf die Umsetzung des westlichen Wirtschaftsparadigmas des Neoliberalismus. Dieses bedeutete, dass die Regierung ausländischen Kapitalist_innen den Zugang in die ägyptische Industrie erleichterte, welche Fabriken und Unternehmen des öffentlichen Sektors privatisierten, Subventionen reduzierten, während sie die Produktion für Exportmärkte stark förderten.

Abgesichert durch internationale Finanzinstitutionen, ermöglichte dieses System ausländischen Investor_innen einen Zugang mit weniger Restriktionen zu den natürlichen Ressourcen und mehr Freiheit in der Ausbeutung der Arbeiter_innenklasse Ägyptens. Dieser Prozess beinhaltete die intensive Verminderung der traditionellen Arbeiter_innenschaft. Dies zwang Arbeiter_innen in das, was manchmal Gelegenheitsarbeit genannt wird, oder in den „informellen Sektor", was bedeutet, ohne Verträge zu arbeiten, ohne Versicherungen und ohne soziale Absicherung, wodurch die Arbeitsverhältnisse der traditionellen Arbeiter_innenklasse prekarisiert wurden. Diejenigen, die am meisten unterdrückt, am meisten ausgebeutet und am verzweifeltsten unter dem politischen System des ehemaligen Regimes waren, waren die Angehörigen der Unterschicht. Sie hatten nicht den Luxus, eine Ausbildung zu erhalten, keine festen Jobs und waren dadurch ungeschützt gegenüber der Realität, dass Polizist_innen und Arbeitgeber_innen über dem Gesetz standen.

Prekäre Arbeiter_innen haben oft zwei oder drei Jobs, um über die Runden zu kommen. Im Vergleich dazu lebt Ägyptens traditionelle Arbeiter_innenklasse in sichereren Verhältnissen. Trotz einer gewöhnlich schlechten Bezahlung, ungeheuerlichen Stunden im Privatsektor, schlechten Arbeitsbedingungen und minimalen Sozialleistungen, hat die traditionelle Arbeiter_innenklasse feste Verträge und regelmäßige Einkommen, was ihr einen luxuriösen Stand innerhalb eines Arbeiter_innenklassen-Milieus mit wenig Sicherheiten gibt. Konsequenterweise fängt die Arbeiter_innenklasse an, sich der Mittelschicht darin anzunähern, auf der Hut zu sein, um nicht zu riskieren, ihre Jobs zu verlieren. Während die Arbeiter_innenklasse für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen wird, sich gegen Korruption und Missbrauch am Arbeitsplatz ausspricht, sind ihre Kämpfe darauf begrenzt, weil sie - und das verständlicherweise - nicht gewillt sind, ihre Kämpfe über die Grenzen ihrer Arbeitsplätze hinaus zu tragen. An den Straßenkämpfen der Revolution teilzunehmen, bedeutete auf die Straßen zu gehen und zu riskieren, ihren Arbeitgeber_innen die Rechtfertigung zu geben, sie als „Unruhestifter_innen" zu feuern. Die Reihen von Arbeitslosen, bereit ihre Jobs zu übernehmen, wenn sie gefeuert werden, begrenzte ihre Beteiligung an der Revolution. Den Luxus eines Arbeitsplatzes zu verlieren war ein Risiko, das viele Vertragsarbeiter_innen in der Regel nicht eingehen wollten.

Die Umsetzung neuer ökonomischer Paradigmen seit 1968 hat das Kapital in den Händen der Reichen weiter konzentriert, während die Existenzgrundlagen aller anderen reduziert wurden. Diese Politik hat die Bedingungen mit sich gebracht, durch die das Lumpenprekariat zum radikalen Element im revolutionären Kampf geworden ist, das sich selbst bewiesen hat, dass es eine Kraft ist, mit der gerechnet werden muss. Die grundlegende tiefe Verwurzelung ökonomischer Strukturierung in dieser neoliberalen Ära hat neue Formen des Widerstands hervorgebracht; es ist dieser Umstand, der die Ägypter_innen an den Rand der Revolution gebracht hat, und es ist dieser Umstand, der weiterhin die zukünftigen Linien des Protests bestimmen wird.

Am Samstag, den 19. Juni 2012, versammelte sich eine Gruppe von Unterstützer_innen Mubaraks außerhalb eines Militärkrankenhauses an den Ufern des Nils, nachdem Berichte über den Tod des früheren Diktators aufgetaucht waren. Einer der Demonstrierenden hielt ein Schild, sichtbar für die Vorbeifahrenden: „25. Januar Revolution: Die Geschichte wird urteilen".

Ihr entscheidet, wie der 25. Januar in die Annalen der Geschichte eingeht. Ein anderes 1968, eine Revolution nach eurem Geschmack? Oder eine Bewegung, welche die Bedeutung überschreitet, die euch zu den wenigen Bildern, die ihr gesehen habt, gegeben wurde, und die euch eines baldigen Tages an eurer Haustür gegenüberstehen wird?

Philip Rizk *ist ein unabhängiger Filmemacher und Mitglied des unabhängigen Medienkollektivs Mosireen in Kairo. Dieser Artikel erschien erstmalig im ROAR MAGAZIN.* ***Übersetzung anonym für AB***

Dokumentation:

Überwachungspause: Vodafonefunkturm sabotiert

Wir sabotierten in der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag (27./28.11.2013) einen Knoten im Netz der elektronischen Kommunikation. An zwei größeren Kabelsträngen einer Sende- und Empfangsanlage des Vodafone-Konzerns in Adlershof (Berlin) haben wir in 7 Metern Höhe einen Brand gelegt. Dazu haben wir in zwei Verbindungsschächten zwischen dem angegliederten Gebäude und dem Richt- und Mobilfunkmast mehrere zeitverzögert gezündete Brandsätze deponiert. Eine Gefährdung für Menschen haben wir ausgeschlossen. Es kam zu starken Beschädigungen des Funkturmes. Angeblich reagierte der Konzern auf unsere Beschädigung eines für ihn wichtigen Infrastrukturknotenpunktes mit der Umleitung der Datenströme. Doch vor zwei Wochen sorgte die Durchtrennung alleine eines Glasfaserkabels in Adlershof (Berlin) für einen Ausfall des Netzes für mehrere Stunden. Potentiell betroffen waren dadurch 50.000 Kunden.

Vodafone connecting people.
Mit allen verbunden – mit niemandem verbündet.
300 Freunde und keinen Freund.
Dafür ein großer Bruder.
Er passt auf dich auf.
Nur nicht, wenn wir ihm seine Infrastruktur zerstören-
Zeit sich zu verbünden!
Like or dislike?

Abstract in English: Disconnecting the police state: Sabotage@Vodafone

The night before last night we attacked the electronic communication net in Berlin (Germany). Our act of sabotage took place at a Vodafone radio tower and is meant as a symbol against total surveillance by governments, secret services and transnational corporations. Vodafone was chosen because it is eagerly engaged in cooperating with the british secret service GCHQ. GCHQ cooperates with the american secret service NSA. And NSA in turn cooperates with german secret service BND. Secret services collect patterns of normality and compare particular behaviours in order to find out if you could plan something deviant before you know it yourself. The collaborations of secret service industry and the industry's secret services secure the conditions of profit and power for both of them. For us, the careless use of electronic devices and internet applications is problematic: Every move can be digitalized and technology is not neutral. We don't know how an emancipatory development of communication looks like, but we believe it would work in a different way and we have to find out together. In the meantime, we encourage to block infrastructure and bring it to a halt – against the stream of exploitation and surveillance, against a society based on destruction of human and nature.

Sabotage of the surveillance industry and infrastructures of exploitation!

Blind secrect services!

Freedom of Movement and asylum for Edward Snowden and everybody else – No border, no nation!

Freedom for Chelsea Manning!

Anonymous/Vulcanogroup Katla

Unsere Sabotage richtet sich gegen die totale Überwachung durch Regierungen, Geheimdienste und Konzerne sowie gegen das reibungslose Funktionieren der Metropole.

Seitdem durch Edward Snowden öffentlich wurde, in welchem Umfang Geheimdienste die Menschen – alle Menschen – ausspähen, kapieren wir, dass wir eine Zeitenwende miterleben. Es geht um den umfassenden Versuch, jeden Menschen, jede Gesellschaft zu kontrollieren, um sie steuerbar zu machen; zu jedem Tag, jeder Minute, jeder Millisekunde aller menschlichen Äußerungen habhaft zu werden, jeder Meinung, aller Gefühle, Erzählungen, allem Erlebten, Betrauerten und jeder Freude. Selbst den Füllstand unserer Kühlschränke haben sie im Visier. Keine Diktatur konnte je so tief und umfassend eindringen in das Leben aller, wie es durch die „demokratische" Kontrolle der digitalen Kommunikationswege heute möglich ist. Die offen zutage tretende Tendenz zu einer Realität der totalen Überwachung entspringt der menschenverachtenden Phantasie einer totalen Steuerbarkeit von Gesellschaft.

Wir sehen einen epochalen Wandel, in dem Geheimdienste in vorausschauender Paranoia vor kommenden globalen Aufständen, Flüchtlingsströmen und Hungerrevolten die Kontrolle über jede Kommunikation und Bewegung erlangen wollen. Dabei gehen sie bereits zum Angriff über: Der deutsche Auslandsgeheimdienst (BND) liefert Daten, die den USA dabei helfen, Menschen mit Drohnen abzuschlachten, und die US-Horchposten bei Wiesbaden und Bad Aibling funktionieren trotz aller diplomatischen Krise reibungslos weiter. Von dort und anderswo überwachen sie gemeinsam die sozialen Folgen ihrer Politik: Armut, Krieg, Wasser- und Ressourcenkämpfe in nie gekanntem Ausmaß. Mit der Auswertung des gesamten Internetverkehrs und der Telekommunikation wollen sie das, was sie für gefährlich halten, erkennbar machen, bevor es entsteht. Gefährlich für ihre Herrschaft wohlgemerkt, denn gegen z.B. Wassermangel hilft Totalüberwachung wenig.

Die Geheimdienste errechnen Muster der Normalität und gleichen konkretes Verhalten dann ab, um in Erfahrung zu bringen, ob Du etwas Abweichendes vorhaben könntest, bevor du es selber weißt. Es geht ihnen darum, die Gefahren für Herrschaft und Verwertung präventiv zu erkennen, so dass sie politischen Be-

wegungen und Widerstandshandlungen frühzeitig und mit den jeweils geeigneten Mitteln begegnen können. Zwischen Integration und militärischer Zerschlagung gibt es dabei hunderte Spielarten der Herrschaftssicherung. Welche die erfolgversprechendste ist, soll die jeweilige Datenlage ableitbar machen.

Nicht dass uns die totale Überwachung aufgezwungen wäre. Aufgrund subjektiv erfahrener Alltagsnotwendigkeit oder auch Bequemlichkeit, Langeweile bzw. Spaß daran machen alle mit. Alle telefonieren, nutzen das Internet, mailen, posten, chatten, liken, twittern oder schreiben Briefe, bezahlen mit Karte, gehen im Kamerawald spazieren... und das Smart-Phone ist selbstverständlich immer dabei, wird zur allgegenwärtigen Wanze, zum selbstauferlegten Ortungsgerät, zur Überwachungskamera von Unten. Jede Lebensäußerung strömt digital in Richtung der heimlichen Macht. Unsere sozialen Strukturen tauschen wir ein gegen die Mitgliedschaft in Netzen, die nichts weniger als das Attribut „sozial“ verdient haben: in denen man sich „Freunde“ anklicken und wieder wegklicken kann.

Kann einer oder eine sich der Vernetzung, der Einwebung in die perverse Big-Brother-Realität heute verweigern, sich wehren? Kommunikation ist menschlich. Aber wir müssen dabei nicht jeden Scheiß mitmachen, der uns noch kontrollierbarer, berechenbarer und zahmer macht, bei dem Selbstzensur zur Bedingung wird, wenn man nicht will, dass jemand einen verdächtig findet bzw. der automatische Mustervergleich einen Vermerk macht. Um miteinander zu kommunizieren brauchen wir nicht nur keinen Staat – wir brauchen auch keine Telekommunikations- und Internetkonzerne. Diese organisieren unsere Kommunikation ja nur, um die dabei anfallenden Informationen, Muster und Profile auszuwerten und weiterzuverkaufen. Sie wollen für ihre Werbekunden attraktiver werden, die uns dann noch mehr von dem Mist anzudrehen versuchen, den wir sowieso schon nicht brauchen. Die umfassende Kontrolle funktioniert nur so reibungslos, weil Konzerne wie Vodafone mitmachen.

Wir haben uns Vodafone ausgesucht, weil dieser Konzern besonders bereitwillig mit dem britischen Geheimdienst GCHQ zusammenarbeitet. Und der wiederum mit der NSA. Und die wiederum mit dem BND. Doch die Kooperation der Konzerne mit den Regierungen und Geheimdiensten ist unvermeidlich, weil ein gemeinsames Interesse besteht: Geheimdienst-Konzerne und Konzern-Geheimdienste sichern sich gegenseitig ihre Profitmaximierungs- und Herrschaftsbedingungen. Alle machen sie mit. Denn was passiert, wenn sich Unternehmen der Zusammenarbeit nach den Vorgaben der Geheimdienste widersetzen, zeigte sich bereits nach Snowdens ersten Enthüllungen: Zwei kleinere Internetdienstleistungsfirmen sahen sich gezwungen dicht zu machen, weil sie nicht alle ihre Daten der NSA zugänglich machen wollten.
Mit der Zerstörung eines Infrastrukturknotenpunkts wäre es allerdings nicht getan: Eine Technologie, die die Allwissenheit unter den Bedingungen von Geheimhaltung und Unkontrollierbarkeit der Allwissenden herstellen soll, stellt ein grundsätzliches Problem dar. Deswegen muss sie auch fundamental kritisiert werden. Unter den herrschenden Bedingungen können elektronische Medien nur noch ein äußerst geringes emanzipatorisches Potential bieten. Die Medien- und Kommunikationskontrolle verhindert eine Nutzung der elektronischen Medien für wirkungsvollen Widerstand gegen die Zustände. Dass wir diesen Text auch elektronisch verschicken, ist nur vordergründig ein Widerspruch, denn wir sind genötigt, dafür Lücken im Überwachungssystem zu finden.

Der Widerspruch zwischen räumlich und zeitlich entgrenzter Kommunikation einerseits und der Einschränkung wirklich freier Kommunikation durch das Überwachungssystem andererseits ist innerhalb des Systems nicht lösbar. Die massenhafte Nutzung des Internets, die Milliarden Smart-Phones und die restlose Computerisierung sind derzeit nur unter ausbeuterischen und räuberischen Verhältnissen machbar. Ob es unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen die Perspektive einer von Herrschaft und Profitmaximierung befreiten Bereitstellung und Nutzung elektronischer Kommunikationsnetze geben kann, wissen wir nicht. Das kann derzeit allenfalls Gegenstand von Utopiedebatten sein.

Aber wir wissen um aktuelle Auseinandersetzungen: Könnten die Vergesellschaftung der Telekom- und Internetkonzerne, die radikale Dezentralisierung von Netzinfrastrukturen und die Verwendung von Open-Source-Technologien zu nicht hierarchischen und schwerer überwachbaren Kommunikationsverhältnisse führen - auch schon innerhalb des Bestehenden? Könnte daraus ein globales Netz der Netze werden, in dem die Knotenpunkte nicht von kapitalistischen Konzernen oder Institutionen des bürgerlichen Staates betrieben und überwacht werden, sondern von all denen, die einfach nur kommunizieren wollen – zu herrschaftsfreien Bedingungen und Zwecken? Reste solcher Strukturen aus den weniger populären und kommerzialisierten Zeiten des Internet sind noch vorhanden. Wir sind uns da nicht sicher.

Grundsätzliche Technikkritik und Kritik an den Verhältnissen hängen untrennbar zusammen. Die Technik prägt die Realität und ist selbst von ihr geprägt. Die menschengemachten unmenschlichen gesellschaftlichen Zwecke schreiben sich in den technologischen Fortschritt ein. Es gibt keine Technik, die sich unabhängig vom Einfluss der sie umgebenden Gesellschaft entwickelt und die ohne soziale Auswirkungen bleibt. Kurz: Es gibt keine neutrale Technik. Wie kommunikationstechnologischer Fortschritt unter emanzipatorischen Bedingungen aussehen würde, wissen wir nicht. Aber dass befreite Kommunikation irgendwie ganz anders wäre, davon sind wir überzeugt.

So suchen wir neue Wege zu reden, zu sehen, sich zu begegnen – ohne NSA, BND, Verfassungsschutz, GCHQ, Vodafone, Telekom, Microsoft, Apple, Goo-

gle... Und wir sind uns sicher, dass wir nicht alleine sind. Unsere Kraft reicht zwar nicht, Inlandsgeheimdienste abzuschaffen, die einer rassistischen Mordserie zuschauten und Nazis finanzieren, Auslandsgeheimdienste und Militär zu zerschlagen, „Frontex" im Meer vor Lampedusa zu versenken, die Kommunikationskonzerne abzuwickeln, ... Aber wir können an empfindlichen Schwachstellen ansetzen, durch die Sabotage der Netze! Über diese wird schließlich der Komplettzugriff auf unsere Leben organisiert.

Einige Menschen sind in der Lage, Infrastruktur und technische Einrichtungen befristet lahm zu legen. Andere sind in der Lage zu hacken, um die Überwacher_innen in ihren technischen Anlagen von Innen anzugreifen. Wieder andere Menschen desertieren aus ihren vorgeschriebenen Funktionen und können als Whistleblower_innen die heimlichtuenden Allwissenden in die Enge treiben. Wieder andere können Whistleblower_innen und Desertierte vielfältig unterstützen. Und wieder andere Menschen unterlaufen aktuelle Überwachungs- und Selbstausbeutungstechnologien, verweigern sich oder behindern sie im Alltag. Es gibt viele Möglichkeiten, der heraufdämmernden globalen Diktatur Sand ins Getriebe zu streuen. Dabei wird das Knirschen um so heftiger sein, je geschickter wir unsere unterschiedlichsten Interventionen bündeln, je solidarischer wir uns aufeinander beziehen.

Wir ermuntern dazu, mittels Sabotage Infrastruktureinrichtungen zu blockieren und letztlich lahmzulegen - gegen den alltäglichen Fluss von Verwertung und Überwachung. Unsere Aktion konnte nur ein Loch in das Netz brennen, doch viele Aktionen sorgen für das Zerreißen der Netze. Letztlich geht es gegen das Weiterso einer auf Zerstörung und ausbeuterische Lebensweise ausgerichteten Gesellschaft. Gezielt, andauernd, an vielen Orten, mit unterschiedlichsten Mitteln und Formen. Wir sind in Übereinstimmung mit vorangegangenen Aktionen und mit deren Zielsetzungen vorgegangen: Die Gruppen „Das Grollen des Eyjafjallajökull", „Hekla-Empfangskomitee" und „Grims Vötn" hatten die Infrastruktur der Metropole Berlin zum Ziel - mit dem Schwerpunkt auf Mobilität. Der Gruppe „Eyjafjallajökull" gelang es darüber hinaus auch, einen zeitweiligen Ausfall der Netzverbindungen bei Vodafone herbeizuführen.

Wir halten sowohl Mobilitäts- als auch Kommunikationsinfrastruktur für zentrale Bedingungen für das Funktionieren von Ausbeutung und Herrschaft in der und durch die Metropole.

Für eine Sabotage von Überwachungs-, Ausbeutungs- und Verwertungsinfrastrukturen!

Geheimdienste blind machen!

Freie Reisemöglichkeit und Asyl für Edward Snowden und alle Menschen weltweit – Grenzen auf für alle!

Freiheit für Chelsea Manning!

Viele Vulkane!

Anonymous/Vulkangruppe Katla

Dokumentation: B: Erfolgreiche Vodafone-Sabotage und Nachrichtensperre

[...] Zu den Fakten: Am Freitag den 29. November 2013 erscheint in der Berliner Zeitung ein Artikel an exponierter Stelle mit dem Titel: „Anschlag auf Mobilfunk-Knotenpunkt": Der Brandmelder an dem Antennenmast hatte Donnerstag gegen 4.00 Uhr Alarm ausgelöst. In sechs Meter Höhe standen mehrere Kabelbäume in Flammen. Für die Löscharbeiten musste an dem Mast der Strom abgestellt werden. Der politische Staatsschutz: „Das war keine kleine Brandstiftung, da hat jemand einen einen richtig großen Anschlag versucht." Der Antennenmast und das danebenliegende Gebäude ist eine Mobilfunk-Vermittlungsstelle. Sie bündelt die umliegenden Funkzellen und leitet diese weiter (unter anderem an die Geheimdienste). Vodafone-Sprecher Volker Petendorf dazu: „Zum Glück ereignete sich die Tat zu einer Zeit, in der nicht viel telefoniert wurde. Die gesamte Kommunikation wurde über einen anderen Knotenpunkt umgeleitet." Zwar habe der Anschlag zu dem Zeitpunkt keine Auswirkungen auf die Kunden gehabt, aber der Schaden war kein symbolischer Schaden. [...]

Vergleiche zu früheren Aktionen wurden angestellt, so auch zu den Brandanschlägen im Oktober 2011, welche zu Millionenschäden bei dem Konzern Deutsche Bahn geführt haben. Damals wurden zur Ergreifung der Vulkangruppe Hekla von dem Konzern 100.000 Euro Kopfgeld ausgesetzt, der Bundestag diskutierte den Anschlag in einer Sitzung, einige Politiker wedelten mit der Terrorismuskeule und das BKA übernahm schlussendlich die Ermittlung wegen „Verfassungsfeindlicher Sabotage" bis zum heutigen Tag. Vor diesem Hintergrund setzte die Polizei sofort ein Großaufgebot ein. Gegen Mittag wurden aus Mecklenburg–Vorpommern Maintrailer-Hunde eingeflogen und auf vermeintliche Spuren vor Ort gesetzt. Alle Spuren verloren sich.

Nachrichtensperre? Unterlaufen!

Am Freitag – etwa 36 Stunden nach dem Brand – haben wir ein Bekenner_innenschreiben veröffentlicht. Die Erklärung ging an verschiedene Zeitungen und Medien. Bei denen, die auf ihren eigenen Webseiten ein Kontaktformular anbieten, haben wir diese benutzt. Bei beiden Indymedia-Portalen [...und] Indymedia-UK klappte dies. [...] Doch der Rest der Presse und Medien hüllte sich hinsichtlich der Erklärung in Schweigen. Und das trotz der anfänglichen großen Aufmachung in der Berliner Zeitung, die den Zusammenhang zu früheren Vulkanaktionen selbst auf ge macht hatte und durch die Erklärung nun ja bestätigt wurde. [...]

Wir haben Anlass zu einer starken Behauptung: Aus ermittlungstaktischem und politischem Kalkül wurde eine Nachrichtensperre durchgesetzt. Weitere Plausibilität hierfür ergibt sich für uns daraus, dass wir in der unterdrückten Erklärung unsere Aktion ja nicht nur politisch erklären, sondern uns bemühen, Perspektive zu geben, und für eine Vermassung solcher Aktionen und breite gesellschaftliche Unterstützung für die Kritik an den Datennetzen als zentraler Infrastrukur von Geheimdiensten und Datenkonzernen werben. [...] ***Anonymous/Vulkangruppe Katla***

Die ganze Erklärung inkl. Aufforderung zu Sachdienlichen Hinweisen: ***linksunten.indymedia.org/en/node/101796***

Dokumentation:

Auswertung: Die Öffentlichkeit zum „verlängerten 1. Mai 2013“

„Also ich fand´s jut... Brauchte nur 3 Stunden malochen und habe endlich mein Buch zu ende lesen können (zwecks Warten). Weiter so....“

(Kommentar bei linksunten.indymedia.org)

Vorbemerkung: Dieser Text nimmt eine etwas ausführlichere Auswertung der öffentlichen Wirkung unserer Brandlegung in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai 2013 vor. Damals haben wir die Infrastruktur des Regional- und Fernverkehrs der deutschen Bahn zwischen Potsdam und Berlin angegriffen, indem wir eine Kabelbrücke und einen Verteilerkasten abfackelten: Telekommunikationskabel der Bahn, (Stark-)Strom und Signalkabel. Außerdem erörtern wir technische Fragen und werfen dazu einige Seitenblicke auf Erklärungen und Zeitungsberichte von Aktionen anderer. Wir schreiben dies, weil wir die Weitergabe von Erfahrungen und die Bewertung von Reaktionen auf militante Aktionen wichtig finden.

Aufhänger für diesen Text war für uns eine Meldung zu einer anderen Aktion vor wenigen Wochen: Am 17. Oktober 2013 veröffentlichte die Berliner Zeitung unter der Rubrik „Polizeireport“ folgendes:

„Kabelbrand. Unbekannte legten am Mittwoch an einer Bahntrasse in Rummelsburg Feuer. Techniker der Bahn entdeckten gegen 10.40 Uhr an der S-Bahnstrecke Erkner-Ostkreuz ein verbranntes Kabel sowie einen aufgedeckten Kabelkanal. Die Polizei fand Reste von Brandlegungsmitteln, die als mögliches Tatmittel sichergestellt wurden. Derzeit wird von einem politischen Tatmotiv ausgegangen; der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.“



Der Tagesspiegel ergänzte:

„Brandanschlag auf S-Bahn blieb ohne Auswirkung auf den Verkehr“. (...) Die Tat (...) dürfte sich gegen 4.30 Uhr ereignet haben. (…) Aufgrund der redundanten Bahnsysteme kam es zu keinen Auswirkungen auf den Schienenverkehr.“

Technisches

Die Behauptung, das Bahnsystem sei redundant, dürfte der Deutschen Bahn-Propagandaabteilung und/oder polizeilicher Phantasie entsprungen sein. Die Folgen unseres Brandanschlages im Mai 2013 sowie die Folgen eines Anschlags am Ostkreuz im Mai 2011 sprechen eine andere Sprache. Die 2011 aktive Gruppe Das Grollen des Eyjafjallajökull hatte die Folgen ausführlich öffentlich ausgewertet (Kurz.Schluss und Kabelbrand. Kurz.Schluss: Ein Nachtrag). Das Bahnsystem in Berlin ist in der Zwischenzeit mit Sicherheit nicht in dem Sinne redundant ausgebaut worden, dass die Sabotage an nur einer Stelle grundsätzlich keine Ausfälle mehr erzeugt. Interessant bleibt, dass der oben per Polizeireport vom 17.10.2013 benannte Anschlag keine nennenswerten Störungen nach sich gezogen zu haben scheint, abgesehen von einer „Störmeldung“ bei der Bahn. Eine solche Störmeldung – so der Tagesspiegel – habe die Bahntechniker in Bewegung gesetzt, die daraufhin den Sabotageort fanden.

Dies erinnert an die Mitteilung einer Gruppe in einem Hamburger Szenejournal namens „ZECK“. Die Gruppe hatte erklärt, anlässlich des Castor-Transports 2011 innerhalb Hamburgs Bahnstrecken sabotiert zu haben. Sie hatte die Wirkungslosigkeit ihrer Aktion beklagt. Anders als bei dem Anschlag der Gruppe „Hekla“ im Großraum Berlin im Oktober 2011, hatte die Hamburger Gruppe jedoch nicht eine fehlgeschlagene Zündung ihrer Brandsätze zu beklagen, sondern die ausgebliebene Wirkung der gezündeten Brandsätze auf die Kabelschächte. (Zeck 166: Januar/Februar 2012)

Anderswo scheinen ähnliche Eingriffe recht erfolgreich gewesen zu sein: Mehrfach wurden in Thüringen Signalanlagen sabotiert, um die Reisepläne von Nazis zu ihren Aufmärschen zu durchkreuzen, so auch in Dortmund. In Stuttgart brannten während der Auseinandersetzungen um Abriss und Neubau des Bahnhofs am Eingang eines Tunnels mehrere Kabel und sorgten für erheblichen Stillstand. Es gab keine Bekennung. Der Anschlag wurde jedoch seitens Öffentlichkeit und Polizei politisch verstanden. In Köln wiederum durchtrennten am 14. Juni 2013 Unbekannte ein (!) Telekommunikationskabel der Bahn. Von Feuer war hier nicht die Rede. Durch das durchtrennte Glasfaserkabel „war der Kontakt zum elektrischen Stellwerk Overath gestört...“, so der Kölner Stadtanzeiger vom 15./16.6.2013. Das Stellwerk war ausgefallen (!) und der Verkehr zwischen Köln Hauptbahnhof und dem Flughafen Köln/Bonn beeinträchtigt. Es kam zu erheblichen Verspätungen (100 Minuten) und auch Totalausfällen bis in den Abend hinein (soviel zum Thema Redundanz im Bahnnetz).

Ein Kabel ist also nicht gleich ein Kabel. Ist das Kabel in Köln durchtrennt, ist ein Stellwerk abgeschaltet. Wird ein Kabel in Berlin-Rummelsburg angesteckt, bleibt es ohne erkennbare Wirkung auf den Verkehr (immer vorausgesetzt, der Polizeibericht unterschlägt nicht irgendwelche Auswirkungen). Weil die Mitteilung aus Hamburg aus dem Umfeld der Saboteure selbst kam, halten wir es für tatsächlich möglich, dass auch ein ordentlicher Brand an Kabelschächten ohne nennenswerte Wirkung bleiben kann. Uns fallen mehrere Gründe dafür ein:

- Zum Beispiel, dass es sich um einen unbedeutenden Kabelkanal handelt, der Abstell- und Rangiergleise versorgt oder ein Nebengleis, welches nicht/kaum in Betrieb ist.
- Oder es hat einen Schacht getroffen, in dem ein Telekommunikationskabel verlegt ist, das ein nicht mehr in Betrieb befindliches Gebäude versorgt.
- Es kann auch passieren, dass das Feuer nur die Ummantelung eines Stromkabels frisst, der Kabelkern aber noch steht und der Strom noch fließt. Die Funktionsfähigkeit verbrannter aber nicht durchtrennter Kabel droht erhalten zu bleiben, wenn ein Kurzschluss ausbleibt. Ein Kurzschluss wird um so wahrscheinlicher, je wilder die Kabel verlegt sind – oder wenn wir ihn absichtlich herbeiführen. Daher empfehlen wir, leitfähiges Material so über die Kabel zu legen, dass sich, sobald die Ummantelung weggebrannt ist, leitfähige Verbindungen ergeben und es so zum Kurzschluss kommt. Wir haben bei der Aktion in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai an der Kabelbrücke am Fischerhüttenweg in Berlin-Grunewald eine Metallkette verwendet. Damit haben wir die verschiedenen stromführenden Kabel miteinander verbunden, sodass ein Kurzschluss als Brandfolge möglich wurde.
- Oder der Brand hat einen Achszähler bzw. dessen Versorgung getroffen: Achszähler haben zwar eine wichtige Kontrollfunktion für die Bahn, können aber auch in defektem Zustand im Schritttempo und mit Erlaubnis durch die Fahrdienstleitung passiert werden. Dadurch erweist sich der Streckenabschnitt als passierbar und es kann dort wieder freie Fahrt gelten. Ein Bahntechniktrupp repariert dann ohne Beeinträchtigung des Betriebs den Achszähler. Letzteres Vorgehen gilt allgemein: Mit einer Fahrt im Schritttempo durch einen betroffenen Streckenabschnitt kann die Bahn die Betriebssicherheit testen. Eine solche Fahrt kann ohne nennenswerte Auswirkungen für den Gesamtverkehr durchgeführt werden. Ist der Test erfolgreich, kann die Betriebssicherheit für wiederhergestellt erklärt werden, ohne dass den Reisenden etwas aufgefallen sein muss.

Zurück zu unserer Aktion vom 1./2. Mai 2013: Der Brand zerstörte einen Verteilerkasten und führte damit zu Ausfällen beim elektronischen Stellwerk Wannsee. Mit diesem Ausfall des Stellwerkes waren die Signale ausgefallen und schalteten automatisch auf Rot. Denn dutzende Glasfaserkabel verschmorten – Kommunikationskabel der Bahn waren durchtrennt. In den Zeitungen unerwähnt blieb die Unterbrechung der Stromversorgung. Der Regional- und Fernverkehr zwischen Potsdam und Berlin war fast den ganzen Tag lahmgelegt. Auf dem Abschnitt zwischen Westkreuz und Wannsee konnten bis zum Abend weder Züge noch S-Bahnen verkehren.

Die öffentliche Wirkung

Wir haben die Aktion unter der Zielsetzung „Den Ersten Mai verlängern!“ durchgeführt. Dabei kreuzten sogenannte Kabeldiebe unsere Arbeiten an den Gleisen. Hubschrauber – möglicherweise mit Nachtsichtgeräten auf der Jagd nach kabelstehlenden, sprühenden und sabotierenden Menschen – erschwerten die Arbeiten ebenso, wie Sicherheitsdienste und Bahnpolizei, welche die Kabelbrücke kontrollierten. Während des 1. Mai unterlag die Bahn der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei. Doch verhindern konnte sie unsere Aktion nicht.

Die Polizei informierte am darauf folgenden 2. Mai erst am späten Vormittag darüber, dass es sich um einen Anschlag handelte – dabei war dies seit Eintreffen der Polizei am Ort des Brandes sehr früh am Morgen klar. Am Bahnhof Potsdam speiste man die Menschen bis zum Vormittag mit „Vandalismus“ und einem „Feuerwehreinsatz“ ab. Scheibchenweise wurde im Radio aus dem Brand ein Anschlag. Uns drängt sich der Eindruck auf, dass dieses Informationsmanagement mit der Absicht erfolgte, die Öffentlichkeit über den eigentlichen Charakter der Ereignisse im Unklaren zu lassen. Nicht aus ermittlungstaktischen, sondern aus politischen Gründen versuchte die Polizei, möglichst lange, um das eigentliche Geschehen herumzureden.
Auf der Pressekonferenz zur Bilanz des Ersten Mais zeigte sich, warum: Sie wollten den 1. Mai als „ihren“ Erfolg verkaufen. Der Kabelbrand und der Erste Mai sollten nicht zusammengebracht werden. So hofften die Einsatzleitung und die politisch Verantwortlichen offenbar, ihre geschönte Bilanz zum 1. Mai unwidersprochen vermitteln zu können. Doch die fast zeitgleich mit der Pressekonferenz erfolgte Veröffentlichung der Anschlagserklärung – die nun auch der Presse vorlag – vereitelte diese Öffentlichkeitsstrategie. Die Deutungshoheit über den 1. Mai lag nun nicht mehr in den Händen der Obrigkeit.

Dennoch versuchte Polizeipräsident Klaus Kandt auf der Pressekonferenz, die politische Linie durchzuhalten, die er einmal eingeschlagen hatte: Er könne keinen „inneren Zusammenhang“ zum ersten Mai erkennen. Allerdings hatte ihn der Brandanschlag sichtlich auf dem falschen Fuß erwischt. Das fiel auch der Presse auf, die im Radio süffisant kommentierte, dass man „das als Polizeipräsident jetzt wohl sagen müsste“. In den „Potsdamer Neusten Nachrichten“ spielte Kandt den Anschlag in seiner Bedeutung für den 1. Mai herunter: „Es hätte auch ein anderer Feiertag sein können.“ In der Berliner Morgenpost lässt sich Kandt zitieren: Die Polizei stelle „keinen politischen Bezug zu den Demonstrationen am Vortag“ her.

Der taz fällt auf: „Verwirrung stiftete (...) der Anschlag in Zehlendorf. (...) Die Polizei geht zwar von einer politisch motivierten Tat aus, sieht sie jedoch nicht im Zusammenhang mit dem 1.Mai.“ Die taz bemerkt den Widerspruch, kann oder will ihn aber nicht entschlüsseln, nämlich als Straucheln der Polizeiführung angesichts eines aufgeflogenen medialen Manipulationsversuchs. „Oldschool“ und in seinem reaktionären Geist politisch instinktsicher dagegen der Berliner Kurier: „Rache für den 1. Mai - Chaoten legen S-Bahn lahm!“ Und die „Junge Welt“ bringt lediglich einen Schadensbericht, politische Hintergründe oder gar Einordnung und Bewertung fallen bei ihr unter den Tisch. Die Überschrift der Berliner Zeitung reduziert den Anschlag auf einen Angriff auf die Berliner S-Bahn, obwohl sie in ihrem

Artikel inhaltlich differenzierter auf weitere Hintergründe eingeht. Diese Überschriftenpolitik steht exemplarisch für eine Sprachregelung, die unsere und die vorangegangenen Aktionen anderer Vulkangruppen auf Aktionen gegen die S-Bahn reduzieren und angestrebte bzw. tatsächlich erzielte Einschränkungen anderer Infrastrukturen übersehen oder unterschlagen. Unter der Überschrift „Brandanschlag bremste Pendler aus" beschrieb die Zeitung „Potsdamer Neuste Nachrichten" Menschen am Hauptbahnhof Potsdam, die nervös auf ihren Smartphones herumwischten, um herauszufinden, wie sie doch noch pünktlich zu ihrer Arbeit kommen könnten. Wir lesen, dass über 50.000 Pendler täglich zwischen Berlin und Potsdam mit der Bahn verkehren. Verlängerter 1. Mai. Sabotage als Streik. Arbeits- und Funktionsabläufe stören, ohne wen zu verletzen.

Bewertung

Unsere Aktion hat, wie auch die Aktionen anderer, gezeigt, dass trotz der massiven Überwachung der Stadt immernoch Handlungsmöglichkeiten bestehen. Polizei und Politik versuchen schon länger, dem 1. Mai in seiner überregionalen Ausstrahlung und Widerspruchskraft mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Myfest und Prügelbullen, die widerständige Spitze zu nehmen. Das Polizeikonzept bestand in diesem Jahr offensichtlich darin, allen Protest in die 1. Mai-Demonstration zu kanalisieren und diese sich auf ihrem Zug ins vermeintliche Herz der Bestie totlaufen zu lassen. War die Scherbendemonstration in Neukölln medial noch leicht zu unterschlagen, die öffentliche Aufmerksamkeit für den Zusammenbruch des morgendlichen Pendelverkehrs zwischen Potsdam und Berlin war nicht zu verhindern. Wir sind dem Polizeipräsidenten bei seinem Gerede vom „friedvollsten 1. Mai" erfolgreich ins Wort fallen. Es gelang ihm angesichts der durch unsere Erklärung veränderten Situation nicht, im Fokus der Presseaufmerksamkeit taktisch flexibel zu reagieren und seine Statements anzupassen. Stattdessen verhedderte er sich und versuchte stumpf, mit seinen vorformulierten Erfolgsparolen durchzukommen. Das spiegelte sich auch in der Medienberichterstattung wider, etwa im Radio: War dort am Morgen nach dem Ersten Mai zunächst viel Lob zu hören für eine gelungene Polizeistrategie und den vermeintlich friedlichen Feiertag, veränderte sich im Lauf des Tages die Schwerpunktsetzung der Kommentare. Der Brandanschlag wurde als solcher berichtet und der Zusammenhang mit dem Ersten Mai wurde hergestellt.

Die Aktionen der anderen Vulkangruppen hatten noch zu reflexartiger Empörung, Verunsicherung oder zum Einsatz der Terrorismuskeule geführt. Das war diesmal anders. Auch die Unterstellung der Gefährdung von Menschenleben blieb aus. Die Gruppe Hekla hatte sich damit ja ausführlicher auseinandergesetzt. Wir hoffen, dass sich solche Aktionen gegen Infrastruktur (um den 1. Mai herum, aber auch darüber hinaus) als eine militante Option von Gesellschaftskritik etabliert haben. Auch Reaktionen in Zügen und an Bahnhöfen waren angenehm entspannt. Diese Entspanntheit ist zwar nicht zu verwechseln mit widerspruchsloser Zustimmung. Doch interpretieren wir den entspannten Umgang als Form von Akzeptanz gegenüber direkter Aktion: Das ist nun mal Berlin – und es ist nun mal der 1. Mai – da gibt es immer wieder Remmidemmi. Der Anschlag wird nicht als bedrohlich empfunden, allenfalls als überraschend und vielleicht als im Moment gerade unbequem.

Fazit

Wir haben mit unserer Sabotage in eine laufende soziale Auseinandersetzung nicht nur eingegriffen, sondern die Koordinaten der Debatte zugunsten einer „Verlängerung des 1. Mai" verschoben. Das bedeutet eine Ausweitung der Widerstandsoptionen – inhaltlich wie praktisch. Wir sind zufrieden mit diesen Auswirkungen und froh – auch trotz schwieriger Arbeitsbedingungen vor Ort – die Aktion durchgeführt zu haben. Die Aktionen gegen mehrere Jobcenter einen weiteren Tag später unterstreichen die Botschaft zusätzlich, und die Presse beschrieb auch diese Aktionen als weitere Verlängerung des 1. Mai. Der Gedanke der Nachspielzeit war ja nicht mehr neu. Verschiedene praktische Ansätze addierten sich in ihrer Wirkung und sorgten so für einen starken Ausdruck von Widerstand.

Noch ein Vorschlag zum Schluss: Es gibt bekanntlich viele Möglichkeiten der Sabotage von Infrastruktur. Manchmal ist die Veröffentlichung einer Erklärung schwierig. Manchmal braucht es auch nicht viele Worte. Deswegen schlagen wir vor, bei solchen Aktionen und wenn eine Veröffentlichung zu gefährlich oder aufwendig scheint, einfach ein „V" (wie „Vulkan") mit einem Kreis drumherum in der Nähe zu hinterlassen. Das ist selbstverständlich mit anderen Arten der Erklärung kombinierbar.

„Vulkan Grimsvötn. Würde Freiheit Gerechtigkeit"
15.11.2013

Dokumentation:
Schienen nach Magdeburg sabotiert!

Wir haben am 18. Januar mehrere Bahnstrecken nach Magdeburg sabotiert!

Das ist unser Beitrag zu den Aktivitäten gegen einen der derzeit größten Naziaufmärsche in Deutschland. Wir greifen damit auch direkt die Deutsche Bahn an, die damals wie heute an Krieg und Krisen verdient. Die in Nazideutschland ihren Teil dazu beitrug, einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten. Die den Faschos heute in Magdeburg Sonderzüge zur Verfügung stellt, um einen reibungslosen Aufmarsch zu gewährleisten.

Nazis und Rassismus bekämpfen!
Kriege unmöglich machen!

Kommando Kabelbrand.

Belgien: kleine Stücke der Unordnung

Feuer und Flamme dem Haus des Gefängnisdirektors von Bruges – In der Mittwochnacht 11. Dezember 2013 traf ein Brandangriff das Haus von Jurgen van Poecke, Direktor des Gefängnisses von Bruges. Seine zwei vor seiner Villa (Keplerstr. in Asbeek) parkierte Autos, ein Audi und ein Citroen, wurden vom Feuer zerstört. Es brach um 4 h morgens aus und breitete sich in der Garage aus, die ebenfalls zerstört wurde. Niemand wurde verletzt, aber die Villa wurde als unbewohnbar erklärt, da ohne Strom, Wasser und Heizung. Der Knast von Bruges ist nicht nur als der sicherste und grösste Belgiens bekannt; er enthält auch die verhassten Sicherheitsmodule, die zur Brechung der rebellischen Geister entworfen wurden.

Verantwortung – Vor einem Jahr baute Marinx ihre Gebäude in Sirault. Damit brachte das Unternehmen den Lastwagen- und Maschinenlärm. In diesem feindlichen Kontext der BewohnerInnen von Sirault gegen die Schädlichkeiten des Unternehmens ging das Haus von Geoffrey Marinx, CEO der Firma, in Flammen auf. Es wohnte noch niemand in der Villa; der CEO wollte nächsten Monat einziehen... Hat er die Botschaft kapiert?

Angriff auf die Kollaborateure – Der Bau neuer Gefängnisse (13 neue Gefängnisse sind in Belgien geplant oder im Bau; in anderen Worten, noch mehr Raum um Leute einzuschließen und die soziale Frage durch die Verschärfung der Repression und der Sicherheit abzuwürgen) hängt auch von den Bauunternehmen ab, die sie bauen. Gegen diese neuen Gefängnisse kämpfen, heisst also auch Sand in die Maschinerie dieser Kollaborateur-Firmen zu streuen. In der Nacht 10. November 2013 schlugen Unbekannte die Fenster des Study and Research Center for Architecture and Urbanism (CERAU) in der Avenue des Courses 20 in Brüssel ein. Diese ArchitektInnen kollaborierten am Bau des Anfang November eröffneten neuen Gefängnisses in Marche-en-Famenne. Du kannst Listen der kollaborierenden Firmen online finden, z.B. *www.lacavale.be*

Lasst uns die tägliche Routine sabotieren – In der Nacht kappten Unbekannte die Elektrizitätszufuhr der Eisenbahnlinie zwischen Brüssel und Antwerpen. Dutzende Züge fielen aus und es gab Verspätungen von mehr als 45 Minuten. Wenn Bosse, LehrerInnen und Angestellte von unserem pünktlichen Erscheinen zur Ausbeutung abhängen, wenn, allgemeiner gesagt, die Wirtschaft vom flüssigen Verkehr abhängt, so sehen wir in dieser Sabotage eine einfache Art und Weise um sie alle in den Ruin zu treiben.

Ein Lächeln – Nachrichten über Ausbrüche zaubern uns immer ein Lächeln aufs Gesicht. Zwei Gefangene flohen vom Deportationslager für klandestine Menschen 127bis in Steenokkerzeel. Einen Monat vorher versuchten sechs Menschen aus dem widerwärtigen Gefängnisdorf des Horrors in Merkplas zu fliehen. Sie brachen Scheiben ein, setzten die Alarmanlagen ausser Betrieb und kletterten nachts über die Mauern. Drei von ihnen wurden verletzt, blieben zurück und wurden gefasst, aber die anderen drei konnten entkommen. Kraft den Geflüchteten!

Steenokkerzeel – Am 8. Dezember begab sich eine Bande lustiger junger Störenfriede zum Haftzentrum 127bis in Steenokkerzeel. Nach einigen Worten mit den Gefangenen im Spazierhof zwangen die Wärter die Gefangenen in ihre Zellen zurück. Obwohl an diesem Tag das Deportationszentrum nicht brannte und niemand zu fliehen versuchte, so wurde doch die Wut auf diese Gefängnisse mit Petarden, Rauchbomben und Feuerwerk ausgedrückt. Dieser Spaziergang wollte den klandestinen Menschen Solidarität zeigen und die Wut über diese Zentren und den Tod eines Insassen letzte Woche in dem Zentrum von Bruges heraus schreien.

Langes Leben den Geflüchteten – Im Gefängnis von Lantin kletterte ein Gefangener über die Mauer und flüchtete. Andere Gefangene halfen ihm, indem sie die Wärter durch kleine Explosionen ablenkten und sogar eine menschliche Pyramide bauten, um dem Gefangenen zu helfen an der Mauer hochzuklettern. Draussen warteten Komplizen genau vor dem Serviceeingang des Knastes mit einem Auto. Als ein Wärter herauskam und fragte, was sie da tun, hielten ihn die Komplizen mit ihren Waffen in Schach. Sobald der Gefangene das Auto erreicht hatte, wurde der Wärter frei gelassen. Trotz Polizeiermittlungen, Strassensperren und Helikopter konnten die Angreifer nicht gefasst werden. Eine schöne Flucht, die auch Dank der Solidarität unter Gefangenen und der Entschlossenheit der Komplizen von aussen gelungen ist.

Gefängnis Ardenne – Am Freitag 15. November 2013 griff ein Gefangener zwei Wärter an. Beide wurden verletzt und die Wärtergewerkschaft drohte mit Streik. Faust ins Gesicht den Gefängniswärtern!

Ein Telefonanruf – Donnerstag 19. November. Bombendrohung dem Gericht von Brüssel. Das gesamte Gebäude wurde evakuiert und alle Gerichtstermine abgesagt. Die Polizei fand nichts Verdächtiges, aber der Justizbetrieb war einige Stunden gelähmt. Ein Telefonanruf... Sand der Einkerkerungsmaschinerie.

aus der anarchistischen Zeitschrift hors service

journalhorsservice.blogspot.com

Unablässig

Über die kürzlichen Repressionsschläge gegen Anarchisten und Antiautoritäre auf dem belgischen Territorium.

Kurze Erinnerung der Ereignisse

Während den letzten Jahren sind Anarchisten und Antiautoritäre, auf dem belgischen Territorium, von verschiedenen Repressionsschlägen getroffen worden. Die Durchsuchungen, die es im September 2013 in fünf Wohnungen in Brüssel, Gent und Löwen gegeben hat, sind die jüngste Episode. Ende Mai wurden bereits drei andere Häuser und die anarchistische Bibliothek Acrata in Brüssel durchsucht. Diese Initiativen der Untersuchungsrichterin Isabelle Panou ordnen sich in den Rahmen einer Untersuchung für „terroristische Organisation, Assoziation der Übeltäter [In etwa „kriminelle Vereinigung"], und Brandstiftung", die 2008 geöffnet wurde. Die repressiven Kräfte haben sich jedoch nicht nur auf Durchsuchungen beschränkt. Sie haben mehre Male versucht, Spitzel zu rekrutieren, um die Aktivitäten der Anarchisten und Antiautoritären auszuspionieren. Sie haben „außergewöhnliche Untersuchungsmethoden" angewandt, wie eine versteckte Videokamera in der Wohnung zweier Brüsseler Anarchisten. Sie haben Observationen durchgeführt und Berichte über „die anarchistische Gefahr" angefertigt, administrative Belästigung organisiert um die Leben der Kompagnons zu erschweren, Daten von Individuen an andere Polizeien dieser Welt weitergegeben, Vorladungen zu Verhören ausgesandt, Verleumdungen in der Presse publiziert etc. Andere Kompagnons hatten kurze Aufenthalte von mehreren Wochen hinter Gittern. Kurz, wenn man all diese Sachen in einen breiteren Rahmen setzt, wird es einfach zu verstehen, dass die Repression versucht, über verschiedene Umwege, die Gedanken und Aktionen zu bremsen oder zu paralysieren, die auf die Zerstörung der Welt der Autorität abzielen. Nichtsdestotrotz sprechen wir nicht von einem harten Repressionsklima, wie wir es in anderen Ländern vorfinden. Lasst uns in diesem Punkt klar sein: das ist bei weitem nicht der Fall. An der ganzen Sache, dass die Ordnungskräfte böswillige Absichten gegenüber den Feinden der Autorität haben, gibt es nichts überraschendes oder besonderes.

Die Untersuchungen zielen mit Wahrscheinlichkeit auf eine bestimmte Anzahl an Kämpfen, Agitationen und Initiativen, von geringerer oder größerer Intensität ab: der Kampf gegen das Gefängnis und die Solidarität mit den Meutereien darin, jener gegen die Konstruktion des neuen Abschiebezentrums Steenokkerzeel und die Abschiebemaschinerie. Die Initiativen und Angriffe gegen die Venen des Stadtgefängnisses (Konstruktion der neuen Linien des Schnellzugs RER um Brüssel herum und den öffentlichen Verkehr im allgemeinen), die Agitation gegen die Gerichtsvollzieher, gegen die NATO und ihre Präsenz in Brüssel, gegen die Institutionen der EU und die Eurokraten und der Kampf gegen die Konstruktion des neuen Maxi-Gefängnisses in Brüssel...

Wo befinden wir uns?

Anstatt unsere Nerven zu zermartern, um die repressiven Manöver des Staats zu analysieren, sind wir mehr daran interessiert weiter, unsere Aufmerksamkeit darauf zu lenken, was wir denken, was wir wollen und was wir beabsichtigen, um die Welt der Waren und der Macht zu kritisieren, um das Hinterfragen und die Verweigerung zu befördern, um die Revolte zu verbreiten, gegen alles, das uns unterdrückt. Tatsächlich sind in den letzten Jahren Kämpfe zu Tage getreten, sogar wenn sie meistens in nicht günstigen Umständen stattgefunden haben, und von der Flaute der Resignation umgeben waren. Korrosive Ideen wurden verbreitet, diskutiert und geteilt, hunderte von Aktionen, Attacken und Sabotagen – aller möglichen Form, aber immer feindlich gegen die Macht – haben den Parcours des Kampfes und der Revolte gezeichnet. Komplizenschaften wurden geknüpft, Solidarität ausgedrückt, Affinitäten vertieft und bei einigen Gelegenheiten konnten wir Risse im Beton der Unterdrückung und Unterwerfung sehen.



Es ist klar, dass die Vertiefung und Schärfung anarchistischer Ideen in diesen Gegenden nicht der Aufmerksamkeit der Wachhunde entkommen ist. Die Kritik der quantitativen Fixierung und des Fetischismus der formellen Organisation, die Zurückweisung jeder Mediation und politischer Repräsentation haben zu der Geburt informeller Räume, affinitär und autonom, beigetragen. Wo die Ideen versuchen Hand in Hand mit Praxis und Offensive zu gehen. So kam es, dass Kompagnons begannen, jeder und jede, ihre eigenen Wege zu bahnen, um die Herrschaft zu konfrontieren, die politische Logik bekämpfend, die Paralysierung des Wartens verweigernd und ihre Gedanken und Hände bewaffnet um das zu zerstören, das unerträglich ist. Es ist die leidenschaftliche und individuelle Verbindung zwischen Ideen und Willen, zwischen Begierden und Kritik, die dazu antreibt zu agieren um die Strukturen und Menschen der Herrschaft

im Moment und der Manier die man für richtig und angebracht hält anzugreifen. Zur selben Zeit wird die Sabotage und Attacke als verfügbares Mittel für alle, die für Freiheit kämpfen wollen, empfohlen. Manchmal treffen sich die Kompagnons in den Straßen oder in einer geteilten Revolte, mit anderen Rebellen, anderen Fahnenflüchtigen, die in ihrer eigenen Manier gegen das kämpfen, was sie unterdrückt. Wenn die Macht vor einer Sache Angst hat, dann ist es ohne Zweifel die Möglichkeit, weit verbreitete Kontamination der Ideen und Praktiken, vor dem gegenseitigen Wiedererkennen der Rebellen und Revoltierenden, dem Aufeinandertreffen zwischen verschiedenen Rebellionen (im Gefängnis, im Quartier, in den Arbeitslagern, in den geschlossenen Zentren, in den Ausbildungslagern und den Erholungslagern...) die von Zeit zu Zeit den Alptraum eines Lebens, das beim schuften, konsumieren, hinnehmen und schlafen vorbeizieht, durcheinanderbringen.

Wo befinden sie sich?

Es wäre in einem breiteren Rahmen absurd, den Druck gegen die Anarchisten und Antiautoritären, ihre Ideen und ihre Agitation zurückzustellen. Wenn wir das Beispiel Brüssel ansehen, Hauptstadt der Europäischen Union und Knotenpunkt internationaler Beziehungen, können wir klar sehen, wie der Staat und das Kapital dabei sind, ihre Anstrengungen zu intensivieren und Pakete zu schnüren, um die sozialen Beziehungen der Ausbeutung und Unterdrückung fortzusetzen, und die Umwelt nach den Bedürfnissen des Kapitals und der Macht zu adaptieren. Die Verwandlung der Stadt in ein Gefängnis unter freiem Himmel um die Revolten und den Ekel vor einem Leben der Galeere zu unterdrücken. Das Projekt der Konstruktion des größten Knasts von Belgien im Brüsseler Territorium oder der Sitz der NATO, die Ausweitung der Videoüberwachung und des repressiven Netzes (neue Kommissariate, mehr Uniformen jeder Art in den Straßen, die Militarisierung des öffentlichen Transports, knallharte Operationen in den armen Vierteln) gehen Hand in Hand mit einer überlegten Politik und geplanter Einschließung oder Gentrifizierung von Arbeiterquartieren, Neuentwicklung der Stadt durch große Immobilien und Kommerzprojekte, die Ausweitung der europäischen Zone und der Dienste für die Eurokraten, Diplomaten und Kapitalisten und die Konstruktion neuer Achsen des öffentlichen Verkehrs der RER, um die Zirkulation der Waren und Warenmenschen zu ölen. Es wäre keine Übertreibung von einer Intensivierung des Krieges, den die Macht immer schon gegen die unteren Schichten der Bevölkerung geführt hat, zu sprechen.

Trotz ihrer Arroganz hat die Macht sehr gut berechnet, dass dies auch das Risiko von Spannungen und Revolten beinhaltet, ja sogar von unkontrollierbaren Explosionen, wie man sie in anderen Ländern in den letzten Jahren gesehen hat. Trotz der ganzen staatlichen Propaganda und der Droge des Markts, trotz der technologischen Vergiftung und der schleichenden Massenverdummung, ist das Gespenst der Insurrektion nicht mehr nur eine alte Sache aus längst vergangener Zeit, sie taucht erneut schüchtern in den Herzen und Köpfen von jenen auf, die müde sind es hinzunehmen. Das ist es wieso der Staat auf jene abzielt, die von der Insurrektion sprechen, hier wie anderswo, die hartnäckig bleiben um in erster Person zu denken und zu handeln, um das faulige Gebäude der autoritären Gesellschaft zu untergraben. Das ist es wieso der Staat versucht, jene zum Schweigen zu bringen, die von Revolte und Freiheit, von Solidarität und Revolution sprechen, das ist es wieso der Staat es als nützlich empfinden mag ein paar Rebellen zur Seite zu nehmen um ihre Kapazitäten, durch ihre Worte und Taten zu schaden, zu beschränken, und des weiteren um andere zu verschrecken.

Niemals unschuldig

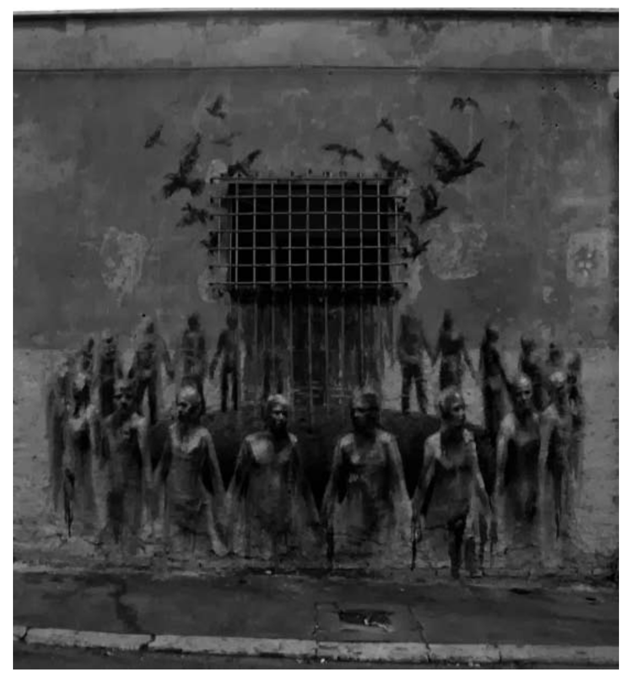
Im Angesicht des Drucks der Schläge fliegen unsere Gedanken sofort zu vielen verschieden Kompagnons anderswo auf der Welt, die sich hinter Gittern finden, Revoltierende, die vom Staat ermordet wurden, Rebellen, die das Monster Staat und Kapital täglich konfrontieren, die Fahnenflüchtigen der Regeln dieser verfaulten Gesellschaft, die aufrecht bleiben, in den Kerkern der Gefängnisse genauso wie auf den Korridoren der Gefängnisstädte. Das hilft uns zu verstehen, dass es niemals eine Einigung oder einen Waffenstillstand zwischen jenen, die gegen die Reduzierung unserer Leben zu Sklaven der Waren, der Autorität, der Arbeit und der Straflager kämpfen und jenen an der Macht, mit Hilfe all ihrer Verteidigern, geben kann. In diesem Sinne könnten wir niemals unschuldig sein.

Wenn der Bedrohung des Gefängnisses gegenüber gestanden wird, gilt es ebenfalls die Ersuchen der Macht hartnäckig zurückzuweisen, gleich und ja sogar mit entschlossenerer Fasson, wenn unser Kämpfe und Ideen die Aufmerksamkeit der boshaften Verteidiger der Ordnung auf sich ziehen. Für uns ist es Teil unserer Revolte und unserer Kämpfe, Repression gegenüber zu stehen und wir wissen, dass der Kompromiss oder die Akzeptanz (wenngleich temporär oder der Situation bedingt) der Mediation oder des politischen Pragmatismus, die subversive Ladung unserer Ideen und Praktiken neutralisiert. Es geht hier nicht um eine Attitüde der Selbstaufopferung und des Märtyrertums, aber um eine Suche nach der Kohärenz zwischen dem Denken und der Taten von welchen wir niemals ablassen werden.

Wie ein paar Uruguayische Kompagnons, die mit Repression konfrontiert sind, vor kurzer Zeit in einem Text gesagt haben, sind die Verteidiger der Ordnung immer auf der Suche nach sich selbst. Da wo es subversive Spannung, Affinität, Solidarität, Individualität gibt, suchen sie nach strukturierten Organisationen,

Hierarchien, Chefs und politischen Strategien. Wo es Sabotage und Verweigerung gibt, revolutionäre Gewalt und wütende Revolten, Selbstorganisierung und individuelle Initiative, sprechen sie von Terrorismus, von Gefahren, die eingedämmt werden müssen und Assoziation von Übeltätern, während in Wahrheit sie diejenigen sind, die die Ausgebeuteten und Unterdrückten terrorisieren, sie diejenigen sind, die die Menschen täglich bedrohen damit sie in der Reihe bleiben, sie diejenigen sind, die so viele Leben auf dem Altar des Profits und der Macht opfern. Im Grunde genommen sind sie unfähig irgendetwas über Antiautoritäre Ideen zu verstehen, weil um diese Gedanken und Begierden zu verstehen, muss man sie zumindest flüchtig berührt, empfunden oder sich selbst vorgestellt haben. Da ihr Horizont nur der der Macht, Gesetzte und Autorität ist, werden sie fast immer blind in den Gegenden der Anarchie und Subversion sein.

Angesichts der Verweigerung von Kompagnons in irgendeiner Weise mit ihrem repressiven Werk zu kollaborieren, angesichts ihrer Attitüde der Verachtung gegen jene, die die etablierte Ordnung beschützen, sind sie, die Wachhunde tatsächlich sehr alleine in ihrem repressivem Universum. Das hält sie offensichtlich nicht davor zurück, einige Schläge zu realisieren, aber sie müssen tastend vorangehen in feindlichen Gegenden, wo niemand versuchen wird, ihnen etwas mitzuteilen, während der Dialog zwischen den Revolten und potentiellen Komplizen in der Schlacht gegen jede Autorität, geöffnet sein wird.



Wir werden nichts sein lassen

Auch wenn der Druck der Schläge ihren Preis der Entmutigung oder Angst mit sich bringen kann, wünschen wir lieber eine Affirmation hin zu unseren Ideen und Praktiken. Wir sind hier und werden nichts sein lassen. Wenn wir gegenüber der Macht still bleiben, schicken wir einige Worte der Ermutigung und Solidarität an alle Kompagnons und Rebellen. Lasst uns auf dem Weg des Konflikts bleiben, lasst uns hartnäckig an unserer Entscheidung für die Revolte und die Attacke festhalten, lasst uns damit weitermachen, die Maske der Chimäre des sozialen Friedens herunterzureißen. Wenn die Macht beabsichtigt alles in einen sozialen Friedhof zu verwandeln, werden wir damit weitermachen die entfremdeten und autoritären Beziehungen in der Dunkelheit zu verbrennen, die Monotonie durcheinander zu bringen, die die Macht uns aufzwingt, den Virus der Revolte zu verbreiten und den Willen in dieser tödlichen Welt zu leben.

Zwischen dem zusammenbrechen vor der Macht, dem erliegen unter dem sozialen Kannibalismus oder Hals über Kopf für das, was unsere Herzen entflammt zu kämpfen, gibt es keinen Zweifel welchen Weg wir weitergehen werden.

Ein paar anarchistische Individuen, Brüssel Oktober 2013

Dokumentation:

Athen: Bekennung zu Brandangriff auf Polizeistation in Exarchia

Am Freitag, 13. Dezember 2013, haben wir die Polizeistation [in der Kallidromioustr, in der Innenstadt Athens] angegriffen. Etwa 40 GenossInnen haben die Polizeiwachen verjagt und sind bis zum Eingang der Polizeistation vorgedrungen, haben die Eingangstür, das Wachhäuschen und die Dienstfahrzeuge der Polizei angezündet.

Gleichzeitig blockierte eine weitere Gruppe von 30 GenossInnen den Verkehr und errichtete in der Nähe in der Charilaou Trikoupistr. Barrikaden. Sobald die Aktion beendet war, verliessen wir alle zusammen und ohne unerwartete Probleme den Ort. Minuten später stürmten DELTA-Motorradbullen die Hauptstrasse in Exarchia und verhafteten völlig wahllos 84 Menschen, die nichts mit der Aktion zu tun hatten, eine Razzia, die so immer geschieht, wenn ein Angriff im weiteren Umfeld stattfindet.

Diese Aktion wurde als minimale Antwort auf die schwere Polizeipräsenz und- repression in der Gegend von Exarchia am 6. Dezember 2013 durchgeführt. *[Anm. der Üb.: am 5. Jahrestag der Ermordung von Alexandros Grigoropoulos]*

Sie ist auch den Anarchisten im Hunger- und Durststreik im Knast Koridallos, Fivos Harisis, Argyris Ntalios, Giorgos Karagiannidis, Dimitris Politis und Yannis Michailidis

(Die Brandattacke fand statt, bevor Babis Tdsilianidis und Grigoris Sarafoudis ihre Teilnahme am Durst- und Hungerstreik erklärten) – [Anm. des Üb.: nach meinem Wissensstand 19. Dez. 2013 wurde dieser Hunger- und Durststreik beendet]

Übersetzung Marco Camenisch

Steenokkerzeel

Einige Gedanken zum Kampf gegen den Bau eines neuen Abschiebegefängnisses

Während einer Zeit der Diskussion, die folgte, nachdem der Kampf gegen den Bau eines neuen Abschiebegefängnisses in Steenokkerzeel (in der Nähe von Brüssel) zum erliegen kam, kam jemand zu einer bemerkenswerten Schlussfolgerung: „Alles was wir je versuchen werden, wird Probleme bereiten. Und das ist kein Problem."

Einen einfachen Kampf, einen Kampf ohne Probleme wird es niemals geben. A+B wird nie gleich Revolution sein. Sich den Kopf über „das perfekte Ding" zu zerbrechen, um sich selbst beschäftigt zu halten, ist oft lähmend. Du kannst neue Fragezeichen hinter jeden Gedanken schreiben, bist du dich schließlich im Labyrinth verlierst. Um es klar zu sagen: Es gibt nicht die „perfekte Aktion", die alles in sich trägt und von unzähmbarer Schlagkraft ist, die uns mit einem Schlag zum Aufstand führt. Genauso wenig gibt es den „perfekten Kampf", der uns von der postmodernen Verschwommenheit geradewegs zur sozialen Revolution führt. Aber diesen Umstand im Kopf zu behalten, hindert uns nicht am Nachdenken. Aufzuhören nachzudenken, aufzuhören zu diskutieren, genau wie aufzuhören zu agieren, hat nur zur Folge, dass wir alles verlieren was wir uns erkämpft haben. Und so denken wir weiter nach - über vergangene Kämpfe, über zukünftige Projekte, über neue Herausforderungen, die unsere verschiedenen Aktionen zu einem Kampf verbinden; Um über die sporadischen, in der Luft hängenden und sich auf losem Boden bewegenden Versuche ein aufständisches Projekt auszuarbeiten, hinaus zu kommen. Nichts bietet uns auch nur die kleinste Garantie auf Erfolg, oder konkrete Ergebnisse. Aber es fordert uns heraus, es ist wert es zu versuchen, wert zu leben. Und so strecken wir unsere Arme aus.

Warum ein spezifischer Kampf? Warum genau dieser Kampf?

Die Entscheidung für einen spezifischen Kampf gegen den Bau des neuen Abschiebeknastes in Steenokkerzeel basierte auf der Analyse des sozialen Kontextes. Ebenso war sie die Fortführung von Erfahrungen zu den Themen Papiere, Lager und Grenzen, die über die Jahre gesammelt wurden. Von Solidarität und Unterstützung über sporadische Interventionen bis hin zur Bekämpfung jeden einzelnen Teils der Abschiebemaschine. Nach einigen Jahren der Kirchenbesetzungen und Demonstrationen von (Kollektiven von) Leuten ohne Papiere, die eine generelle Regulierung forderten[1], entschied der Staat ein neues Abschiebelager zu bauen (das erste neue Lager nach vielen Jahren). Während dessen ebbte die Bewegung von Leuten ohne Papiere nach der nötigen Repression (Abschiebung derjenigen, die sich häufig gewehrt hatten, Räumungen von Besetzungen, der Kardinal, der seine Priester dazu aufrief nicht länger Leute ohne Papiere die Kirchen oder Gemeindehäuser besetzen zu lassen, ein rauerer Umgang mit Demonstrationen) langsam ab. Genauso starb das Versprechen einer Regulierung.

Wir denken, dass es schon immer Spannungen um diese Themen gab (z.B. in der unruhigen Zeit des Kollektives gegen Abschiebung und nach dem Mord an Sémira Adamu) und als der Kampf um Regulierung zum erliegen kam. So beschlossen wir, dass es ein guter Zeitpunkt war, die entstandene Leere mit unseren Inhalten zu füllen, einen Kampf von unserer Basis aus zu beginnen, unseren eigenen Vorschlag für einen Kampf ins Spiel zu bringen. Außerdem wird der belgische Staat seit mehreren Jahren von einer Serie von Revolten und Ausbrüchen, sowohl in Straf- als auch in Abschiebegefängnissen geplagt. Um dieses Thema hatte sich ein beachtlicher Kampf entsponnen. In dem neuen Abschiebegefängnis in Steenokkerzeel würden die Gefangenen einem Regime der Isolation unterliegen, einem neuen Instrument des Staates um die Revolten innerhalb der Gefängnisse zu brechen. Für uns ein weiterer Grund dagegen zu kämpfen.



Die Entscheidung für einen spezifischen Kampf gegen dieses spezifische Gefängnis war eigentlich recht logisch. Auf der einen Seite war da der Wunsch auf unsere Fundamente aufzubauen (gegen jegliche Dokumente und Staaten, genau wie der Vorschlag einer direkten Aktion, einer direkten Attacke gegen alle Zahnräder der Abschiebemaschine), ein Kampf, der über punktuelle Interventionen und Reaktionen auf äußere Faktoren (z.B. Razzien) hinausgeht, die Entwicklung eines bewusst zielgerichteten Kampfes, kurz: eines spezifischen Kampfes. Auf der anderen Seite fiel die Entscheidung für dieses Thema nicht einfach vom Himmel: Jahre der sozialen Auseinandersetzungen um dieses Thema sowie Jahre des Sammelns von Erfahrungen, von Diskussionen, von Wissen. Zusammenfassend: Dieser spezifische neue Abschiebeknast könnte zu einer Waffe des Staates werden und die Revolte von innen heraus zu ersticken.

1 Am Anfang forderte die Bewegung noch die Schließung aller Abschiebeknäste und ein sofortiges Ende von Abschiebungen, aber diese Perspektive verschwand zunehmend und wurde schließlich durch die Forderung nach Regulierungen für gut integrierte Familien ersetzt. In Antwerpen forderten sogar einige: „Papiere nur für die, die Niederländisch sprechen."

Eine Problematik, die sich immer wieder auftat ist eine typische – die Entscheidung für ein spezifisches Thema. Warum dieses Thema und kein anderes? Erst einmal scheint es wichtig zu betonen, dass es keinen anarchistischen Maßstab gibt, der anzeigt welche Form der Unterdrückung „wichtiger“ oder „dringender“ zu bekämpfen wäre als eine andere. Einfach weil wir gegen Unterdrückung als solche kämpfen, welchen Ausdruck dieser Kampf auch haben mag. In anderen Worten: Angenommen, dass alle Formen der Unterdrückung die gleiche Dringlichkeit zur Bekämpfung bedürfen, wie orientieren wir uns?

Worauf begründen wir unsere Entscheidung? Als aufständische Anarchist_innen wollen wir die Unterdrückung, die unser Leben und das so vieler anderer Menschen vergiftet, zerschlagen. Das scheint nur durch eine soziale Umwälzung möglich zu sein, also zusammen mit anderen. Dafür beobachten wir eingehend die sozialen Umstände unter denen wir Leben und suchen nach Momenten der Reibung, der Konflikthaftigkeit. Wir studieren die sozialen Fragen der Gegenwart und fragen uns wo wir intervenieren könnten. Wenn es einen Bruch gibt, hervorgerufen durch Revolte, wenn der Status Quo sich irgendwo auf wackeligem Boden befindet, dann macht es das einfacher für uns, uns in Beziehung zu setzten und ab und zu ein Brecheisen hervorzuholen.

Es gibt auch Formen der Rebellion, die weniger sichtbar sind, oft weil sie auf einem individuellen Level stattfinden. Und nicht alle Revolten haben uns zwangsläufig etwas zu bieten. Ein aufständisches Projekt verehrt nicht gleich jeden Aufstand, z.B. einen, der durch Religion oder Wahlen angeregt wurde. Genauso wenig unterschätzt es die individuelle Rebellion, z.B. die einer Frau, die ihre Ketten zerschlägt und aus dem Gefängnis einer Beziehung ausbricht. Als Beispiel: Als wir hörten, dass bestimmte Aufstände im Knast den Koran als Grundlage hatten, hat uns das eher traurig gemacht (wie die Lügen der Religion den Geist der Menschen vergiften), während die Nachricht über einen Ausbruch (ein individueller Akt der Revolte) uns immer ein Lächeln ins Gesicht zaubert. Allerdings tragen die Nachrichten über eine Revolte, die in Solidarität mit anderen Gefangenen stattfindet (wie 2009, als die Jugend in den Straßen von Anderlecht – einem Stadtteil von Brüssel – genau so wie die Gefangenen in Andenne in Solidarität mit den Gefangenen in Forest revoltierten, die von der Polizei gefoltert wurden, welche die Aufgabe prügelnder Knastaufseher übernommen hatte), genau wie die Nachrichten über einen Ausbruch während dem alle Zelltüren geöffnet wurden (was einige Jahre zuvor in Dendermonde passierte), diese wunderbare extra Qualität in sich, diese Ethik, die eine_n befähigt nicht nur an sich selber zu denken, sondern die Hand nach anderen aus zu strecken, als eine Einladung zur gemeinsamen Revolte.
Lasst uns ein paar Schritte zurück gehen. Es ist möglich einen Kampf in jedem Bereich zu beginnen, und es ist richtig, dass es keinen Kampf geben wird, solange ihn niemand entfacht. Aber wir haben eine andere Herangehensweise. Wenn wir uns in einem gemeinsamen Raum befinden und darüber diskutieren welchen Bereich des Kampfes wir öffnen oder vertiefen wollen, denken wir über Perspektiven nach. Es sind weder Geschmack noch Wünsche, die über das Ergebnis dieser Suche nach Perspektiven von Kämpfen im sozialen Raum entscheiden. Vielmehr ist es die Hypothese, dass wir in diesem Bereich in Kommunikation mit anderen treten können, die Hypothese, dass Brüche in diesem Bereich mehr Chaos verbreiten können, als in einem anderen Bereich (ohne sagen zu wollen, dass Kämpfe in anderen Bereichen irrelevant wären).

Es ist eine soziale und aufständische Perspektive, nicht das Elend der Welt, die unsere Aufmerksamkeit auf sich zieht. Eher der Traum von etwas, das dieses Elend beenden könnte, nicht nur in unserem persönlichen Leben, sondern in den Leben von allen Menschen. Um es positiv zu sagen: Der Gedanke was alles möglich wäre, wenn wir die Freiheit für uns einnehmen würden, ist aufregend. Auf diesem Flecken der Erde sind wir weit entfernt von diesem Traum. Abgesehen davon, dass niemand über seinen eigenen Tellerrand hinaus schaut, fehlt es an Mut. Aber im Laufe der Geschichte gab es immer Leute, die diesen Traum von der Eroberung der Freiheit wach gehalten und über Wege diese zu erreichen nachgedacht haben. Aufstand ist einer davon. Als aufständische Anarchist_innen denken wir darüber nach, wie ein zeitgenössischer Aufstand aussehen könnte.

Konkreter gesagt: Man nehme das Beispiel Knast. Ich empfinde die Thematik Knast alles andere als aufregend und ich kämpfe nicht aus persönlichen Gründen dagegen. Über Knast nachzudenken macht mich nicht wütender als über das Patriarchat, über Psychiatrie oder emotionellen Stress nachzudenken. Aber in unserem Kontext scheint die spezifische Thematik Knast von besonderer Bedeutung, nicht nur weil sie mit so viel Leid verknüpft ist (Leid findet sich überall), sondern weil das Thema eine Geschichte in dieser Region besitzt, und auch, weil es ein sehr bewegendes Thema ist. Knast ist eine wichtige Frage im belgischen Kontext; die Bekanntmachung des größten Gefängnisbauprojekts der belgischen Geschichte folgt unruhigen Jahren der Randale, der Aufstände, der Gewalt durch Gefängniswärter, der Überbevölkerung, der Ausbrüche... Zudem ist die Beziehung zwischen den Gefängnissen und den Stadtteilen in manchen Städten eine echte Beziehung, nicht nur wegen dem Leid, dass Gefängnisse im Leben derer verursachen, die in dem Viertel wohnen, sondern auch weil beide Räume gewisse Ähnlichkeiten aufweisen: Wir leben wie Sardinen in einer überwachten Dose. Das Thema Knast ist überall greifbar. Aber abgesehen von der räumlichen Ähnlichkeit ist es auch der rebellische Charakter, der beide Lebensrealitäten verbindet. Beide Bereiche scheinen mit dem selben Virus der Rebellion infiziert zu sein. Auch wenn dieser sich nicht immer bemerkbar macht, so ist er unterschwellig doch stets präsent

und wenn die Umstände günstig sind, bricht er mit voller Gewalt aus. Wir können in Beziehung treten mit all diesen Elementen und uns auf einen Pfad begeben, der Rebellion in allen Aspekten des Lebens fördert, der der Rebellion etwas Sauerstoff zuführt, sie denkbar macht. Es ist überflüssig hinzuzufügen, dass wir nicht vergessen dürfen wie die religiösen und politischen Aasgeier stets darauf lauern, dass der Unmut über ihre unterdrückerischen Ziele abflaut.

Achtung: Mit all diesen Überlegungen im Hinterkopf (erworben durch Jahre der Diskussion) halten mich meine Gründe zu kämpfen nicht davon ab, Teile dieses Pfades mit anderen zu teilen, ob Anarchist_in oder nicht. Wenn jemand hauptsächlich gegen Knast kämpft, weil sein_ihr Partner_in einsitzt und er_sie den Kampf führt um aus der Hoffnungslosigkeit der Situation auszubrechen, dann ist er_sie willkommen. Genauso wie jemand der_die nicht unbedingt vom Aufstand träumt, aber Knast als ein Verbrechen ansieht. Ich werde nicht darauf warten, dass alle Anarchist_innen werden bevor ich anfange mit ihnen auf einer radikalen Grundlage zusammen zu kämpfen.



Von der Verbreitung von Feindseligkeit zum Aufstand

Der Vorschlag gegen den Bau des neuen Abschiebegefängnisses in Steenokkerzeel zu kämpfen beinhaltete den Bau zu einem sozialen Problem werden zu lassen. Ein Problem in der Hinsicht, dass es schwierig für diejenigen werden würde, die dort bauten und für die, die die Bauarbeiten vorantrieben. Ein soziales Problem in der Hinsicht, dass dieses Problem in einem sozialen Raum entstanden ist und nicht nur innerhalb der Grenzen einer Szene oder einer Bewegung. Wenn wir an diese Zeit zurück denken, können wir diesen Kampf auf verschiedene Weise interpretieren: eine breite Bewegung um die Thematik, Versuche sich mit verschiedenen Leuten zusammen zu setzen, Unterbrechung der Normalität, eine Serie von Anschlägen auf die Verantwortlichen, Diskussionen in verschiedenen Städten und Ländern... Eine breite Palette von Initiativen, eine aufgerührte Zeit, in der viele weitläufige Anschläge stattfanden. Die Einbeziehung vieler verschiedener Menschen – wie viele werden wir nie wissen.

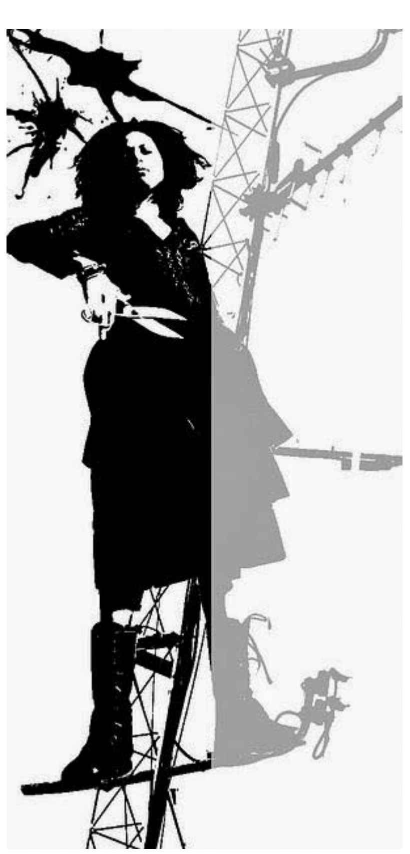
Wenn wir nun fragen was das eigentliche „Ergebnis" dieser Auseinandersetzungen war, dann ist dies die Öffnung des sozialen Raumes, nicht die eineinhalb Jahre Verzögerung bis zur Eröffnung des Gefängnisses, und nicht die vielen Euros Schaden, die die kollaborierenden Baufirmen zu tragen hatten. Ein bestimmter sozialer Raum (wenn auch nur minimal), in dem gemeinsam gekämpft wird gegen eine Welt voller Lager und Knäste, auf eine offensive Art und Weise, von niemandem geleitet und nicht zentralisiert. Keine Lobbyarbeit, sondern Angriff, keine beschönigende, politische Sprache, sondern der rohe, poetische Dialekt der Revolte. Keine Verhandlungen, kein „politischen-Druck-ausüben", sondern Solidarität und Kommunikation zwischen Rebell_innen und Revolutionär_innen durch direkte Aktion. Aber, jeder Raum, den wir öffnen, kann später wieder mit halb garen Ideen gefüllt werden, bis wieder alles vage wird und der Raum schließlich voll von reformistischen Vorstellungen ist. Eine tiefere Offenheit wird notwendig, Risse, die schwerer zu flicken sind, die aber die Möglichkeit von mehr, viel mehr, in sich tragen. Nach Feindseligkeit kommt das Verlangen nach Aufstand.

Aber wie diesen Punkt erreichen? Agitation, Zusammenkünfte, Störung der Normalität, Angriffe auf Strukturen und auf Verantwortliche sind immer absolut notwendig, weil es unmöglich ist einen Aufstand aus einer gelähmten Situation heraus zu erreichen. Und es hat auch einen Wert an sich. Aber es ist nicht ausreichend. Also braucht es eine Diskussion darüber welche Brüche tiefer gehen und länger andauern werden. Die schief gegangene Demonstration am ersten Oktober hätte solch ein Bruch sein können. Kein Aufstand, aber der Startschuss für sich ausweitende Krawalle. Hunderte von Menschen kamen zusammen um gegen alle Grenzen, gegen alle Lager und Knäste und gegen alle Staaten zu demonstrieren, in einer Stadt, in der die Atmosphäre immer angespannt ist, in der zehntausende Flugblätter zur Ankündigung der Demo verteilt wurden, genau wie tausende Plakate verklebt und aufgehängt wurden (in Bars und Läden,...). Es lag in der Luft, aber wir waren nicht bereit, und die massive Polizeipräsenz und ihr repressiver Umgang mit Initiativen, die in der Woche vorher stattgefunden hatten, waren nicht gerade hilfreich. Wir sahen all die Arbeit, die wir uns gemacht hatte durch unsere Finger rinnen, der Kater, den das verursachte war gewaltig. Aber nach all dem waren wir fähig uns etwas vorzustellen, dass tiefer zuschlägt, als alles, das wir bisher kannten. Es gibt uns den Anfangspunkt, von dem aus wir uns vorstellen können was möglich ist, auf der Skala einer Stadt, und was nicht. Vielleicht liegt die Möglichkeit einer geballten Masse von Menschen, die die Polizei direkt und offen angreifen (für den Moment) außer Reichweite, vielleicht hat uns die Perspektive von breit gefächerter Feindseligkeit mehr zu bieten. Sie liegt näher an der Art, in der soziale Konflikte heutzutage in unserer Umgebung ausgedrückt werden und passt besser zu unserer Entscheidung für Dezentralisierung, Informalität und Affinität.

Einige Fragen tauchen auf: Warum diese Sprünge machen, wenn die sozialen Konsequenzen unserer Praxis und unserer Worte kaum zu spüren sind? Warum alles aufs Spiel setzen, wenn die Welt um uns sich nur sehr wenig in Richtung revolutionärer Kampf bewegt?

Die Debatte um solche Fragen wird oft auf zermürbende Art geführt, bei der sich zwei Positionen heraus kristallisieren: Diejenigen, die an die „Absolutheit des Willens“ glauben, die glauben, dass „alles möglich“ ist und diejenigen, die ihre Erwartungen zu sehr in „die anderen“ setzen, die glauben, dass „alle mit uns sein müssen“. Oder anders gesagt: Diejenigen, die die Revolte überall sehen und diejenigen, die mehr und mehr enttäuscht sind und in allem Unterwerfung sehen.

Um es klar zu sagen: Wenn die Welt nicht so gepfeffert wäre mit Unterwerfung würden wir nicht andauernd über Revolte sprechen. Über Revolte zu reden ermutigt Revolte, es ist Echo für Akte der Revolte. Revolte ist notwendig, ohne Revolte erreichen wir nichts. Aber gleichzeitig ist Revolte nur der Anfang. Als revoltierende Rebell_innen und als Anarchist_innen wollen wir mehr als ein Leben in Revolte. Daher das Projekt des Kampfes, oder in anderen Worten: die Projekthaftigkeit. Es hat eine Logik: Wenn man sich nicht komplett aus dieser Welt zurückzieht (nur wohin gehen?), wird man immer wieder mit ihr zusammenstoßen und sich dabei verletzen. Unterdrückung verschwindet nicht bloß durch Revolte, sie zwingt sich immer dem Leben auf, unserem Leben, dem Leben unserer Lieben, dem Leben von Leuten, die weit weg sind. Deshalb das Bedürfnis nach mehr. Wir können auch sagen, dass das alles egal ist, solange die Menschen wie Schafe und Wölfe leben wollen, und da kommt das Ideal ins Spiel: Der Kampf für ein Ideal, das Ideal der Freiheit. Denn das ist es, was wir und wünschen, was wir brauchen. Und Freiheit ist nichts, was an sich existiert, sondern etwas, das entdeckt und erobert wird, das gelernt wird und mit dem man experimentiert. Dafür brauchen wir Kompliz _innen.



Bloß weil wir nur eine Hand voll Anarchist_innen sind, sollten wir uns nicht davon abhalten lassen unseren Kampf zu beginnen. Wir glauben nicht, dass wir viele Leute wie uns finden müssen, bevor wir anfangen können. Lieber wünschen wir uns die Betonung auf die Kommunikation zwischen Rebell_innen zu setzen, durch Worte und Handlungen. Wir sind nicht die Retter der Welt. Wir sind Anarchist_innen, wir wehren uns gegen Unterwerfung, Umarmen die Handlungen der Revolte und wärmen unsere Herzen mit Worten der Solidarität. Unser zu Hause ist dort, wo wir unsere Fesseln ablegen, unsere Ideale dort, wo eine Person in einer anderen die Revolte weckt. Das ist die Art unserer Beziehung zu den Anderen, es ist eine Beziehung der Solidarität in der Auflehnung, und das ist wonach wir suchen – unserem Herzschlag folgend.

Und so denken wir, dass wir zahlenmäßig nicht viele sein müssen, um einen Schritt nach vorne zu wagen. Wir haben nie gefordert, dass sich die ganze Welt unter unserem Banner vereinigt, aber wir wollen dass sie sich entscheidet wo sie steht und einvernehmlich handelt. Was wir wollen ist, dass unsere Schritte mit den Aktionen anderer revoltierender Menschen (die nicht wie wir sind) kommuniziert werden, um immer ein bisschen mehr Raum zu öffnen, mit einem Auge in Richtung genereller Revolte, generellem Aufstand schauend. Auch wenn es viel Mut braucht und auch wenn wir nicht immer die richtigen Worte im richtigen Moment finden, glauben wir nicht uns etwas vormachen zu können indem wir so tun, als hätten wir sozial akzeptable Ideen, denn das ist nicht war: Unsere Ideen sind zur Zeit sozial völlig unakzeptabel. Wenn wir die gegenwärtige Situation in Betracht ziehen glauben wir weder, dass an jeder Straßenecke friedensliebende Menschen zu finden sind, noch ziehen wir uns verbittert zurück, wenn wir herausfinden, dass „die Leute“ keine Anarchist_innen sind. Genauso wenig werden wir zynisch angesichts des derzeitigen Desasters und sehen nur noch Scheiße, oder finden uns am Ende des Tages mit ein paar höflichen Worten unserer Nachbar_innen ab, oder was auch immer. Unsere Sprache ist die Sprache der Solidarität und des Aufstands, die der Freiheit und des Angriffs. Das sind die Worte mit denen wir versuchen zu sprechen, in unseren Räumen, auf der Straße. Und wir glauben, dass es möglich ist einen Kampf mit anderen zu teilen, vielleicht nur nicht auf die typische Weise, die sich alle vorstellen: Alle zusammen hinter der gleichen Fahne.

Der soziale Konflikt mag nicht immer sichtbar für das Auge sein, aber seine vielfältigen Weisen sich auszudrücken sind permanent präsent und fördern sich gegenseitig. Wie die Krawalle, die während des Kampfes gegen den neuen Knast in den Stadtteilen ausbrachen, ein Anstoß waren noch wagemutiger weiter zu machen. Wie der Aufstand in einem Gefängnis andere Gefangene ermutigen kann, und wie die Aufstände auf der anderen Seite des Mittelmeeres ihr Echo auf der ganzen Welt finden konnten. Wenn wir unseren angemessenen Weg als Dialog mit anderen Rebell_innen verstehen, müssen wir lernen unsere Bemühungen anders zu bewerten. Wir können uns nicht enttäuscht zurückziehen, wenn die Massen nicht mit uns auf die Straße gehen, oder wenn wir die typischen Zeichen eines bestimmten Modells von Konflikt nicht erkennen. Die Welt in der wir leben strotzt vor Konflikten und wir sind Teil davon. Die Frage ist nicht, wie wir alle um uns versammeln, sondern eher wie wir unseren autonomen Kurs weiter verfolgen und den Austausch mit anderen vertiefen können.

Autonome Richtung und permanente Diskussion

Als Anarchist_innen, über Aufstand nachzudenken und nach Wegen zu suchen ihn möglich zu machen ist nicht das selbe wie einen Masterplan, der zum Aufstand führt, zu erstellen und nach einer Herde zu suchen, die diesen Plan ausführt. Genauso wenig kann es um eine Masse gehen, die sich einer Initiative anschließt ohne Verantwortung für das eigene Denken zu übernehmen, ohne selbst zu diskutieren, ohne eine autonome Richtung zu kreieren. Natürlich ist das eine überspitzte Karrikatur, aber es ermöglicht einem bestimmte Mechanismen los zu werden, die jedem Versuch, Menschen zusammen zu bringen, ohne gleichzeitig Kreise der Affinität vorzugeben, innewohnt. Permanente Diskussion ist eine notwendige Bedingung um informelle Organisierung zu ermöglichen.

Der Enthusiasmus am Anfang eines gemeinsamen Projekts, nach einer Zeit des Suchens nach Affinität, ist ansteckend und zieht andere an, die gewollt sind zu kämpfen. Enthusiasmus ist eine der treibenden Kräfte hinter jedem Kampf, aber er bietet keine solide Grundlage auf der man einen Kampf aufbauen kann. Was passiert, wenn alles ein bisschen weniger spielerisch wird und mehr Ernsthaftigkeit gefragt ist? Was ist wenn Schwierigkeiten und Rückschläge auftauchen? Das ist weder ein Plädoyer für die Heirat mit einer bestimmten Art des Kämpfens, noch dafür am Anfang einen Vertrag zu unterschreiben. Aber es soll die absoluten Notwendigkeit der Entwicklung eines autonomen Kurses betonen. Ohne Autonomie, ohne in der Lage zu sein aus sich selbst heraus zu revoltieren, zu kämpfen und ohne eigene Projekte, kann man nur von Projekten verschluckt werden ohne sie selbst gestalten zu können.

Aber, von einem anderen Blickwinkel betrachtet, was machst du, wenn du andere enthusiastische und ungeduldige Menschen in mitten eines Kampfes triffst? Als sich der Kampf gegen den neuen Knast entwickelte, übernahmen einige Individuen in Brüssel die Initiative eine Versammlung ins Leben zu rufen, einen Ort, an den alle (außer Politiker_innen und Anführer_innen), die gewillt waren ohne Gewerkschaften zu kämpfen, kommen konnten. Ein Ort der Debatte und der Koordination in diesem Kampf.

Dennoch, Diskussionen müssen permanenter stattfinden, außerhalb von kollektiven Momenten, ansonsten werden die Momente nichts als Momente in denen man entweder mit anderen konkurriert (in dem man Vorschläge verkauft und nach Zuspruch sucht oder die Vorschläge anderer niedermacht) oder in denen man sich von dem_der besten Redner_in mitreißen lässt. Eine Versammlung riskiert einerseits die Erstarkung einer „Wartehaltung“ (wir warten auf Diskussionen und Vorschläge bis wir alle zusammen sitzen, anstatt autonom nach anderen Genoss_innen Ausschau zu halten und Diskussionen auf einem individuellen Level oder in kleineren Konstellationen zu führen), andererseits riskiert sie die Illusion der Zahlenmäßigkeit. Was heißt das? Wenn du einen Kampf als einen Kampf wahrnimmst, der an der Zahl der Teilnehmer_innen wächst, fängst du automatisch an darüber nachzudenken was du mit all diesen Leuten teilen kannst. Du fängt an „der Gruppe“ Sachen vorzuschlagen, und wenn die Gruppe diese Vorschläge annimmt, kannst du ihnen neue Vorschläge geben, und so weiter und so fort, bis du auf die unausweichlichen Grenzen stößt.

Aber was sind diese Grenzen? Zu aller erst die lähmenden Effekte von Kollektivität: eine Art allgemeingültiger Anspruch dem alle zustimmen müssen, bevor etwas beginnen kann, und so müssen alle von der Gültigkeit des Vorschlags überzeugt werden. Das führt zu extrem destruktiven Diskussionen, die mehr wehtun als weiter helfen – z. B. wenn tief greifende Auffassungen und Meinungen über soziale Realitäten oder über das was man von einem Kampf möchte sich nicht decken.

Zweitens, diese Art von Raum zwingt dem Kampf einen kollektiven Rhythmus auf, einen Rhythmus, von dem sich am Ende alle befremdet fühlen. Es ist ein Rhythmus der eine Aktion nach der nächsten hervorbringt, ohne Vertiefung, weil eine Vertiefung nicht möglich ist, wenn Diskussionen auf kollektive Momente limitiert sind. Und so weiß am Ende keiner mehr was man eigentlich macht, außer immer wieder das Selbe zu reproduzieren. Wenn in diesem Raum Vorschläge gemacht werden, die von dem abweichen, was bislang die Norm war, wird diesen Vorschlägen oft ein übermäßiges Gewicht beigemessen, weil niemand in eine Sache gezogen werden möchte, die ihm_ihr über den Kopf zu wachsen droht. Was bekannt ist wird trocken gemolken bis es zur Routine wird, was unbekannt ist, provoziert die gegenteilige Reaktion. Wir sagen es noch einmal – das sind die Konsequenzen fehlender Autonomie, fehlender Diskussionen und Gedanken darüber was man außerhalb des kollektiven Moments will.

Drittens, diejenigen, die gewohnt sind Vorschläge zu machen werden nach einer Weile erschöpft sein, denn andauernd Vorschläge zu entwickeln und sich die Mühe zu machen sie umzusetzen, braucht mehr Energie als einfach nur an einer Aktion teilzunehmen. In jeder Hinsicht wird der Mangel an Gemeinsamkeit irgendwann zu einer Belastung, bis man sich entscheidet damit zu brechen. Auf der anderen Seite werden sich diejenigen, denen die Vorschläge unterbreitet werden mit der Zeit passiv fühlen, unsicherer denn je, darüber was sie eigentlich wollen, im Gegensatz zu denen, die immer eine klare Idee davon zu scheinen haben. Diese Rollen beginnen an uns zu nagen, bis wir genug davon haben und einen Schritt zurück machen. Ein unausgeglichenes Organisationsmodell kann eine Weile durch Enthusiasmus angeheizt werden, aber wenn der Enthusiasmus letztlich verschwindet, bleiben alle mit bitteren Gefühlen zurück.

Also? Jeder Kampf braucht Räume, die ihn helfen zu gestalten. Räume in denen Diskussionen stattfinden oder in denen man sich für bestimmte Ziele (z.B.

die Organisierung einer Demonstration) koordinieren kann. Wenn es allerdings nur diesen einen Raum gibt und dieser Raum zum Bezugspunkt wird, wird dieser Raum unausweichlich zur Last für den Kampf werden. Er wird die Autonomie der Leute eher ersticken, als ihnen Sauerstoff zuzuführen.

Lokal und International

Genau wie eine Szene oder ein zentralisierter Raum den Initiativen von Leuten, die kämpfen möchten, Grenzen aufzwingen kann, kann der Kampf am Ende erlöschen. Eine lokale Sicht auf den Kampf kann das Selbe hervorrufen. Die Entscheidung den Kampf gegen den Bau des neuen Abschiebegefängnisses in Steenokkerzeel aufzunehmen, wurde auf einer lokalen Ebene getroffen: Einerseits als eine konsistente Fortführung des lokalen Kampfes zu dem Thema, andererseits als eine Herausforderung ein Terrain des Kampfes aufzubrechen, welches nicht nur Anarchist_innen betrifft.

Aber ein Freiheitskampf kann nur bestehen, wenn er Grenzen überschreitet, die Grenzen von Städten, die Grenzen von Ländern, von Themen. Ein internationaler Blickwinkel ist eine notwendige Bedingung für jeden Kampf, der nicht engstirnig enden möchte, weil er seinen eigenen Kontext als den wichtigsten begreift, sein eigenes Thema als das dringlichste. Er ist eine notwendige Bedingung wenn man den Kampf nicht im eigenen Viertel einsperren möchte. Nur wenn Revolte und Aufstand weitläufig sind, werden sie ernsthaft gefährlich, nur wenn sie Grenzen überschreiten, können sie eine authentische Energie entfalten. Wenn es das Existente ist, dass uns von einander trennt, dann ist es die Revolte gegen dies, die uns vereint.

Eine der Absichten dieses Kampfes war es das Band zwischen Genoss_innen aus verschiedenen Städten zu stärken. Das hatte, ohne Zweifel, einige außergewöhnliche Treffen zur Folge. Trotzdem wurde Brüssel zu viel Gewichtung beigemessen, weil es so schien, als fände dort mehr Aktivität statt, was eine Art Anziehungskraft erzeugte. Idealerweise kommunizieren Genoss_innen aus verschiedenen Städten durch den Kampf. Während dieses Kampfes intensivierte sich die Kommunikation an einigen Punkten, was die schönsten Funken hervorbrachte. An anderen Punkten gab es mehr Stille, aber das Ideal bleibt eine Befruchtung über die Grenzen von Städten hinweg.

Und auch über die Grenzen von Staaten hinweg. Wir hatten das Glück eine internationale Solidarität zu erfahren, die teilweise sehr greifbar wurde, mit Genoss_innen aus anderen Ländern, die zu Demonstrationen vorbei gekommen sind, die an Diskussionen teilgenommen haben, die sich eingebracht haben in das was passierte und viel beigetragen haben. Wir haben einen aufkeimenden Internationalismus erleb, einen, der über die Selbstdarstellung im Internet hinausgeht. Einen aufkeimenden Internationalismus, der weiterer Vertiefung und Orientierung bedarf.

Abgesehen von der nachfolgenden Frustration (Diskussionen und Konflikte, die, in manchen Fällen nie gelöst werden können) werden die Genoss_innen und ihre Entwicklung während der Kämpfe und Revolten der wunderbarste Aspekt des Kampfes bleiben. Es gibt Bilder im Kopf, die nie verschwinden werden, die wir uns ins Gedächtnis rufen können, wenn wir die Augen schließen: Das Lächeln der Genoss_innen, die den Kampf miteinander teilen, die gemeinsam Risiken tragen, die miteinander diskutieren und sich durch Diskussion weiterentwickeln, die einander kennen lernen, sowohl durch Ideen, als auch durch Handlungen, die Momente in denen sie sich sehr nahe sind und sich gegenseitig Kraft geben. Die Solidarität, die Kameradschaft, das sind die seltenen Perlen, die nur der gemeinsame Kampf zu bieten hat.

Pfff...

Nur durch die Suche nach dem Kampf und der Konfrontation von Idee und Praxis kann jede_r Genosse_in sich weiterentwickeln. Nicht durch Denken ohne zu handeln, oder durch Handeln ohne zu denken, sondern durch die Konfrontation von beidem, können wir unsere Ideen über den Kampf schärfen. Bücher und Diskussionen können uns immer helfen tiefgehender nachzudenken, aber es ist die Erfahrung, die uns lehrt aus welchem Metall wir unsere Waffen schmieden sollten. Deshalb haben sich diese paar Überlegungen über die Erfahrungen im Kampf, der insgesamt nicht viel länger als ein Jahr dauerte, eingeschrieben.

Es macht wenig Sinn, sich nach einer reichen Erfahrung, mit einem tiefen Seufzer hinzusetzen und zu glauben, dass alles vorbei ist. Genau so wenig macht es Sinn, sich die Fragen für's Aufräumen aufzuheben und eine Schlucht zu suchen, in die wir alles werfen können, was schwer auf unseren Schultern und Herzen lastet. Stattdessen sollten wir uns die Mühe machen die verschiedenen Teile nebeneinander zu legen, sie anzuschauen, sie in einem andern Kontext zu betrachten und uns zu fragen, welche Teile wir gerne behalten würden um etwas neues zu bauen. Nicht bloß als ein Teil, als eine Tür oder ein Fenster in einem neuen Haus, sondern eher als ein Teil eines soliden Fundaments, auf das ein neuer Kampf aufgebaut werden kann. Umso intensiver, gewaltiger und reifer die Erfahrung war, desto größer wird der Aufwand sein, den es hinterher braucht um sie zu verarbeiten. Aber der Aufwand, den es braucht, ist proportional zu dem Wert den er hat.

Dieser Text erschien erstmals in Belgien im November 2012 in "Salto - Subversion & Anarchie, Nr. 2".

Übersetzung AB

Archipel – Affninität, Informelle Organisation und aufständische Projekte

Wieso auf die Fragen über Affinität und informelle Organisation zurückkommen? Gewiss nicht, weil es uns an Versuchen fehlt, die Aspekte des Anarchismus zu erforschen und zu vertiefen. Nicht, weil sowohl die Diskussionen von gestern als auch die von heute nicht ein wenig von ihnen inspiriert wären, und auch nicht, weil es keine Texte gibt, die die Fragen vielleicht in einer dynamischeren Art und Weise angehen; auch wenn die die es gibt oft in anderen Sprachen verfasst sind. Aber ohne Zweifel bedürfen bestimmte Konzepte einer permanenten analytischen und kritischen Anstrengung, wenn sie ihre Bedeutung nicht durch allzu häufigen Gebrauch und Wiederholung verlieren sollen. Andernfalls riskieren unsere Ideen Gemeinplatz zu werden, „offensichtliche Anzeichen", ein fruchtbarer Boden für das idiotische Spiel des Identitätswettbewerbs, wo kritische Reflexion unmöglich wird. Es kommt vor, dass die Entscheidung für Affinität von einigen recht schnell abgetan wird, als ob es um eine in ihren eigenen Ideen festgefahrene Beziehung ginge, eine Beziehung, die keinen Kontakt mit der Realität und nicht einmal mit Kameraden erlauben würde. Andere wiederum tragen sie wie ein Banner vor sich her, wie eine Parole – und wie bei allen Parolen ist es gewöhnlich die eigentliche, die tiefe und antreibende Bedeutung, die ihr erstes Opfer ist.

Keine menschliche Aktivität ist möglich ohne Organisation, zumindest wenn wir unter „Organisation" die Koordination von mentalen und physischen Anstrengungen verstehen, die für notwendig erachtet werden um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Aus dieser Definition können wir einen wichtigen Aspekt ableiten, der oft vergessen wird: Organisation ist funktional, sie zielt auf die Realisierung von etwas ab, auf Aktion im weitesten Sinne des Wortes. Diejenigen, die heute jeden einfach nur dazu aufrufen, sich zu organisieren, weil ihnen klare Ziele fehlen, jedoch gleichzeitig erwarten, dass sich aus diesem ersten Moment der Organisation der ganze Rest automatisch entwickelt, diejenigen erheben das sich Organisieren zum Ziel in sich. Im besten Falle hoffen sie vielleicht, dass daraus eine Perspektive entsteht, die sie nicht fähig sind sich selbst vorzustellen oder auch nur ungefähr zu entwerfen, die aber nur in einer Art der kollektiven und organisierten Umgebung möglich und greifbar wird. Nichts ist weniger wahr.

Eine Organisation ist fruchtbar, wenn sie nicht von einer banalen quantitativen Präsenz genährt wird, sondern von Individuen, die sie nutzen um ein gemeinsames Ziel zu realisieren. Mit anderen Worten: Es ist es zwecklos zu glauben, dass wir nur indem wir uns organisieren, die Frage des wie, was, wo und warum wir kämpfen durch die Magie des Kollektivs lösen können. Im besten Fall – oder im schlechtesten, abhängig vom Standpunkt – findet man viel, kann man vielleicht auf einen Zug aufspringen, der schon von jemandem gezogen wird und sich einfach mit der eher unangenehmen Rolle des Anhängers abfinden. So ist es nur eine Frage der Zeit bis man der Organisation überdrüssig wird und unbefriedigt mit dieser bricht.

Organisation ist also dem untergeordnet, was man machen will. Für Anarchisten muss es außerdem den direkten Zusammenhang geben, der zwischen dem, was man machen will, dem Ideal für das man kämpft und dem Weg es zu erreichen, existieren muss. Trotz der gegenwärtigen Verschleierung und Wortklauberei, auf mehr oder weniger marxistischen Irrwegen, werden Parteien für ein angebrachtes Mittel gehalten, um politische Parteien zu bekämpfen. Man hört heute immer noch die fortgeschrittene politische Behauptung, dass Produktionskräfte ein Weg sind, um kapitalistische Beziehungen zu beenden, und das in Zeiten, in denen jeder das Ausmaß des industriellen Desasters vor Augen hat. Einige wollen Maßnahmen ergreifen, um alle anderen Maßnahmen überflüssig zu machen. Anarchisten haben nichts mit dieser Art von Zaubertricks zu tun, für sie müssen die Ziele mit den Mitteln übereinstimmen. Autorität kann nicht mit autoritären Organisationsformen bekämpft werden. Diejenigen, die ihre Zeit damit verbringen, die Feinheiten der Metaphysik peinlich genau zu untersuchen und darin ein Argument gegen den Gebrauch von Gewalt erwarten, ein Alibi oder eine Kapitulation von Seiten der Anarchisten, zeigen dadurch vor allem ihr tiefes Bedürfnis nach Ordnung und Harmonie. Jede menschliche Beziehung ist konfliktreich, was nicht bedeutet, dass sie deshalb zwingend autoritär ist. Über solche Fragen in absoluten Ausdrücken zu sprechen ist bestimmt schwierig, aber das heißt nicht, dass die Spannung zu Kohärenz kein grundlegendes Erfordernis ist.

Wenn wir heute denken, dass Affinität und Affinitätsgruppen die angemessenste Form für den Kampf und anarchistische Intervention in die soziale Konfliktualität sind, liegt das daran, dass eine solche Überlegung sehr stark damit zusammenhängt, wie wir diesen Kampf und diese Intervention verstehen.

Es existieren in der Tat zwei Wege, um dieser Frage zu begegnen, zwei Wege, die zwar nicht diametral entgegengesetzt sind, die aber auch nicht vollkommen übereinstimmen.

Zum einen ist da der nicht zu vernachlässigende Bedarf nach Kohärenz. Es stellt sich demnach die Frage, in welchem Maßstab bestimmte anarchistische Organisationsformen (zum Beispiel Syntheseorganisationen mit Programmen, Deklarationen von Prinzipien und Kongressen, wie anarchistische Föderationen oder anarcho-syndikalistische Strukturen) unserer Idee des Anarchismus entsprechen.

Zum anderen die Frage der Tauglichkeit bestimmter organisatorischer Strukturen. Diese Tauglichkeit setzt

die Frage mehr in den Kontext historischer Bedingungen, Ziele die erreicht werden wollen (also der organisatorischen Formen, die man am geeignetsten dafür hält) der Analyse der sozialen und ökonomischen Situation... Anstelle von großen Föderationen hätten wir, auch in anderen Zeiten, kleine autonome und agile Gruppen bevorzugt. Aber was die Angemessenheit an die Situation betrifft, kann man nur schwer von vorneherein ausschließen, dass unter bestimmten Bedingungen die Wahl spezifischer und föderierter anarchistischer Organisationen des Kampfes, einer Guerilla-Konstellation, ... bestimmte Bedürfnisse ansprechen kann (oder eher hätte können).

Wir denken, dass der Beitrag zu aufständischen Brüchen oder deren Entwicklung heute die angemessensten anarchistischen Interventionen sind, um gegen Herrschaft zu kämpfen. Unter aufständischen Brüchen verstehen wir bewusst herbeigeführte Brüche, wenn auch temporärer Natur, in Zeit und Raum der Herrschaft, deshalb notwendigerweise einen gewaltvollen Bruch. Obwohl solche Brüche auch einen quantitativen Aspekt haben (weil soziale Phänomene nicht auf eine beliebige Aktion einer Hand voll Revolutionärer reduziert werden können), zielen sie auf die Qualität der Konfrontation ab. Sie zielen auf Machtstrukturen und -beziehungen, brechen mit deren Zeit und Raum und erlauben durch die Erfahrungen und angewendeten Methoden zur Selbst-Organisation und direkten Aktion immer mehr Aspekte der Herrschaft zu hinterfragen und anzugreifen. Kurz gesagt, erscheinen uns die aufständischen Brüche notwendig auf dem Weg in eine revolutionäre Transformation des Bestehenden.

Aus all dem leitet sich logischerweise die Frage ab, wie Anarchisten sich organisieren können, um zu einem solchen Bruch beizutragen. Ohne die stets wichtige Verbreitung anarchistischer Ideen aufzugeben, geht es unserer Meinung nach heutzutage nicht darum, um jeden Preis möglichst viele Leute um den Anarchismus zu versammeln. Mit anderen Worten denken wir nicht, dass starke anarchistische Organisationen nötig sind, deren Einfluss Ausgebeutete und Ausgeschlossene anzieht, ein quantitatives Vorspiel für diese Organisationen, die wiederum (wenn die Zeit reif ist) das Signal für den Aufstand geben werden. Darüber hinaus denken wir, dass es undenkbar ist, dass heutzutage aufständische Brüche von Organisationen ausgehen können, die die Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe vertreten, ausgehend von zum Beispiel mehr oder weniger anarcho-syndikalistischen Formen. Die Integration solcher Organisationen ins demokratische Management entspricht tatsächlich perfekt der heutigen kapitalistischen Ökonomie. Eben diese Integration, hat jeden erhofften Übergang von einer defensiven Position zur Offensive unmöglich gemacht. Abschließend scheint es uns auch unmöglich, dass heutzutage eine starke „Verschwörung“ fähig sein könnte, durch chirurgische Operationen die Herrschaft ins Wanken zu bringen und die Ausgebeuteten in das aufständische Abenteuer mitzunehmen, jenseits aller Einwände, die man gegen diesen Weg die Dinge zu betrachten haben könnte. In historischen Kontexten, in denen die Macht sehr zentralisiert war, so wie in Russland unter der Zarenherrschaft, konnte man sich noch irgendwie die Hypothese des direkten Angriffs gegen das Herz (in diesem Fall die Ermordung des Zaren) als ein Vorspiel für eine generalisierte Revolte vorstellen. In einem Kontext der dezentralisierten Macht wie wir ihn kennen, kann es nicht länger darum gehen, in ein Herz zu stoßen, nicht mehr, als man sich ein Szenario vorstellen kann, in dem ein gezielter Schuss die Herrschaft in ihren Fundamenten erschüttern könnte (was offensichtlich einem gut gezielten Schuss seine Gültigkeit nicht nehmen kann). Deshalb sollten andere Pfade erkundet werden.

Affinität und Affinitätsgruppen

Viele schrecken vor Affinität zurück. Es ist in der Tat sehr viel einfacher und weniger anstrengend, irgendwo beizutreten – sei es einer Organisation, einer permanenten Versammlung oder einer Szene – und deren formale Charakteristiken aufzunehmen und zu reproduzieren, anstatt eine lange und nie ausgereizte Suche nach Kameraden durchzuführen um Ideen, Analysen und eventuelle Projekte zu teilen. Denn Affinität ist genau dies: Ein wechselseitiges Wissen zwischen Kameraden, geteilte Analysen, die zu Perspektiven der Aktionen führen. Affinität zielt deshalb einerseits auf theoretische Vertiefung und andererseits auf Intervention innerhalb der sozialen Konfliktualität ab.

Affinität ist radikal qualitativ. Ihr Ziel ist das Teilen von Ideen und Methoden und nicht das endlose Wachstum. Dennoch scheint die größte Sorge vieler Kameraden, wenn auch gut versteckt, die Zahl der Mitstreiter zu sein. Wie viele sind wir? Wie können wir handeln um zahlreicher zu werden? Aus der Konzentration auf diese Frage und der Feststellung, dass wir heute nicht sehr viele sind, was auch damit zusammenhängt, dass viele unsere Ideen nicht teilen (nein, auch nicht unbewusst), können wir folgern, dass wir, um zahlreicher zu werden, vermeiden sollten, einen zu starken Akzent auf bestimmte Ideen zu legen. Dieser Tage sind diejenigen rar, die immer noch versuchen, Mitgliedskarten für irgendwelche revolutionäre Organisationen zu verkaufen, deren Zweck quantitatives Wachstum ist und die danach streben, immer mehr Ausgebeutete zu repräsentieren. Umso mehr denken, der beste Weg, andere kennenzulernen bestehe in, „Konsens“-Aktivitäten, wie zum Beispiel Workshops, Konzerte, selbst verwaltete Bars etc. Sicherlich können solche Aktivitäten ihren Platz haben, aber wenn wir die Vertiefung der Affinität betrachten, geht es um etwas anderes. Affinität ist nicht das gleiche wie Freundschaft. Natürlich schließen sich die beiden nicht aus, aber nur weil man bestimmte Analysen miteinander teilt heißt das nicht, dass man auch miteinander schläft, und umgekehrt. Genau wie es auch nicht bedeutet, auf dem gleichen Weg gegen Herrschaft kämpfen zu wollen nur weil man die gleiche Musik hört.

Die Suche nach Affinität spielt sich auf zwischenmenschlicher Ebene ab. Es handelt sich also nicht

um eine kollektive Angelegenheit, eine Sache der Gruppe, wo es immer einfacher wäre, zu folgen, als selbst zu denken. Die Vertiefung der Affinität ist offensichtlich eine Sache des Gedankens und der Aktion, aber im Grunde ist Affinität nicht das Resultat einer gemeinsam ausgeführten Aktion sondern eher der Ausganspunkt um zur Aktion zu schreiten. Okay, das haben wir verstanden, werden einige erwidern, aber das heißt dann, dass ich viele Leute nicht kennenlernen werde, die gute Kameraden sein könnten, denn auf gewisse Art und Weise würde ich mich selbst mit meiner Affinitätsgruppe von allen anderen isolieren. Es ist richtig, dass die Suche nach und die Vertiefung der Affinität viel Zeit und Energie erfordern und dass es deshalb nicht möglich ist, sie mit allen Kameraden zu generalisieren. Die anarchistische Bewegung eines Landes, einer Stadt oder sogar eines Viertels kann nicht zu einer großen Affinitätsgruppe werden. Es geht nicht darum verschiedene Affinitätsgruppen mit immer mehr Kameraden zu vergrößern, sondern darum eine Vervielfachung von autonomen Affinitätsgruppen möglich zu machen. Die Suche, die Ausarbeitung und die Vertiefung der Affinität führen zu kleinen Gruppen von Kameraden die einander kennen, Analysen teilen und gemeinsam zur Aktion übergehen.

Der Aspekt „Gruppe" einer Affinitätsgruppe wurde regelmäßig kritisiert, sowohl zu Unrecht, als auch zu Recht. Oft gibt es Kameraden, die den Gedanken der Affinität teilen. Aber sehr viel komplizierter wird es, wenn wir über „Gruppen" sprechen, die einerseits über einen zwischenmenschlichen Aspekt hinausgehen, andererseits jedoch das „Wachstum" begrenzen. Die Einwände bestehen meistens daraus, die schädlichen Mechanismen des „intern / extern", des „innen / außen", das solche Affinitätsgruppen generieren können, zu unterstreichen (wie zum Beispiel das Aufgeben des eigenen Pfades um anderen zu folgen, die Starre und die Mechanismen, die daraus entstehen können, wie z.B. bestimmte Formen des Wettbewerbs, der Hierarchie, Gefühle der Überlegen- und Unterlegenheit, Angst...) Aber dies sind Probleme, die in jeder Organisation vorkommen und nicht exklusiv mit Affinität einher gehen. Es geht also eher darum, zu reflektieren, wie die Suche nach Affinität eine Expansion, eine Verbreitung und Multiplikation zur Folge haben kann statt eine Stagnation und Paralyse zu verursachen.

Eine Affinitätsgruppe ist nicht das gleiche wie eine „Zelle" einer Partei oder einer urbanen Guerillaformation. Da die Suche nach ihr permanent ist, entfaltet sich Affinität in Permanenz. Sie kann „wachsen" bis zu dem Punkt, dass ein gemeinsames Projekt möglich wird, andererseits kann sie sich auch „verkleinern" bis es unmöglich wird, irgendetwas zusammen zu machen. Das Archipel der Affinitätsgruppen verändert sich deshalb konstant. Auf diese konstante Veränderung wird von Kritikern oft hingewiesen: Man kann nicht darauf aufbauen da es keine stabile Konstellation ist. Wir sind vom Gegenteil überzeugt: man kann nichts rund um organisatorische Formen aufbauen, die sich um sich selbst drehen, weg von den Individuen die Teil davon sind. Denn früher oder später, bei ersten Rückschlägen, werden ohnehin Entschuldigungen und Ausflüchte auftauchen. Der einzig fruchtbare Boden auf dem wir bauen können ist die gemeinsame Suche nach Affinität.

Schlussendlich wollen wir noch aufzeigen, dass ein weiterer Vorteil dieser Form der Organisation ihre starke Widerstandsfähigkeit gegen repressive Maßnahmen des Staates ist, da sie keine repräsentative Basteien, Strukturen oder Namen zu verteidigen hat. Während starre Formationen und große Organisationen aufgrund ihrer Statik praktisch mit einem Schlag zerstört werden können, bleiben Affinitätsgruppen agil und dynamisch, selbst wenn die Repression zuschlägt. Da Affinitätsgruppen auf einem wechselseitigen Wissen und Vertrauen basieren, ist das Risiko der Unterwanderung, der Manipulation und des Verrats viel stärker begrenzt, als in großen Organisationsstrukturen, zu denen Leute formell beitreten oder in vager Umgebung, wo es lediglich notwendig ist, bestimmtes Verhalten zu reproduzieren um dazu zu gehören. Affinität ist eine sehr schwer zu korrumpierende Basis, eben weil sie von Ideen ausgeht und sich entlang dieser entfaltet.

Informelle Organisation und Projektualität

Wir glauben, dass Anarchisten die größte Freiheit in Autonomie und Bewegung haben, um in soziale Konflikutalität zu intervenieren, indem sie sich selbst in kleinen auf Affinität basierenden Gruppen organisieren, statt in großen Formationen oder in quantitativen Organisationsformen. Natürlich ist es wünschenswert und oft auch notwendig, dass diese kleinen Gruppen fähig sind zu einem gegenseitigen Verständnis zu gelangen. Und nicht um sich in ein Moloch oder eine Phalanx zu verwandeln, sondern um spezifische und gemeinsame Ziele zu realisieren. Deshalb bestimmen diese Ziele die Intensität der Kooperation, der Organisation. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass eine Afffinitätsgruppe eine Demonstration organisiert, aber in vielen Fällen ist die Koordination zwischen den verschiedenen Gruppen wünschenswert und notwendig um ein spezifisches, zeitlich begrenztes Ziel zu realisieren. Die Kooperation kann auch intensiver sein, im Falle eines mittelfristigen Kampfes, wie zum Beispiel ein spezifischer Kampf gegen eine Machtstruktur (der Bau eines Abschiebezentrums, eines Knastes, eines Atomkraftwerks...). In diesem Fall könnte man von informeller Organisation sprechen. Organisation, weil es um Koordination von Wille, Mitteln und Kapazitäten der verschiedenen Affinitätsgruppen und Individuen geht, die ein zeitlich begrenztes spezifisches Projekt teilen. Informell, weil es nicht darum geht, irgendeinen Namen zu vermarkten, die Organisation in ihrer Quantität zu stärken, ihr formell beizutreten oder sich einem Programm oder einer Deklaration von

Grundsätzen zu verschreiben, sondern um eine agile und lockere Koordination, um den Bedürfnissen eines Projekts des Kampfes gerecht zu werden.

In gewisser Weise findet informelle Organisation auch auf der Basis von Affinität statt, aber sie geht über den interindividuellen Charakter hinaus. Sie existiert nur in der Präsenz einer gemeinsamen Projektualität. Eine informelle Organisation ist deshalb direkt in Richtung Kampf orientiert, und kann nicht unabhängig von ihm existieren. Wie wir vorher erwähnten, hilft sie gewissen Anforderungen eines Projekts des Kampfes gerecht zu werden, die von einer einzelnen Affinitätsgruppe nicht oder nur schwer allein gestemmt werden können. Sie kann beispielsweise die Mittel die wir als notwendig erachten, zugänglich machen. Deshalb hat die informelle Organisation nicht das Ziel, alle Gefährten unter einer Flagge zu vereinen, oder die Autonomie der Affinitätsgruppe und Individualitäten zu reduzieren, sondern dieser Autonomie einen Dialog zu ermöglichen. Es geht bei informeller Organisation nicht darum, alles gemeinsam zu machen, sie ist vielmehr ein Werkzeug, um einem gemeinsamen Projekt durch die spezifischen Interventionen von Affinitätsgruppen und Individualitäten Gestalt zu geben.

Was bedeutet es ein Projekt zu haben? Anarchisten wollen die Zerstörung jeder Autorität, wir können also davon ausgehen, dass sie permanent Wege suchen, um dieses Ziel zu erreichen. Mit anderen Worten, ist es sicherlich möglich Anarchist und aktiv zu sein, ohne ein spezifisches Projekt des Kampfes zu haben. Tatsächlich ist es das, was im Allgemeinen passiert. Entweder Anarchisten folgen den Anweisungen der Organisation, der sie angehören (das scheint der Vergangenheit anzugehören), oder sie warten auf Kämpfe, an denen sie teilnehmen können, oder sie versuchen so viele anarchistische Aspekte wie möglich in ihr tägliches Leben einzubringen. Keine dieser Haltungen lässt die Anwesenheit einer realen Projektualität vermuten – was, um es klarzustellen, diese Gefährten nicht weniger anarchistisch macht. Ein Projekt basiert jedoch auf der Analyse des sozialen, politischen und ökonomischen Kontextes, in dem man sich selbst befindet, und von dem ausgehend man eine Perspektive entwirft, die einem erlaubt, kurz- oder mittelfristig zu intervenieren. Deshalb umfasst also ein Projekt Analysen, Ideen und Methoden, koordiniert um ein Ziel zu erreichen. Man kann beispielsweise eine anarchistische Zeitung veröffentlichen, weil man Anarchist ist und seine Ideen verbreiten will. Okay, aber für einen projektuellerern Ansatz bräuchte man eine Analyse der Bedingungen, in denen diese bestimmte Form der Publikation als angemessen erachtet wird, um in die Konflikualität zu intervenieren. Man kann sich dazu entscheiden, gegen Abschiebungen zu kämpfen, gegen die Verschlechterung der Überlebensbedingungen, gegen Knäste... weil all diese Dinge einfach unvereinbar mit seinen Ideen sind. Ein Projekt zu entwickeln würde eine Analyse erfordern um zu verstehen, wo eine anarchistische Intervention am interessantesten wäre, welche Methoden zu nutzen wären, wie man sich vorstellen könnte, einen Impuls oder eine Intensivierung der konfliktuellen Spannung in einer bestimmten Zeitspanne auszulösen. Es ist selbstverständlich, dass solche Projekte oft der Anlass sind, sich informell, in einer Koordination der verschiedenen Gruppen und anarchistischen Individualitäten, zu organisieren.

Deshalb kann eine informelle Organisation nicht gegründet, gebildet oder abgeschafft werden. Sie wird auf einem komplett natürlichen Weg geboren, erfüllt die Bedürfnisse eines Projekts des Kampfes und verschwindet wenn das Projekt realisiert ist oder es als nicht mehr möglich oder nicht mehr angemessen zu realisieren bewertet wird. Sie stimmt nicht mit der Gesamtheit des gerade stattfindenden Kampfes überein: die vielen organisatorischen Formen, die verschiedenen Treffpunkte, die Versammlungen etc. die vom Kampf produziert wurden, werden unabhängig von der informellen Organisation weiterexistieren, was nicht heißt, dass Anarchisten nicht auch dort präsent sein können.

Die „Anderen“

Bis jetzt haben wir hauptsächlich über organisatorische Formen unter Anarchisten gesprochen. Ohne Zweifel, liefern viele Revolten wichtige Vorschläge, die Parallelen zu dem aufweisen, was wir gerade sagten. Nehmen wir zum Beispiel die Revolten der letzten Jahre in bestimmten Metropolen. Viele Rebellen organisieren sich in kleinen agilen Gruppen. Oder denken wir an die Erhebungen auf der anderen Seite des Mittelmeers. Dort gab es keinen Bedarf an einer starken Organisation oder irgendeine Repräsentation der Ausgebeuteten um die diese Erhebungen zu entfachen, ihr Rückgrat war die Vielzahl an Formen informeller Selbstorganisation. Selbstverständlich äußerten wir uns hier nicht zum Inhalt“ dieser Revolten aber ohne eher antiautoritäre organisatorische Formen wäre es komplett undenkbar gewesen, dass sie diese freiheitliche und libertäre Richtung genommen hätten.

Es ist Zeit sich ein für alle Mal von allen politischen Reflexen zu verabschieden, umso mehr in diesen Zeiten wenn Revolten nicht (oder nicht mehr) die Reaktion auf politische Vorrechte sind. Aufstände und Revolten dürfen nicht gelenkt werden, weder von Autoritären noch von Anarchisten. Sie verlangen nicht danach, in großen Formationen organisiert zu werden. Das bedeutet nicht, dass unser Beitrag zu solchen Events, wirklich sozialen Phänomene, nicht nur einfach spontan bleiben kann, falls er qualitativer Natur sein soll – er verlangt also eine gewisse Menge an Organisation und Projekutalität. Aber die Ausgebeuteten und



Ausgeschlossenen brauchen keine Anarchisten um zu revoltieren und aufzubegehren. Wir können lediglich ein zusätzliches Element sein, willkommen oder nicht, eine qualitative Präsenz. Das aber trotzdem wichtig bleibt, falls wir die aufständischen Brüche in eine anarchistischen Richtung stoßen wollen.

Auch wenn die Ausgebeuteten und Ausgeschlossenen sehr wohl in der Lage sind, ohne Anarchisten und deren Eingreifen zu revoltieren, sind wir trotzdem nicht bereit, auf Punkte und ein Terrain zu verzichten, auf dem wir mit ihnen gemeinsam kämpfen können. Diese Punkte und dieses Terrain sind keine „natürlichen“ oder „automatischen“ Konsequenzen der jeweils aktuellen Bedingungen. Die Zusammenarbeit von Affinitätsgruppen, wie informelle Organisation von Anarchisten und Ausgebeuteten, die bereit sind zu kämpfen, funktioniert am besten im Kampf selbst, oder zumindest in der Vorbereitung des Kampfes. Die Notwendigkeit anarchistische Ideen zu verbreiten und zu vertiefen ist unbestreitbar und in keinem Moment sollten wir sie verstecken, sie in den Hintergrund stellen, oder sie im Namen irgendeiner Strategie verschleiern. Dennoch geht es in einem Projekt des aufständischen Kampfes nicht darum, die größte Menge an Ausgebeuteten und Ausgeschlossenen zu den eigenen Ideen zu konvertieren, sondern darum, Erfahrungen des Kampfes mit anarchistischer und aufständischer Methodologie (Angriff, Selbst-Organisierung und permanente Konfliktualität) möglich zu machen. Je nach Hypothese und Projekt muss in der Tat über die organisatorischen Formen nachgedacht werden, die die Auseinandersetzung zwischen Anarchisten und denjenigen, die auf einer radikalen Ebene kämpfen wollen, annehmen kann. Diese organisatorischen Formen können sicherlich nicht ausschließlich anarchistische Konstellationen sein, da auch andere Rebellen mitwirken. Sie dienen folglich nicht dazu, Anarchismus zu verbreiten, sondern sollen dem aufständischen Kampf Gestalt und Substanz geben.

Einige Texte, die durch viel Erfahrung entstanden sind, sprechen von „Basiskernen“, die im Rahmen eines spezifischen Projektes des Kampfes entstanden sind, sie sind organisatorische Formen, die auf den drei fundamentalen Charakteristiken der aufständischen Methodologie basieren. Anarchisten nehmen daran Teil, aber zusammen mit anderen. In gewisser Weise sind sie vor allem ein Anhaltspunkt (nicht des Anarchismus, sondern des stattfindenden Kampfes). Sie sind so etwas wie die Lungen des aufständischen Kampfes. Wenn dieser Kampf intensiv ist, besteht sie aus vielen Leuten, wenn er abkühlt, werden es weniger. Wie man solche organisatorischen Formen nennt ist kaum oder gar nicht wichtig. Aber innerhalb eines Projekts des Kampfes muss man erkennen, ob solche organisatorischen Formen vorstellbar und notwendig sind. Wir müssen nochmals unterstreichen, dass es nicht um Kollektive, Komitees, Stadtviertelversammlungen, etc. geht, die im Voraus gebildet wurden um fortzubestehen und deren Gründung (aufgrund der vorhandenen institutionellen Elemente) selten antipolitisch und autonom ist. Die „Basiskerne“ bilden sich während eines Projekt des Kampfes und haben nur einen bestimmten Zweck: angreifen und einen Aspekt der Herrschaft zerstören. Sie sind folglich keine paragewerkschaftlichen Organisationen die die Interessen einer sozialen Gruppe vertreten (Arbeitslosenkomitees, Studentenversammlungen...), sondern Gelegenheiten der Organisation die auf Angriff zielen. Die Erfahrungen der Selbst-Organisation und des Angriffs garantieren ganz offensichtlich in keinster Weise, dass in einem zukünftigen Kampf die Ausgebeuteten keine institutionellen Elemente mehr begrüßen oder tolerieren würden. Aber ohne diese Erfahrungen wären diese Reaktionen praktisch unvorstellbar.

Zusammenzufassend ist zu sagen, dass es unserer Meinung nach nicht darum geht, Organisationen aufzubauen, die „die Massen anziehen“ oder sie organisieren, sondern darum, konkrete Vorschläge des Kampfes zu entwickeln und sie in die Praxis umzusetzen. Innerhalb dieser Vorschläge des aufständischen Kampfes muss man also über die organisatorischen Formen nachdenken, die als notwendig und angemessen betrachtet werden, um den Vorschlag des Angriffs zu realisieren. Wir unterstreichen noch einmal, dass diese organisatorischen Formen nicht notwendigerweise Strukturen mit Treffen, Plätzen der Auseinandersetzung etc. aufweisen müssen, aber dass diese ebenso direkt auf den Straßen, in Momenten des Kampfes entstehen können. An bestimmten Orten, kann es beispielsweise einfacher sein, „Anhaltspunkte“ oder einen „Basiskern“ mit anderen Ausgebeuteten zu bilden, indem man die Routine unterbricht, eine Barrikade auf der Straße baut... als zu warten bis alle zu einem vereinbarten Treffen kommen, um über den möglichen Bau einer Barrikade zu diskutieren. Diese Aspekte können nicht komplett dem Zufall und der Spontanität überlassen werden. Eine Projektualität erlaubt es, über sie nachzudenken und unterschiedliche Möglichkeiten und ihre Bedeutung auszuwerten.

Kurz

Wenn es nicht mehr darum geht, wie man Menschen für den Kampf organisieren kann, ist die neue Frage, wie man den Kampf organisieren kann. Wir denken, dass Archipele aus voneinander unabhängigen Affinitätsgruppen, die gleiche Perspektiven und konkrete Projekte des Kampfes haben, der beste Weg sind, um direkt in die Offensive zu gehen. Diese Konzeption bietet die größte Autonomie und das breiteste Spektrum möglicher Aktionen. Im Rahmen aufständischer Projekte ist es nötig und möglich, Wege der informellen Organisation zu finden, die die Auseinandersetzung zwischen Anarchisten und anderen Rebellen erlauben, Formen der Organisation, die nicht dazu gedacht sind fortzudauern, sondern auf ein spezifisches und aufständisches Ziel ausgerichtet sind.

Dieser Text erschien erstmals in Belgien im November 2012 in “Salto - Subversion & Anarchie, Nr. 2“.

Übersetzung Edition Irreversibel.

Marco Camenisch: Erklärung zum Hunger- und Arbeitsstreik

Marco ist Langzeitgefangener, er sitzt seit 23 Jahren ununterbrochen im Knast. In dieser langen Zeit hat er sich politisch nicht brechen lassen. Seit Mai 2012 hätte er freikommen können. Doch das unter dem Einfluss des dubiosen Psychiaters Frank Urbaniok stehende Zürcher Amt für Justizvollzug sperrt sich gegen eine bedingte Entlassung und wird dabei von zwei SVP- und einer SP-Richter/in des Zürcher Verwaltungsgericht unterstützt. Ihre Argumentation im Urteil von Oktober 2013: weil er sich als Anarchist verstehe und sich nicht psychiatrisieren lasse, darüber hinaus auch noch Kontakte zu aktiven Linken pflege, dürfe er nicht entlassen werden. Das ist nichts anderes als Gesinnungsjustiz.

Unklar bleibt, ob es erneut Bestrebungen gibt, Marco nachträglich zu verwahren - wie es schon 2007 der SP-Staatsanwalt Ulrich Weder ohne Erfolg versucht hatte. Dass das Leben von Gefangenen keinen Wert besitzt, hat vor kurzem das mehr als milde Urteil gegen jene Wärter gezeigt, die in Bochuz den Gefangenen Skander Vogt verrecken liessen.

Wir müssen verhindern, dass sie Marco lebend begraben. Zeigt eure Solidarität - klopft den Schreibtischtäter/innen auf die Finger!

Freund/innen und Unterstützer/innen von Marco Camenisch Januar 2014

Erklärung:

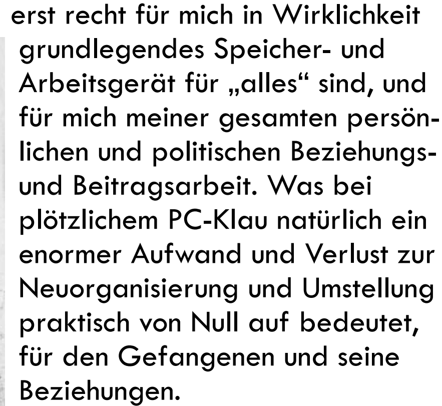
Hungerstreik 30.12.'13 bis mind. 26.01.'14
und Arbeitsstreik vom 6.01.'14 bis mind. 26.01.'14
Ist mein solidarischer Beitrag am weltweiten Widerstand und Kampf zur totalen Befreiung inner- und ausserhalb der Mauern, gegen Repression, Klassenjustiz, Knast, Folter, Isolation, Sexismus, Rassismus, Xenophobie, gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Vernichtung des Lebens auf dem Planeten. Eine Vernichtung, die sich seit dem Aussterben der Dinosaurier (Meteoriteneinschlag?) jener erdgeschichtlichen Katastrophe noch nie so angenähert hat (z.B. Artensterben). Die heute jedoch durch die patriarchalische technoindustrielle Zivilisation der global mörderischen und terroristischen Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung durch das Kapital und seine Staaten vorangetrieben und vollbracht wird.

Es ist mein Beitrag zur gemeinsamen revolutionären Solidarität jenseits der Tendenzen, für die Freiheit aller revolutionären Gefangenen und aller Gefangenen weltweit. Es ist ein solidarischer Gruss an alle, die für totale Befreiung kämpfen.

Es ist Beitrag und Aufruf zum Kampf gegen das MörderInnentreff der Herrschenden und Lakaien des WEF in DAVOS (21.01 – 24.01.'14) wo sie sich in Luxus schwelgend treffen um ihre inneren Gegensätze, die imperialistische Aufteilung der Welt, den imperialistischen Krieg gegen innen und aussen ihrer Länder zur Nachhaltigkeit und zum Wachstum der kapitalistischen Plünderung der Gesellschaften, Völker, „Ressourcen" und des gesamten Planeten wirtschaftlich, politisch und militärisch auch in Davos effektiver weiterzuverhandeln.

Es ist mein Beitrag und Gruss ans diesjährige Symposium vom 24. bis 26.01.'14 der GenossInnen aus dem türkischen Staat, gegen Imperialismus, Repression, Folter, Isolation F-Typ, mit ihrem reichhaltigen Programm und Grup Yorum Konzert.
Die länger als vorgesehene Dauer und dazu Arbeitsstreik dieser Mobilisierung ist aus folgendem Anlass, den ich als „Nebenanlass" mit doch besserem Infobedarf umgehend als Teil aber ausserhalb dieser Erklärung nachreichen werde:

Als allgemein missbräuchlich Schikane und Erniedrigung aber auch politische Provokation wurde am 30.12.13 wegen „Verdacht auf Cannabiskonsum" eine Urinprobe verordnet, was ich prinzipiell verweigere. So bekam ich vom 30.12.13 bis 04.01.'14 Arrest, und da bei Verweigerung der Test automatisch als positiv bewertet wird, wurde mir im Zuge dieser geballten Ladung an Rechtsbrüchen und -verletzungen auch der PC umgehend entzogen (für 6 Monate). Alles „gemäss Hausordnung", die die PCs als „Unterhaltungselektronik" bezeichnet. Die jedoch für viele Gefangene und erst recht für mich in Wirklichkeit grundlegendes Speicher- und Arbeitsgerät für „alles" sind, und für mich meiner gesamten persönlichen und politischen Beziehungs- und Beitragsarbeit. Was bei plötzlichem PC-Klau natürlich ein enormer Aufwand und Verlust zur Neuorganisierung und Umstellung praktisch von Null auf bedeutet, für den Gefangenen und seine Beziehungen.



Solidarität und Liebe für Andi! Für Gabriel, Monica und Francisco!
Solidarität und Liebe den Gefangenen der VZF in Griechenland, Nicola und Alfredo und allen in Italien und in allen Knästen der Welt!
Solidarität und Liebe den KämpferInnen im „Phönix Projekt", „Green Nemesis", allen FAI/FRI – Zellen und allen Kämpfenden Zellen und Individuen, Gruppen und Völkern weltweit!

Für die totale Befreiung!

marco camenisch, Lenzburg, CH, 6.1.2014

Schreibt ihm: Marco Camenisch, PF 75, 5600 Lenzburg

no tav italien - repressionswelle

sie schossen auf unsere beine. sie wissen nicht, dass wir schon zu fliegen gelernt haben!

bekanntmachung von mailänder notav genoss_innen zu den festnahmen wegen „terrorismus“

am montag, den 9.12.2013, wurden aufgrund von haftbefehlen, erlassen von den turiner staatsanwält_innen paladina und rinaudo, in turin und mailand durchsuchungen durchgeführt und vier genoss_innen festgenommen. die angeführten gründe sind die angriffe gegen die tav-baustelle in chiomonte, die in der nacht vom 13. auf den 14.05.2013 stattgefunden hatten. die genauen anschuldigungen wiegen schwer: artikel 280 und 280-bis („angriff mit terroristischen zielen, terroristischer akt mit tödlichen waffen und sprengstoffen, besitz von kriegswaffen, zerstörungen“)

No TAV

Seit 1985 plant die italienische Regierung eine Schnellzugverbindung TAV durch das Susa-Tal zu bauen. Seitdem gibt es aber auch massiven Widerstand der Bevölkerung gegen dieses Projekt. Seit vielen Jahren beteiligen sich auch linke und anarchistische Gruppen daran. Immer wieder gab es militante Aktionen, z.B. gegen Bahnbetreiber und Bauunternehmen, die sich am Strecken- und Tunnelbau beteiligen. Unter der Parole No TAV hat sich ein breiter und kontinuierlicher Widerstand entwickelt, der vielleicht mit dem Anti-Castor-Widerstand im Wendland vergleichbar ist. ***AB***

viele menschen werden sich noch daran erinnern, als unbekannte in der nacht erschienen, enorme schäden auf der baustelle anrichteten und auf die gleiche art verschwanden, wie sie kamen. und genau darauf bezog sich eine öffentliche versammlung, einberufen von der no tav bewegung in bussoleno, die die sabotage, als eine mögliche praxis, nützlich und notwendig für den no tav kampf, bezeichnete.

klassiker der gewaltfreien aktion (captini, ghandi, mandela) wurden zur unterstützung der sabotage herangezogen, während andere verschiedene kampfformen in erinnerung riefen, von denen der menschen unter militärischer besatzung bis zu den aktionen gegen atomkraft, von den partisan_innenkämpfen bis zu den wichtigen erfahrungen der arbeiter_innenbewegung.

obwohl die medien daraus terrorismus inszenierten, hörten die sabotageakte nicht auf. sie erhielten weitverbreitete sympathien in ganz italien. die letzten ereigneten sich vor ein paar tagen zum schaden von einigen beteiligten firmen in turin. verschiedene journalist_innen, meinungsmacher_innen, politiker_innen und staatsanwält_innen (samt dem nichtkleinzukriegenden anführer caselli) beteten ihre litanei vom terror herunter, informierten über das „risiko eines qualitativen sprungs“, stellten vergleiche zu den „bleiernen jahren“ an und schwafelten so weiter. natürlich wurden die „schlechten lehrer_innen“, die „spelunken“und „geheimen flugblätter“ nicht ausgelassen, die in wahrheit harmlose romanautor_innen, kneipen und texte, die öffentlich während den demonstrationen verteilt wurden, waren.

was folgte: die eröffnung der prozessakten unter dem gesichtspunkt des terrorismus gegen no tav aktivist_innen im tal (mit den oben erwähnten durchsuchungen), gut beworbene treffen der „anti-terrorist_innen-pools“ der büros der staatsanwält_innen aus den verschiedenen städten und heute die handschellen. die benutzung des begriffs „terrorismus“ zielt darauf ab, die bewegung zu schwächen, die menschen von den kämpfen abzuspalten und diese als eine weit entfernte realität, unfassbar und unglaublich gewalttätig, darzustellen. dieser begriff beschwört eine ganze welt herauf. es geht darum, ihn über ihnen einstürzen zu lassen. im fadenkreuz stehen nicht nur vier selbstlose genoss_innen, die wir alle kennen und lieben, sondern der ganze kampf im tal. das potential dieses kampfes voranzubringen, ist unsere antwort.

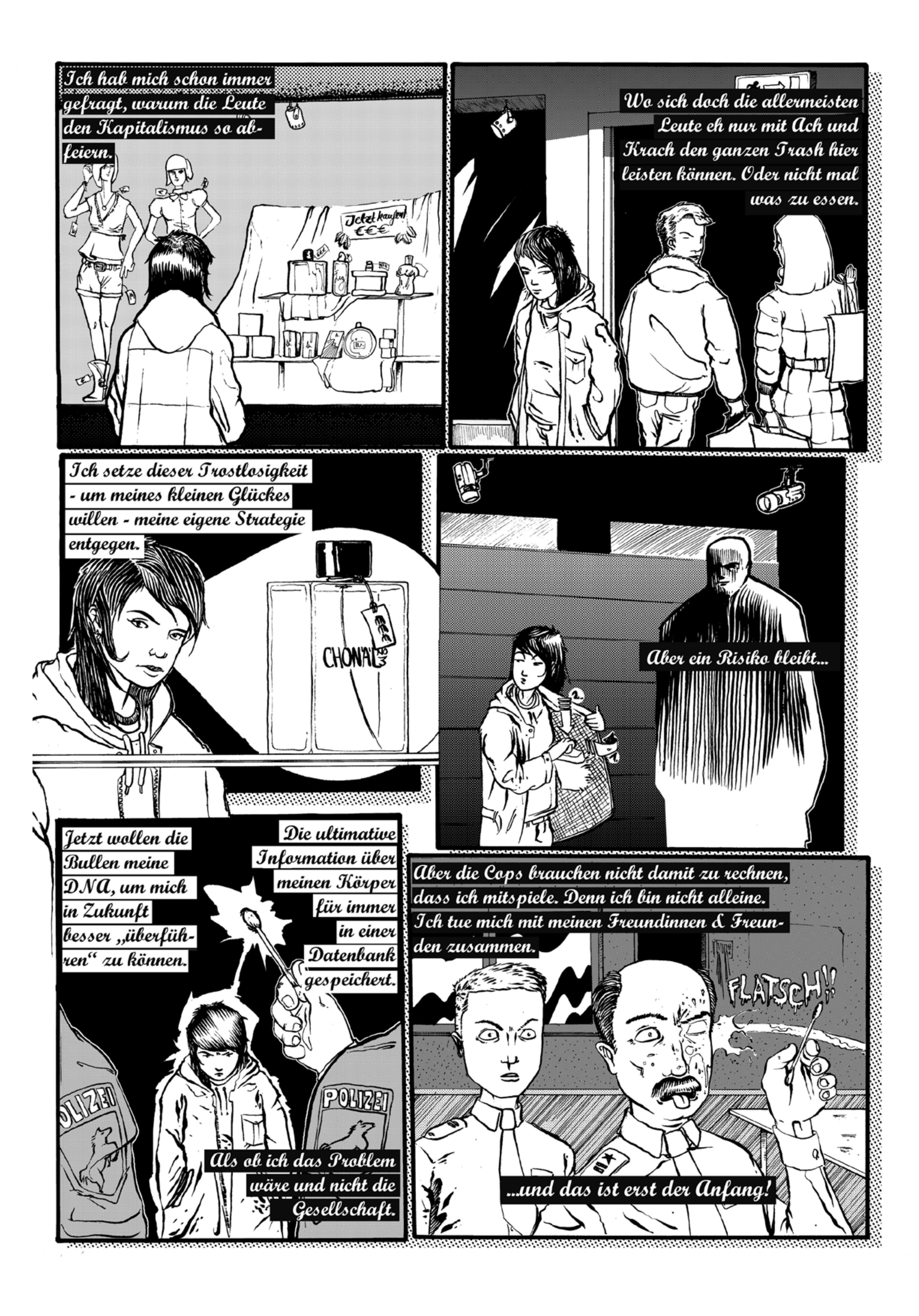
‘a sarà düra. (sinngemäß: es wird hart.)

genoss_innen aus mailand

falls ihr nachrichten der solidarität an die genoss_innen schreiben wollt:

chiara zenobi, mattia zanotti, niccolò blasi, claudio alberto; c.c. via maria adelaide aglietta 35
10151 torino, italia




Ich hab mich schon immer gefragt, warum die Leute den Kapitalismus so abfeiern.
Jetzt kaufen! €€€
Wo sich doch die allermeisten Leute eh nur mit Ach und Krach den ganzen Trash hier leisten können. Oder nicht mal was zu essen.
Ich setze dieser Trostlosigkeit - um meines kleinen Glückes willen - meine eigene Strategie entgegen.
CHONAL
Aber ein Risiko bleibt...
Jetzt wollen die Bullen meine DNA, um mich in Zukunft besser „überführen" zu können.
Die ultimative Information über meinen Körper für immer in einer Datenbank gespeichert.
POLIZEI
POLIZEI
Als ob ich das Problem wäre und nicht die Gesellschaft.
Aber die Cops brauchen nicht damit zu rechnen, dass ich mitspiele. Denn ich bin nicht alleine. Ich tue mich mit meinen Freundinnen & Freunden zusammen.
FLATSCH!!
...und das ist erst der Anfang!